

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Btg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Btg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Btg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftigen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Btg. für politische und gemeinnützige Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Btg. „Kleine Anzeigen“, das erste (freigelegte) Wort 20 Btg., jedes weitere Wort 10 Btg. Stellengeluche und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

England und die Bagdadbahn.

Seit den Potsdamer Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland steht die Bagdadbahnfrage wieder im Mittelpunkt des diplomatischen Interesses. Die Bahn, die ein Unternehmen der Deutschen Bank ist, hat einmal hervorragende wirtschaftliche Bedeutung für die Erschließung Kleinasien. In Verbindung mit dem Bau von Bewässerungsanlagen würde das von der neuen Bahn durchzogene Land imstande sein, Europa vor allem mit Getreide und Baumwolle zu versorgen. Zudem besteht die Wahrscheinlichkeit, daß auch reiche Erbschätze sich in diesem Gebiete befinden. Die Bahn hat aber auch große militärisch-politische Bedeutung. Sie wird nach ihrer Vervollendung ein Hauptmittel sein, um der Türkei eine rasche Konzentrierung von Truppen in den Gebieten zu ermöglichen, die heute nur nominell ihrer staatlichen Oberhoheit unterliegen; erst dadurch kann die Türkei zu einem modernen Einheitsstaat werden, in dem nicht mehr fast unabhängige Stämme in beständigen Kriegen gegeneinander und die Zentralgewalt jede geordnete Verwaltung unmöglich machen und die Steuerzahlung und Rekrutenausbildung nur nach ihrem Belieben vornehmen lassen. Erst diese Umwandlung des Staates böte auch in diesem Gebiete die Sicherheit, die das europäische Kapital braucht, um seinen großen Plänen nachgehen zu können.

Zugleich bedroht aber eine solche Stärkung der Türkei die englische Weltmachtstellung an zwei Punkten. Einmal würde die Ausdehnung des Endstückes der Bahn von Bagdad nach dem Persischen Golf die Alleinherrschaft, die sich England hier gesichert hat, in Frage stellen. Auf diese Alleinherrschaft legt aber England den größten Wert, weil sie seine Stellung in Indien zu einer unangreifbaren gestaltet. Dann aber würde die Möglichkeit einer raschen Konzentrierung türkischer Truppen erlauben, die Stellung Englands in Ägypten direkt zu bedrohen und dies ist für England um so gefährlicher, als der englischen Fremdherrschaft ohnehin in dem Unabhängigkeitsstreben der einheimischen Bevölkerung immer mehr zunehmende Schwierigkeiten erwachsen.

Zu diesen unmittelbaren Gefahren können noch andere treten. Es ist einerseits der Traum englischer Imperialisten, die Herrschaft in Indien und Ägypten dadurch vor jedem Angriff zu sichern, daß sie den Landweg von Ägypten über Syrien, Nordarabien und Südpersien nach Indien unter englische Vormächtigkeits bringen oder wenigstens durch Aufrechterhaltung der Ohnmacht der Türkei, Persiens und der zerstückelten Stammesherrschaften in Arabien verhüten, daß der englischen Macht ein ebenbürtiger Gegner erwachsen könne.

Umgekehrt ist es der Traum deutscher Imperialisten durch eine Kooperation mit einer erstarkten Türkei die englische Weltstellung in ihrem gefährlichsten Punkt, in Ägypten, bedrohen zu können.

Hinter der Bagdadbahn steht nun nicht nur die Türkei, mit der England rasch fertig würde, sondern Deutschland. Solange die Tripelentente einig war, fehlten England, Frankreich und Rußland dem Weiterbau der Bahn immer wieder Hindernisse entgegen. In der Potsdamer Uebereinkunft hat sich Rußland aber verpflichtet, jeden Widerstand aufzugeben. Da auch Frankreich in dieser Frage höchstens Interessen finanzieller Beteiligung hat und seinen Widerspruch mehr im Befolge Rußlands als aus eigenem Interesse erhoben hatte, so stehen sich jetzt die Interessen Englands und Deutschlands unermittelt und direkt gegenüber, was die Spannung, die durch das Beträtseln hervorgerufen worden ist, auf neue vermehrt. Seit Wochen schon wird in der offiziellen Presse beider Länder eine Polemik geführt, die nicht gerade einen beruhigenden Eindruck hervorruft, und jetzt hat auch das englische Unterhaus und die englische Regierung zur Frage Stellung genommen.

Die Debatte im Unterhaus wurde von dem Führer der Opposition, Balfour, eröffnet. Er führte aus:

England könne gegenwärtig nicht umhin, mit großer Besorgnis auf die Entwicklung zu blicken, die gerade jetzt in der europäischen Politik in Verbindung mit den Eisenbahnunternehmungen in Kleinasien und Mesopotamien vor sich gingen. Er höre, daß Deutschland und die Türkei die jetzt in der Entwicklung begriffenen Strecken des Bahnbaues nach ihrem eigenen Belieben ausführen, aber man nähere sich der weiteren Entwicklung, durch die kommerzielle, politische und strategische Interessen Englands sehr nahe berührt würden. Balfour fragte, welchen Weg die Regierung einzuschlagen gedenke bezüglich der beiden beabsichtigten Entwicklungen der Bahn, nämlich bezüglich der Zweiglinie von Bagdad nach Hanein (an der persischen Grenze) und der Fortsetzung der Hauptbahn von Bagdad nach dem Süden. Die erstgenannte Entwicklung sei mehr kommerzieller als strategischer Art, aber ihre Bedeutung sei zweifelsohne groß und eine Bedrohung des britischen Handels. Welche Sicherheiten würde dieser Handel besitzen, wenn die Anschlüsse zwischen Bagdad im Westen und der persischen Grenze im Osten hergestellt würden? Als Ersatz für die bestehenden Straßen, für die Großbritannien verantwortlich sei und die in großem Maßstabe durch britische Unternehmungen hergestellt worden seien, werde man eine zum Teil deutsche, zum Teil russische Strecke erhalten. Seiner Ansicht nach

müßte diese Angelegenheit Sir Edward Grey ernste Sorge bereiten. Balfour betonte sodann das Ueberwiegen der Interessen Großbritanniens und die Wichtigkeit seiner strategischen Interessen bezüglich des persischen Golfs. Diese Interessen würden ungewiss durch gewisse Eisenbahnpläne bedroht.

Der Minister des Aeußern Sir Edward Grey, der darauf das Wort nahm, erklärte seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen Balfours über die Wichtigkeit der britischen Handelsinteressen. Dann führte er aus:

Balfour habe nicht gesagt, welche Gebel oder welche Macht Großbritannien besäße, mittels deren man den Gang der Ereignisse dort beherrschen könne. Sir Edward Grey wies auf das Vorgehen der Regierung unter Balfour bezüglich der Bahn hin. Balfour habe in seiner Rede nicht gezeigt, daß die gegenwärtige Regierung je in günstigerer Lage gewesen sei, um für die britischen Interessen Bedingungen zu vereinbaren als die vorige Regierung. Die Zeit, in der man sich der Bahn hätte widersetzen sollen, wenn man sich ihr überhaupt widersetzen müßte, sei die vor Erteilung der Konzession gewesen. Die Konzession ist eine deutsche Konzession in türkischem Gebiet. Sie bleibt heute, wie sie war, als sie erteilt wurde, und es liegt innerhalb der Rechte der deutschen Konzessionäre, ihre Bestimmungen im türkischen Gebiet auszuführen, wie es ihnen gefällt. Die Konzession der Zweiglinie von Bagdad nach Hanein ist in der ursprünglichen Konzession mit enthalten. Selbst wenn das englisch-russische Abkommen nicht bestanden hätte, würde es unter keiner Bedingung in den letzten Jahren für uns möglich gewesen sein, Konzessionen in Nordpersien zu erlangen. Wenn wir Konzessionen haben müßten, so müßten sie in Südpersien liegen. Nordpersien befindet sich außerhalb unseres Bereichs. Seit Jahren ist es bekannt, daß wir britische Interessen nur im Süden fördern können und diese Tatsache bleibt unberührt durch alles, was die gegenwärtige Regierung getan hat.

Wir können unmöglich eine Konzession nehmen, welche die Deutschen von der Türkei erlangt haben, und wir können ihnen in dem Bau der Bahn nicht Halt gebieten. Ich denke aber, wir können Garantien für gleiche Bedingungen erlangen und wir sind in jedem Falle zu der Forderung berechtigt, daß es keine Vorzugsätze geben soll. Wenn diese Garantien nicht hinreichend sind, so haben Sie keine andere Wahl, als Konzessionen für den Bau von anderen Bahnen zu erlangen, die unter Ihrer eigenen Kontrolle stehen werden. Wir sind nicht ganz so hilflos, wie man nach Balfours Rede vermuten könnte.

Diese Bahnen befinden sich in türkischem Gebiet und werden viel Geld kosten. Die türkische Regierung hat vor wenigen Jahren die Zustimmung für eine dreiprozentige Erhöhung der Zölle für einen beschränkten Zeitraum erhalten. Seither hat sie um eine vierprozentige Erhöhung ersucht. Dieser Satz kann ohne unsere Zustimmung nicht erhoben werden. Es liegt mir außerordentlich daran, daß wir unsere Zustimmung geben, denn ich wünsche das neue Regime in der Türkei gestärkt zu sehen und im Besitz solcher Hilfsmittel, die es in den Stand setzen, eine starke und gerechte Regierung in allen Teilen des türkischen Reiches zu begründen. Ich weiß, daß für diesen Zweck Geldmittel nötig sind, aber wenn das Geld verwendet werden soll für die Entwicklung von Bahnen, die eine Quelle zweifelhafter Vorteile für den britischen Handel sein können, und mehr noch, wenn das Geld zum Bau von Bahnen verwendet werden soll, welche an die Stelle von Verbindungsmitteln treten sollen, die sich bisher in den Händen britischer Konzessionäre befunden haben, dann muß ich sagen, daß es für uns unmöglich sein wird, einer vierprozentigen Zollerhöhung zuzustimmen, so lange wir nicht die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die britischen Handelsinteressen in hinreichender Weise gesichert sind. Wir haben weder ein Recht noch einen Anspruch darauf, gegen die Ausführung der Bagdadbahn nach den Bestimmungen der Konzession seitens der deutschen Konzessionäre und der türkischen Einwendungen zu erheben. Aber wenn wir ersucht werden, unsere Zustimmung zur Schaffung weiterer Einnahmequellen für die türkische Regierung zu geben, so haben wir das Recht, zu verlangen, daß sich die türkische Regierung, bevor wir unsere Zustimmung geben, klar macht, daß die Einnahme für den Zweck verwendet werden soll, dem wir sie gewidmet sehen möchten, nämlich für eine gute Regierung und die Stärkung des türkischen Reiches, und nicht für den Bau von Bahnen, welche die türkische Regierung aus strategischen oder aus anderen Gründen wünschen mag, die aber unter Umständen die Rechte des britischen Handels schädigen können. Das ist unsere Stellung bezüglich der Bagdadbahn.

Was Roweit und den Persischen Golf anlangt, so ist das eine ganz andere Frage. Ich habe sorgfältig betont, daß die Bagdadbahn eine deutsche Konzession im türkischen Gebiet ist, aber wenn die Bahn über das türkische Gebiet hinausgehen soll, dann wird der Gang unserer diplomatischen Stellungnahme in der Frage ein sehr verschiedener. Wir sind nicht bestrebt, den Status quo in Persien zu stören, der zum großen Teile von uns aufgebaut worden ist. Wir haben das Piratenum unterdrückt und den Persischen Golf für den Handel geöffnet. Wir sind nicht begierig, eine Vorwärtspolitik im persischen Golf zu verfolgen oder irgendwelches Gebiet zu erwerben. Aber wenn der status quo durch andere gestört werden soll, dann müssen wir zweifelsohne unsere Mittel anwenden, um die Stellung zu behaupten, die wir in Persien innehaben. (Lauter Beifall auf allen Seiten.) Denn es ist ein Teil des Status quo, daß wir Vertragsverpflichtungen mit dem Scheich von Roweit eingegangen sind. Wir haben die Verpflichtung, bei allen Ver-

handlungen, die es dort geben mag, oder allen Veränderungen, die stattfinden mögen, darauf zu sehen, daß unsere Vertragsverpflichtungen mit ihm zur Aufrechterhaltung seiner Stellung erfüllt werden. Ich hoffe, ich habe klargestellt, welches die Einheiten unserer Stellung sind und welches die Grenzen für unser Vorgehen sein müssen, ebenso die Grenzen, innerhalb deren wir unserer Ansicht nach etwas tun können, um die britischen Handelsinteressen aufrechtzuerhalten und was bisher als der Status quo am Persischen Golf betrachtet worden ist.

Die englische Regierung macht also einen scharfen Unterschied zwischen der Bagdadbahnfrage im engeren Sinne, also der Verbindung von Konstantinopel und Bagdad, und der Fortsetzung dieser Bahn bis zum Persischen Golf. Sie wünscht für die Aufgabe ihres Widerstandes gegen die Bagdadbahn Konzessionen auf anderen Gebieten und will bei diesen Verhandlungen ihre Zustimmung zu den Zoll-erhöhungen als Kompensationsobjekt benutzen.

Ganz anders aber ist ihre Stellungnahme, soweit es sich um das Endstück handelt. Lord Lansdowne, der letzte konservative Minister des Aeußern, hat jede Bedrohung der englischen Stellung am Persischen Golf einmal als Kriegsfall bezeichnet. Der Ernst der Situation schon verbietet heute der englischen Regierung eine solche Sprache. Aber deutlich genug spricht Sir Edw. Grey von einer Störung des Status quo, des gegenwärtigen Zustandes, und erklärt seine Entschlossenheit, die Stellung Englands zu behaupten, eine Erklärung, die durch den Beifall beider Parteien unterstrichen wird. Dabei tritt eine scharfe Meinungsverschiedenheit zu der Auffassung hervor, die die deutschen Regierungskreise vertreten. Diese erklären Roweit für türkisches Gebiet und behaupten, daß England also kein Recht habe, sich um das Endstück der Bagdadbahn zu kümmern. Sir Grey erklärt ausdrücklich, Roweit nicht als türkisch anerkennen zu wollen, sondern als eigenes Gebiet, über das England mit dem Scheich von Roweit Verträge abgeschlossen habe. Es folgt daraus natürlich, daß England sich das Mitbestimmungsrecht über das Endstück der Bagdadbahn nicht streitig machen lassen will.

So sehen wir als erste Folge des so aufdringlich gepriesenen Erfolges der deutschen Diplomatie bei der Potsdamer Uebereinkunft einen wachsenden Gegensatz zwischen deutscher und englischer Weltpolitik, ein Gegensatz, der durchaus nicht frei von Gefahren für den Frieden und dessen Weiterentwicklung die volle Aufmerksamkeit und Wachsamkeit sowohl des deutschen als des englischen Proletariats verlangt.

Der gerüffelte Reichskanzler.

Die kgl.liche Eierkanzerei des preussischen Ministerpräsidenten Herrn v. Bethmann Hollweg in der Frage des Modernisteneides ist den mächtigen Protektoren des Zentrums, den Junkern, noch viel zu draußgängerisch gewesen. Die „Kreuz-Ztg.“ rüffelt Herrn v. Bethmann Hollweg in aller Form dafür ab, daß er sich nicht lebhaft mit allgemeinen Redensarten begnügt, sondern überhaupt die Möglichkeit in Aussicht gestellt hat, geistlichen Oberlehrern, die den Modernisteneid geleistet haben, künftig an höheren Lehranstalten den Unterricht im Deutschen und in der Geschichte zu entziehen. Diese lächerlich geringfügige Abwehrmaßregel poßt den Junkern nicht in den Kram. Ganz im Geiste des Herrn Vorjch, der am Mittwoch bereits gegen diese gelinde Gegenmaßnahme aufbegehrte, macht die „Kreuz-Zeitung“ dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten klar, daß er in diesem Punkte den Beifall und die Unterstützung der Regierungsparteien nicht zu erwarten hat. Sie schreibt:

„Kinder günstig wurden diejenigen Ausführungen des Ministerpräsidenten beurteilt, in denen er, den Wünschen der Linken entsprechend, schon jetzt als gegebene Folge der Situation bezeichnete, künftig in der Regel von einer Anstellung von Lehrern, die als Geistliche den Modernisteneid geleistet haben, an den höheren Lehranstalten abzusehen, oder doch solchen Geistlichen den Unterricht im Deutschen und in der Geschichte nicht zu übertragen.“

Hier lag offenbar eine sachliche Abweisung von dem auch seitens des Kultusministers in der Kommission dargelegten Standpunkte vor, wonach erst abzuwarten sei, ob und welche von staatlichen Standpunkte aus nicht zu duldenbe Konsequenzen sich aus dem Umstande ergeben würden, daß die Betreffenden jenen Eid geleistet haben.

Die von dem Herrn Ministerpräsidenten gezogene Folgerung schien sich aus den Voraussetzungen nicht zu ergeben, die er selber im Anfange seiner Rede bei Beurteilung der Natur jener Eidesleistung aufgestellt hatte.

Da sich die konservative Fraktion durch ihren Neben nur dem Standpunkte des Kultusministers angeschlossen hatte, so liegt hier zum mindesten eine offene Frage vor, deren Aufstellung unseres Erachtens besser unterblieben wäre, und zu der die konservative Fraktion sich ihre Stellung jedenfalls nicht mindestens vorbehalten müssen.

Es würde somit dem Eindruck des Ganzen nach den verschiedensten Richtungen hin dienlicher gewesen sein, wenn dieser Exkurs vermieden worden wäre.

Dieser Eindruck ist auch durch die Bemühungen des Herrn Kultusministers in der Sitzung am Mittwoch, der Sache eine etwas andere Wendung zu geben, nicht wesentlich geändert worden.

Durch diese Desavouierung ihres Werkzeuges Bethmann Hollweg, der sich natürlich die „Deutsche Tageszeitung“ mit Nachdruck anschließt, wird dem ganzen Modernistenummel vollends

Der Stempel der Lächerlichkeit aufgedrückt. Die hiesigen Nationalliberalen, die schon mit dem Ministerpräsidenten angeblich abgerungenen „Erfolge“ herumrenommieren zu können glauben, werden nun wohl selbst einsehen, daß ihre ganze Aktion schmachlich verpufft ist. Denn daß Herr von Bethmann Hollweg irgend etwas gegen den ausgesprochenen Willen der Junker zu unternehmen wagen könnte, werden sich wohl auch die Herren Friedberg und Campe nicht einbilden!

Es bleibt also nicht nur bei der Schulverfassung, bei der geistlichen Anebelung der Volksmassen, sondern auch bei der Erdrückung des letzten kläglichen Restes einer wissenschaftlichen Scheinfreiheit, auf das unser lieber Liberalismus seiner Reputation wegen nicht verzichten zu können geglaubt hätte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1911.

Die Postunterbeamten.

Aus dem Reichstag, 9. März. Am zweiten Tage der Beratung des Postetats drehte sich die Debatte hauptsächlich um die Lage der Postunterbeamten, die mit anderen Staatsarbeitern das Los der stiefmütterlichen Behandlung durch die Verwaltung teilen. Genosse Jubeil brachte eine Fülle von Einzelfällen vor, aus denen hervorging, wie verbesserungsbedürftig die Lage der mangelhaft besoldeten und stellenweise arg überarbeiteten Unterbeamten ist. Er machte auch Vorschläge für dienstliche Reformen, so die Uebertragung der kleineren Postagenturen auf dem Lande an die Landbriefträger, die gegen eine Zuschlagsentlohnung von 300 M. jährlich durch ihre weiblichen Familienmitglieder diese Agenturarbeit besorgen lassen könnten. Dabei würde noch erheblich an Geld gespart werden. Schließlich verlangte er auch noch Auskunft von dem Staatssekretär über eine Verlegung des Briefgeheimnisses in Alenstein.

Herr Kraetke entzog sich der Antwort auf diese heikle Frage durch das bei Staatssekretären sehr beliebte Mittel, daß er sich in die Loge sittlicher Entrüstung hüllte wegen des „Tons“ der Anfrage. Als Herr Kraetke sich dann aber beikommen ließ, dem Genossen Jubeil das Recht zur Vorbringung von Beschwerden der Unterbeamten abzusprechen, wurde von dem anwesenden Sozialdemokraten in kräftigen Entrüstungsworten diese bürokratische Annahme zurückgewiesen.

Nicht minder schlecht schnitt Herr Kraetke ab, als er in seiner gereizten Stimmung auch auf die von dem Freisinnigen Dr. Struve vorgebrachten Beschwerden mit dem Vorwurf reagierte, der Redner wolle die Beamten nur aufheben. Herr Struve fertigte den Staatssekretär treffend ab, indem er mit der Aufforderung schloß, der Minister möge doch aus seiner Rede nur eine Stelle nachweisen, die sich als Aufhebung kennzeichnen lasse. Auch hierauf ist Herr Kraetke die Antwort schuldig geblieben.

Dann führte Genosse Lehmann (Wiesbaden) den Nachweis, daß die Reichspostverwaltung keineswegs in postalischen Reformen auf der Höhe ihrer Aufgabe gewesen sei. Selbst hinter der bayerischen sei sie in manchen Einrichtungen zurückgeblieben. Lehmann zeigte dann, wie wenig berechtigt der Staatssekretär zu der Behauptung sei, daß er die gesamten Postbeamten vertritt, da die Beamten kein Vertrauen zu einer Verwaltung haben könnten, die ihnen das Recht auf politische Betätigung genommen habe.

Im weiteren Verlauf der Debatte kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Nationalliberalen und Zentrum über die Reichsfinanzreform. Als Herr Gieseler dabei einige unartige Redewendungen über den großen Segen dieser Leistung produziert hatte, kennzeichnete Genosse Hengsbach die Situation durch den Zwischenruf: „Wie kann man im Schnapsblock auch nüchtern bleiben!“

Die Debatte über den Titel „Staatssekretär“ wurde dann geschlossen. Morgen geht der Postetat weiter.

Kulturfragen im Junkerparlament.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die Beratung des Kultusetats fort. Als erster Redner kam Genosse Dieckhoff zu Worte, der das Verlangen der Konservativen, daß die Abgeordneten sich um kirchliche Angelegenheiten nicht bekümmern sollten, mit aller Schärfe zurückwies und erklärte, daß seine Freunde sich die Kritik kirchlicher Einrichtungen nicht unterbinden lassen werden. Die Kritik selbst, die er im Anschluß daran übte, mag den Gläubigen wenig angenehm gewesen sein, aber sie war umso berechtigter. Insbesondere geriet unser Genosse einmal gründlich das Märchen von der Gewissensfreiheit, er hielt der konservativen „Kirchlichen Gesellschaft“ vor Augen, wie in der evangelischen Kirche genau dieselbe Unfreiheit herrscht wie in der katholischen und wie sie selbst, die immer so fromm tun, in Wahrheit gar keine Christen sind. Zwar kam der Kultusminister seinen bedrängten Freunden zu Hilfe, aber was er aus der Worte unseres Genossen zu erwidern wußte, war mehr als schwach.

Beim Kapitel „Provinzialhochschulsystem“ kritisierte Abgeordneter Cassel (Wp.) die Art, wie das Berliner Provinzialhochschulsystem sein Aufsichtsrecht ausübt. In der Tat dürfte es einzig in der Welt dastehen, daß, wie es in Berlin geschieht, die moralische Qualifikation der Rektorskandidaten durch Schulleute festgesetzt wird.

In vorgezögerter Stunde begann die Beratung des wichtigen Abschnitts „Elementar-Unterrichtswesen“. Was die Redner, die bisher gesprochen haben, dazu zu sagen hatten, war herzlich belanglos. Es war das alte Lied mit dem Refrain, die Volksschule soll keine Bildungsanstalt sondern eine Dressuranstalt zur Erziehung guter Christen und Hurrupatrioten sein.

Gegen 4 Uhr wurde die Debatte auf den Abend vertagt.

In der Abend Sitzung wurde die Debatte über das Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Zunächst erklärte der Kultusminister, daß gewiß noch nicht alles zum besten bestellt sei, aber man solle zu ihm nur Vertrauen haben, besonders die Lehrerschaft. Dann sprach der bekannte Herr Schupp über allerlei Dinge, selbst über den Verlauf von Postkisten durch katholische Weistühle, so daß der Präsident ihn auf den Schuppletat verweisen mußte. Der politische Abgeordnete Stichel schilderte die kulturwidrigen Schulzustände im Osten unserer Monarchie — eine notwendige Folge unserer „ruhreichen“ Polenpolitik, welche die Lehrer durch Ostmarkenzulagen und andere Geschenke für „gute Gesinnung“ demokratisiert. Genosse Hirsch entwarf in scharfen, knappen Strichen ein Bild des preussischen Schullebens.

Ministerialdirektor v. Bremen suchte vergeblich die wichtigsten Anklagen des Genossen Hirsch gegen unsere kulturwidrigen Schulzustände zu entkräften.

Sonnabend geht die Beratung weiter.

Reichsständische Verfassungsreform.

Wie gestern schon die „Nöln. Ztg.“ in einer Berliner Meldung mitzuteilen wußte, will die Regierung wohl Elsaß-

Lothringen einige Stimmen im Bundesrat zugestehen; jedoch von der Einsetzung einer unabhängigen Statthalterchaft nichts wissen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück bestätigte heute in der Sitzung der Reichstagskommission zur Vorberatung der Gesetze für Elsaß-Lothringen, die seit dem 16. Februar nicht mehr getagt hat, in allen Punkten diese Verteilung des Kölner nationalliberalen Blattes. Gleich zu Beginn der Sitzung verlas er folgende Erklärung:

Die verblühten Regierungen haben die von Ihnen zu § 1 und 2 des Entwurfs eines Verfassungsgesetzes für Elsaß-Lothringen gefaßten Beschlüsse und die in Konsequenz dieser Beschlüsse weiterhin gestellten Anträge zum Gegenstande eingehender Erörterungen gemacht, die zu dem Ergebnisse geführt haben, daß diese Beschlüsse und Anträge für sie unannehmbar sind. Sie können insbesondere in eine von dem Entwurf abweichende Regelung der Stellung des Kaisers und des Statthalters nicht willigen. Dagegen sind sie bereit, für den Fall, daß die Vorlage in diesen Punkten zur unveränderten Annahme gelangt und auch im übrigen wesentliche Veränderungen nicht erfährt, in bezug auf die Erteilung von Stimmrecht im Bundesrat den Wünschen der Mehrheit der Kommission entgegenzukommen und folgender Regelung zuzustimmen:

Solange die Bestimmungen in § 1 und 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 1911 in Kraft sind, führt Elsaß-Lothringen im Bundesrat drei Stimmen. Die Elsaß-Lothringischen Stimmen werden nicht gezählt, wenn die Präsidialstimme nur durch den Zutritt dieser Stimmen die Mehrheit für sich erlangen oder im Sinne des Artikels 7 Absatz 3 Satz 3 der Reichsverfassung den Ausschlag geben würde. Das Gleiche gilt bei der Beschlußfassung über Änderungen der Verfassung. Elsaß-Lothringen gilt im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 und der Artikel 7 und 8 der Reichsverfassung als Bundesstaat.

Die Elsaß-Lothringischen Bevollmächtigten zum Bundesrat werden vom Statthalter ernannt und inskribiert. Diese Bestimmungen werden wohl zweckmäßig als Artikel 6a in die Reichsverfassung einzufügen sein bis auf den letzten Satz, der eventuell als § 25 in dem Elsaß-Lothringischen Verfassungsgesetz Platz finden könnte.

Im Anschluß an diese Verlesung erläuterte Staatssekretär Delbrück, wie sich die Regierung die Durchführung ihrer Vorschläge denkt: Die Vorlage solle umgearbeitet werden und das Recht des Statthalters zur Insinuation der drei Stimmen in den Artikel 1 hineinkommen, während in Artikel 2 die notwendigen Änderungen der Reichsverfassung Platz finden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kommission Prinz Schönau-Carolath beschloß die Kommission, sich auf Dienstag zu vertagen und zwar soll, wie Abg. Wassermann wünschte, die bisherige Beratung für abgeschlossen und als erste Lesung gelten, so daß mit der Sitzung am nächsten Dienstag die zweite Lesung beginnt.

Die Vorbereitungen für die Schachermache hinter den Kulissen sind also fertig.

Eine Flottenvorlage auf Umwegen!

Der Marinemitarbeiter der „Deutschen Tagesztg.“ hat nun auch seinerseits einen Weg entdeckt, der zu einer Flottenvermehrung zu führen vermag, ohne daß man deshalb einer neuen Flottenvorlage bedürfte. Der Graf C. Reventlow empfiehlt nämlich die Bauzeit der Linienschiffe, die gegenwärtig 36 bis 40 Monate beträgt, auf 24 Monate herabzusetzen. Das sei um so wünschenswerter, als das Bauteil mit dem Jahre 1912 auf nur zwei Schiffe im Jahre fallen solle. Die hieraus erwachsenden unabweisbaren großen Nachteile würden nicht unerheblich verringert werden, wenn man wenigstens dafür sorgte, daß die Schiffe innerhalb 24 Monaten fertiggestellt würden.

In der Tat, ein ebenso einfaches wie probates Mittel. Nach dem jetzigen Flottenbauplan und dem dabei vorgesehenen Bauteil würden in den nächsten sechs Jahren insgesamt 12 Schiffe auf Stapel gelegt werden. Verkürzte man die Bauzeit um ein Drittel, so würden bereits innerhalb dieser sechs Jahre statt der zwölf Schiffe deren 18 in Bau zu geben sein! Das wäre also genauso gut, als ob wir unter Verbeihaltung des jetzigen Bauteils bis zum Jahre 1917 vier Linienschiffe mehr in Bau geben würden! Denn nach dem von Graf Reventlow vorgeschlagenen Bauplan würden bis zum Jahre 1917 zehn Linienschiffe fertiggestellt sein, während bei dem jetzigen Bauteil nur sechs Linienschiffe vom Stapel gelassen werden könnten.

Ein pyrrhisches Plänchen, das auf nichts anderes hinausläuft, als das Reich auf Umwegen mit einer neuen Flottenvorlage zu beglücken, die in den nächsten sechs Jahren mindestens 300 Millionen Mark mehr kosten würde!

Aus dem Bundesrat.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des § 15 des Zivildienstgesetzes (Witwen- und Waisenversicherungsgesetz) und des § 2 des Gesetzes betr. den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds, sowie die Vorlage betr. Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Die Antwort des Ministers v. Bodman.

Man schreibt uns aus Baden: Vor einigen Wochen erschien in unserem Karlsruher Parteiblatt, dem „Volksfreund“, der vorher in seinem politischen Teile zum Rastatter Streik keine Stellung genommen hatte, ein offener Brief des Redakteurs und Abgeordneten Kolb an die Adresse „Er. Excellenz des Ministers des Innern v. Bodman“. Die Form jenes Briefes mißfiel in Parteikreisen. Man war erstaunt darüber, daß in einer solchen Ansprache dem badischen Polizeiminister das Ultimatum gestellt wurde, „Er. Excellenz der Minister“ möge das Vertrauen der badischen Arbeiterschaft durch eine Protektion des amtlich einseitig beschützten Unternehmertums der Rastatter Waggonfabrik nicht verscherzen. Darauf folgte eine Darstellung der Eingriffe der Hamburger Streikbrecher in die gesetzliche Ordnung und eine Kritik an dem Verhalten des Rastatter Bezirksamtes und der Fabrikpöschas. Mit der Forderung einer offiziellen Untersuchung schloß der Brief.

Vor zwei Wochen schon brachte ein Heidelberger national-liberalen Blatt die Mitteilung, daß die von einem Beamten des Ministeriums veranstaltete gründliche Untersuchung keine Rechtfertigung der vom „Volksfreund“ erhobenen Vorwürfe ergeben habe; insbesondere gehe die Rastatter staatspolizeiliche Verwaltungsbehörde gerechtfertigt aus der ministeriellen Untersuchung hervor.

Jetzt bringt die „Karlsruh. Ztg.“ vom 5. d. Mts. eine offizielle Darstellung der Untersuchung, welche die Regierung vornehmen ließ. Es sind 50 Zeugen und eine größere Anzahl von Schulleuten und Gendarmen verhört worden. Herr v. Bodman behält sich vor, auf Verlangen weiteren Ausschluß im Landtag zu erteilen; er begnügt sich mit der Feststellung, daß die Untersuchung im wesentlichen eine Bestätigung der offiziellen Darstellungen des Regierungsgremiums vom 12. Januar d. J. ergeben habe. Ueber vorgelommene Fehler seien die Beteiligten nicht im Zweifel gelassen worden, aber zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens hätten

sich keine Anhaltspunkte ergeben, es könne sowohl den Polizeibeamten als der Gendarmerie und der Schugmannschaft das Zeugnis nicht versagt werden, daß sie bestrebt gewesen seien, während des nun über drei Monate dauernden Streiks die nicht leichtesten Aufgaben ihres Dienstes pflichtgemäß zu erfüllen.“

Die bürgerliche Presse verländelt diese Regierungsnote über den vielbesprochenen wirtschaftlichen Krieg im badischen Noabit mit schmerzlichen Bedauern.

Von Interesse ist die Stellungnahme des Gerichts zum Verhalten der Hamburger Streikbrecher unter Führung des „langen Tony“ von Essen. Die größere Hälfte dieser Gelfeierten, etwa hundert Arbeitswilligen war nicht vorbestraft, unter der vorbestraften kleineren Hälfte waren drei mit Zuchthausbestrafte. Das Verhalten der Hamburger gab mehrfach zu erheblichen Beanstandungen Anlaß und führte teilweise zu strafgerichtlichen Unterurteilungen. Die Schugmannschaft war in der verhängnisvollen Standa Nacht (2. Weihnachtstag) gegenüber den „angeleglich in Notwehr ihre Revolver abfeuernden und den Kameraden in der Fabrik zu Hilfe eilenden Hamburgern“ in der Minderzahl 2 gegen etwa 100. Es wurde dem Direktor der Waggonfabrik, Wassenverbot für die Hamburger in Aussicht gestellt, worauf dieser versprach, sein möglichstes zu tun, daß die Hamburger die Fabrik tunlichst selten verlassen und Wirtschaften meiden“. Auch in der Nacht vom ersten zum zweiten Januar reichte die Zahl der Schulleute zum Bestreuen der Hamburgern gegenüber nicht aus. Die Schulleute hätten aber, meint der Bericht, „sich auf gütliches Zureden zu beschränken, die Namen der Rubefürer sofort feststellen sollen“. Auch ergebe sich ein sehr gewalttätiges Verhalten Streikender aus den Unterurteilungen der Verwaltungsbehörde; dagegen ist den Streikenden „weder ein Werfen mit Steinen, noch ein Schießen gegen die Arbeitswilligen oder in die Fabrik nachgewiesen worden“.

Man sieht daraus, daß sich die Polizei, die bei der Waggonfabrik postiert war, gegenüber den aus der „Faction Jakob“ ausbrechenden Hamburger Vandalen immer mit ihrer verschwundenen Minderheit einschuldig. Dagegen vernimmt man in dem Bericht eine Widerlegung der von den Streikenden gemachten Mitteilung, daß die Staatspolizeibehörde ihnen das Aufgebot der Rastatter Garnison bei irgend einer drohenden Ansammlung in Aussicht stelle.

Unser Parteiblatt, der „Volksfreund“, bemerkt zu der Veröffentlichung des Ministeriums, daß auch hier, wie in ähnlichen Fällen, den Aussagen der beamteten Zeugen mehr Gewicht beigelegt würde, als denjenigen der Beschwerdeführer. So wäre es im preussischen Noabit gewesen, so sei es im badischen Rastatt. Die Milde, mit der man erwiesene Nachlässigkeiten der Polizeiorgane beurteilte, fühle im Großen Gegensatz zu der Schneidigkeit des Vorgehens gegen Streikende. Die Schonung der Hamburger Rowdyer stehe im Widerspruch mit dem gerichtlichen Vorgehen wider Streikende wegen lächerlicher Vagatelgeschichten. Es konnte keine einzige Verurteilung Streikender wegen Gewalttätigkeiten erfolgen. Deshalb stände außer Zweifel, daß die Polizei beim Rastatter Streik nicht neutral gewesen sei.

Also auch hinsichtlich des Verhaltens der Polizei gibt es keine Malmgrenze.

Verwaltungs- und Steuerreform in Oldenburg.

Der oldenburgische Landtag hält gegenwärtig seine letzte Tagung unter dem indirekten Wahlschutz ab. Unter den von ihm zu erledigenden Gesetzentwürfen sind folgende besonders wichtig: Reform der Verwaltung; Neuordnung sämtlicher Befoldungsverhältnisse der Beamten, Lehrer und Zivilstaatsdiener; die Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Die Reform der Verwaltung entspricht einer wiederholten Forderung des Landtages, der von ihr keine endgültige Zustimmung zur Erhöhung der Beamtengehälter abhängig gemacht hat. Die Regierung unterbreitete dem Landtage eine umfangreiche Denkschrift mit Vorschlägen zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung. Der Ausschuß hat nun Bericht darüber erstattet und zweifellos wird der Landtag den Anträgen entsprechen. Gefordert wird: Vereinigung kleiner Gemeinden zu leistungsfähigen Kommunalverbänden; Neuordnung des Gerichtswesens und Sportwesens; fakultative Uebertragung der Steuererhebung auf die Gemeinden. Einmütig hat der Ausschuß die von der Regierung geforderte Einführung der zweijährigen Staatsperioden abgelehnt, nachdem erst vor wenigen Jahren und nach langen Kämpfen jährliche Budgetperioden festgesetzt wurden. Bemerkenswert ist, daß selbst die agrarischen Mitglieder des Ausschusses für die Aufnahme der Landwirtschafts- und Arbeiterkassen in Varel eintraten, die den Staat jährlich 37 000 M., für jeden Schüler 520.— M. kostet. Schließlich fordert der Ausschuß eine zeitgemäße Revision der Gemeinde-, Wasser-, Wege- und Reichordnung.

Nach der Novelle zur Steuerreform sollen Einkommen bis zu 450 M. jetzt bis zu 400, früher nur bis zu 150 M. steuerfrei bleiben. Der sozialdemokratische Antrag der Steuerbefreiung bis zu 500 M., größere Entlastung der Stufen bis zu 2000 M. und weitere Erhöhung der Kinderabgabe, wurde abgelehnt. Ein Antrag, nach dem Ueberheiratete beiderlei Geschlechts im Alter von 30 bis 50 Jahren mit Einkommen unter 4200 M. 10 bis 50 Proz. Extrazuschlag zur Steuer zahlen sollen, wird vom Ausschuß „zur Prüfung“ empfohlen.

Der Kampf in Sachsen gegen die Volksschulreform.

Die Anordnung des sächsischen Ministeriums des Kultus und des öffentlichen Unterrichts wurde in Dresden eine große Anzahl von Lehrern amüßig vernommen, die am 31. Januar in Dresden an einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen, sich mit der Volksschulreform beschäftigenden Versammlung teilgenommen hatten. Die Lehrer wurden gefragt, ob sie „aus freien Stücken“ an der Versammlung teilgenommen, ob sie den sozialdemokratischen Ausführungen im allgemeinen zugestimmt hätten und für die Annahme der vorliegenden Resolution eingetreten seien. Ueber die Reden der Lehrer in der Versammlung lagen bei den Vernehmungen politische Notizen vor. Wahrscheinlich wird es zu einem Disziplinarverfahren gegen zahlreiche Lehrer kommen.

Die Mobilmachung der sächsischen Regierung gegen die Versammlungsbewegung aus den Kreisen der Lehrer hat natürlich nur den Zweck, die sächsische Lehrerschaft einzuschüchtern und ihr begreiflich zu machen, daß sie „kein Recht“ habe, in ihrem Kampfe um den Anfang einer Reform der Volksschule die Unterstützung der arbeitenden Massen zu suchen.

Eine sonderbare Reichsvereinsgesetz-Interpretation.

Am Abend des 8. Januar brachten die Arbeiterlänger in Braunschweig dem Genossen Redakteur Brenner, der am folgenden Tage eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten anzutreten hatte, ein Ständchen und einer der Sänger richtete einige Abschiedsworte an ihn. Der Redner und auch der Dirigent wurden darauf mit Strafmandaten in der Höhe von je 30 M. bedacht. Auf eingelegte Verurteilung hob das Schöffengericht die Strafe gegen den Dirigenten auf, ließ es aber bei den 30 M. gegen den Redner; es liege eine nicht genehmigte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vor; es seien „politische Angelegenheiten“ erörtert worden und die Demonstration sei „gegen die Staatsinteressen“ gerichtet gewesen.

Oesterreich.

Neue Steuern infolge der Rüstungsausgaben.

Wien, 8. März. Der Budgetauschuss begann die Spezialberatung des Budgets und bewilligte mehrere Kapitel. Beim Kapitel Ministerialrat gab der Finanzminister ein ausführliches Finanzergänzungs-Memorandum, ohne neue Steuern werde auch bei entsprechender Sparfahigkeit das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht herbeizuführen sein, weil neben den militärischen Anforderungen die kulturellen und wirtschaftlichen Erfordernisse nicht unberücksichtigt gelassen werden dürften. Der Minister bezeichnete als die nächsten dringenden Aufgaben die Erleichterung der Reform der Personaleinkommensteuer, aus der ein Mehrertrag von 18 Millionen zu erwarten sei, sowie die Reform der Branntweinsteuer, von der man ein Mehrertrag von 10 Millionen erhoffte. Außer der Reform der Erbschaftsteuer werde man auch die Biersteuer sowie die Behandlung der Zündhölzer und eine Reform der Weinsteuer ins Auge fassen müssen. Der Minister warnte auf das entschiedenste vor einer Vermehrung der Defizitanleihen, weil dadurch der Markt irreführt werde und Renten und Kurse durch häufigere Inanspruchnahme des Geldmarktes gedrückt würden.

Portugal.

Ein internierter Bischof.

Lissabon, 9. März. Der Bischof von Oporto, der trotz des Verbots der Regierung die Verlesung eines aufreißenden Hirtenbriefes in seiner Diözese anordnete, ist in der kolonialen Missionsschule von Sernache do Bom Jardim interniert und der Aufsicht des dortigen Rektors unterstellt worden.

Dänemark.

Die Verfassungs- und Wahlrechtsfrage.

Kopenhagen, 6. März. (Sig. Ver.) Das Folkething hat in der verflochtenen Woche sowohl den Regierungsentwurf über die Verfassungsreform wie den über die Neuerteilung der Wahlkreise in zweiter Lesung angenommen. Durch die Verfassungsreform soll die Zahl der Folkethingabgeordneten von jetzt 114 auf höchstens 132 festgesetzt werden, und das Wahlrecht soll auf die Frauen und die Dienstleute ausgedehnt werden, die Altersgrenze vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt werden. Unsere Parteigenossen forderten Einführung des Einkammersystems mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht für beide Geschlechter vom 21. Lebensjahre ab. Das wurde jedoch abgelehnt. Die Mehrheit des Ausschusses, dem die Reform zur Beratung vorgelegt hatte, machte den Vorschlag, das Frauenwahlrecht das allgemeine Wahlrecht zum Folkething und Landsting, aber nicht das Privilegierten- oder Höchstbesteuertenwahlrecht zum Landsting zukommen sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und auch die Sozialdemokraten stimmten dafür, um nicht der Ungleichheit des Wahlrechts und dem plutokratischen System eine noch weitere Ausdehnung zu geben. Die in der Verfassungsreform vorgesehene Höchstzahl der Abgeordneten hat den Zweck, für die Zukunft eine Vermehrung der Wahlkreise auf dem Wege der Gesetzgebung möglich zu machen.

Nach dem Wahlkreisgesetzentwurf soll die Zahl der Folkethingwahlkreise nun von 114 auf 120 erhöht werden. Kopenhagen mit Umgegend soll 8, Jütland, besonders mit Rücksicht auf die größeren Städte, 7 neue Wahlkreise erhalten. Ferner sollen Stichwahlen eingeführt werden nach dem zum deutschen Reichstag üblichen System, so daß zwischen den beiden Kandidaten, die beim ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielten, zu entscheiden ist. Unsere Genossen und auch die Radikalen verlangten ein freies Stichwahlsystem, wie es unter anderem in Norwegen und in Frankreich besteht, hatten aber damit keinen Erfolg.

Verfassungs- und Wahlrechtsfragen stehen gegenwärtig auch in Island, dem halbselbständigen, von Dänemark abhängigen Inselstaat, auf der Tagesordnung. Von radikaler Seite ist im isländischen Althing eine Verfassungsreform vorgeschlagen, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre ab verlangt und im übrigen verschiedene Forderungen enthält, die auf eine weitere Ausdehnung der Macht-sphäre der einheimischen Regierung und des Althings abzielen. Das Althing soll alle Jahre statt jetzt alle zwei Jahre zusammen-treten; statt eines Ministers will man deren drei haben und auf die Teilnahme am dänischen Staatsrat will man gerne verzichten. Uebrigens befindet sich Island gegenwärtig in einer Ministerkrise. Der Minister Björn Jonsson hat sich genötigt gesehen, sein Amt niederzulegen, und es steht noch nicht fest, wer sein Nachfolger werden wird. Wahrscheinlich wird eine radikale Richtung die Oberhand gewinnen.

Rußland.

Der Kampf der Studenten.

Petersburg, 8. März. Reichsduma. Das Haus setzte heute abend die am vorigen Mittwoch begonnene Besprechung der Interpellation der Rechten über die Vorgänge an den Hochschulen fort. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, der Streit der Studenten zeige den vollkommenen moralischen Bankrott des Regierungssystems. Professor Kapustin (Oktoberist) führte die Mißgestaltung des akademischen Lebens auf das Statut von 1884 zurück, weil dieses die Professoren zu einfachen Lehrern gemacht und ihnen unterlag habe, sich mit studentischen Angelegenheiten zu befassen. Redner sprach sich gegen die Interpellation aus und stimmte der Forderung zu, fremde Elemente an den Hochschulen nicht zuzulassen. Ein Vertreter der Nationalisten hielt die Maßnahmen der Regierung für vollkommen zweckmäßig; er befürchtete jedoch, die Regierung werde nachgeben. Die Drohung der Professoren mit Massenaustritt dürfe die Regierung nicht einschüchtern. Darauf wurde die weitere Besprechung auf nächsten Mittwoch vertagt.

Amerika.

Die Union und Mexiko.

Die Regierung der Union hat der mexikanischen Regierung beruhigende Versicherungen gegeben — sie will mit der Mobilisation in Texas durchaus nicht die Absicht verbinden, eine Intervention in Mexiko vorzubereiten. Aus der Hauptstadt Mexikos wird vom 9. März telegraphiert: Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten gab heute dem Minister des Aeußeren die Erklärung ab, Präsident Taft wünsche der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die unbegründeten und sensationellen Mutmaßungen der Blätter über die militärischen Maßnahmen in Texas und an anderen Orten keine Mißverständnisse zur Folge haben würden. Dort versichere dem Präsidenten Diaz, die erwähnten Maßnahmen hätten keine Bedeutung, die den befreundeten Nachbar im Süden beunruhigen könnte. Minister Creel dankte im Namen des Landes für diese Erklärung.

Die mexikanische Regierung hat ihren Gesandten De-peschén zugehen lassen, wonach sie diesen Versicherungen der Union vollen Glauben schenkt. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten seien sehr gute.

Gleichzeitig wird in diesen Telegrammen der Gesundheitszustand des Präsidenten Diaz als gut bezeichnet. In New Orleans war dagegen am 9. März die Meldung verbreitet worden, daß der Präsident gestorben sei. Die Nachricht entbehrt freilich der Bestätigung. Der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ läßt

seinem Blatte, daß die Versuch Direktre Mitteilungen aus Mexiko selbst zu bekommen, vergeblich waren. „Weder Botschaften noch einzelne Zeitungen konnten nach 1/27 Uhr mit einer Antrage nach der Hauptstadt durchdringen.“ Diese Behinderung des telegraphischen Verkehrs könnte als ein Anzeichen gedeutet werden, daß die Meldung aus New Orleans richtig sei oder daß die Revolution weitere Fortschritte im Lande gemacht hat.

Zur Mobilisation in Texas wird noch mitgeteilt, daß die Truppen entgegen dem sonst in Mexiko üblichen Brauche mit scharfen Patronen ausgerüstet sind.

Aus der Partei.

Der amerikanische Sozialismus marschiert.

New York, 25. Februar. Seit den Erfolgen der Sozialdemokraten bei den Novemberwahlen des Vorjahres häufen sich die politischen Zeichen des Fortschritts, die unsere Genossen mit frohen Hoffnungen für die diesjährige Herbstkampagne und die nächstjährige Präsidentschaftswahl erfüllen.

Das sicherste Anzeichen dieser Art ist das ständige Wachstum der sozialistischen Organisation. Die Einzelgruppen der Partei berichten durcheinander über ein fortgesetztes Ansteigen ihrer Mitgliederzahl. Selbst in ländlichen Bezirken werden ständig neue Lokalvereine, fremdsprachige „Branches“ usw. ins Leben gerufen. Nach den letzten Mitteilungen des Nationalsekretariats der Partei betrug die Anzahl der „guteitenden“ Parteimitglieder (das heißt, solcher Genossen, die für sämtliche zwölf Monate des jeweiligen Jahres ihre Beiträge gezahlt hatten):

Im Jahre 1908	15 975
1904	20 763
1905	23 327
1906	26 784
1907	29 270
1908	41 751
1909	41 479
1910	50 011

Nach die Parteipresse nimmt an dem allgemeinen Aufschwung teil. Alle bedeutenden Parteiblätter, insbesondere die in der Landessprache, erfreuen sich wachsender Auflagen und Einnahmen, und auch sonst geht es auf diesem Gebiete sehr lebhaft vorwärts. In Orien, wo bisher noch keine sozialistische Zeitung erschien, tun unsere Genossen den ersten Schritt mit der Gründung eines Wochenblattes; so in Columbus, der Staatshauptstadt Ohio, die vielleicht schon bei den Kommunalwahlen im nächsten Herbst dem Beispiel Milwaukee folgen wird und hierbei mit einer dritten amerikanischen Großstadt, Minneapolis, wetteifert, wo unserer Partei zuletzt bei über 37 000 insgesamt abgegebenen Stimmen nur 800 an der Mehrheit fehlten. An älteren Parteiortern, die bisher schon ein sozialistisches Wochenblatt oder auch zwei besaßen, haben sich die Genossen mit Erfolg von den kapitalistischen Druckern unabhängig gemacht, wie jüngst erst in der ausfalls-vollen Metropole des Südens, St. Louis. In Milwaukee befindet man sich mitten in den Vorbereitungen zur Gründung eines eigenen Tagesblattes.

Der „Appeal to Reason“, das in Girard (Kansas) erscheinende schneidige Kampfblatt, verzeichnete in der Woche, die mit dem 4. Februar endete, 474 902 Abonnenten, und die Gesamtauflage betrug 700 000.

Abgeordnetenhaus.

Abend-sitzung vom Donnerstag, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Die zweite Beratung des

Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“. Kultusminister v. Trost zu Solz: Ich will keineswegs behaupten, daß bei und schon alles zum Besten bestellt ist und daß ich auf den Lorbeeren meiner Vorgänger ausruhen kann. Dankbar bin ich allen Rednern für ihr warmes Interesse an der Lehrerschaft. Angeregt wurde, die Präparandenanstalten und Seminare ganz zu vereinigen; doch stehen dem ernste Bedenken bezüglich der Ausbildung der Lehrer gegenüber. Ebenso wichtig wie die Ausbildung der Lehrer ist ihre Fortbildung; für diesen Zweck werden in Berlin und Posen Kurse abgehalten, die ich zu erweitern und auf andere Städte auszuweiten beabsichtige. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Schupp (Vpl.): Wir sind weit entfernt, jeden Fortschritt in unserem Volksschulwesen zu leugnen. Stellenweise herrscht ein Ueberfluß von Lehrkräften, an anderen Stellen ein Mangel. Man hat empfohlen, um dem abzuwehren, sollten die Gemeindeschullehrerinnen in verstärkter Zahl anstellen, das sei zugleich billiger. Aber das stimmt nicht; denn die Lehrerinnen müssen weit mehr beurlaubt werden. Der Minister sprach von seiner Fürsorge für die Fortbildung der Lehrer. Dann soll er ihnen doch den Weg zu den Universitäten öffnen. — Ein junger Lehrer, der erklärte, er könne den Katechismusunterricht mit gutem Gewissen nicht mehr geben, wurde entlassen. Dazu war die Regierung berechtigt; denn der betreffende war noch nicht fest angestellt. Jedenfalls aber ist er ein sehr gewissenhafter Mann und der Kultusminister sollte ihn anderweitig beschäftigen.

In der Volksschule muß man sich vor dem Spezialistentum hüten, aber auch vor dem allzuvielen Experimentieren; das beweist u. a. das Piaslo, das in Charlottenburg das Schiem des Mannheimer Schulrats Sindinger gemacht hat (Widerspruch des Abg. Dirsch (Soz.)), jawohl, Piaslo insofern, als es in nächster Zeit wieder abgeschafft werden wird. (Erneuter Widerspruch des Abg. Dirsch (Soz.)) Der Redner wendet sich dann gegen die konfessionelle Trennung der Kinder und gegen die geistliche Schulaufsicht und verbreitet sich dann sehr ausführlich über die Wohnungs- und Umzugsverhältnisse der Lehrer, die Serbiklassen der Städte und die Amts- und Ortszulagen der Rektoren und Lehrer. Der Redner sagt dann darüber, daß Lehrer durch Beiträge über Bücherlieferungen dem geplagten Mittelstand Konkurrenz machen, und verbreitet sich ausführlich über den Postkartenverkauf durch katholische Geistliche.

Präsident v. Kröner verweist den Redner auf den Schuletat (Weiterkeit), worauf der Redner

Abg. Schupp mit einer Lobeserhebung auf die Berliner Volksschulen schließt.

Abg. Studel (Vpl.): Im Uffen haben wir keine Fortschritte, sondern Rückschritte zu verzeichnen. In der Provinz Posen allein existieren 166 Schulen mit 120 Schülern auf je eine Lehrkraft (Hört! hört! bei den Polen und den Sozialdemokraten). Natürlich sind das meist katholische, von polnischen Kindern besuchte Schulen. Der Redner beklagt dann die Wirkungslosigkeit des in deutscher Sprache an polnische Kinder erteilten Unterrichts, besonders des Religionsunterrichts.

Unterstaatssekretär Schwarzhoff: Die Unterrichtsverwaltung kann an dem Prinzip des Unterrichts in den gemischt-sprachigen Landesstellen nichts ändern; mit dem Abg. Studel werden wir uns daher nicht verständigen können. Wir müssen an der einheitlichen Unterrichtssprache festhalten, und das kann nur die deutsche sein (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen).

Abg. Dirsch (Soz.):

Das Volksschulwesen in Preußen ist himmelweit vom dem Ideal entfernt, zur Persönlichkeit zu erziehen. Die konfessionell-kerisale Mehrheit dieses Hauses aber will die Kinder zu sogenanntem „Patriotismus“ und vor allem zum Kampf gegen die Sozialdemokratie erziehen. Notwendigerweise wird dadurch ein Gegensatz zwischen Schule und Elternhaus hervorgerufen — nicht zum Vorteil der Erziehung. Dasselbe trifft auf den Religionsunterricht zu. An sich haben wir gegen den Religionsunterricht nichts, nur gehört er nicht in die Schule, und der verfassungswidrige Zwang der Disziplinierung zu diesem Unter-

richt Tadel am meisten der Religion selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade wir fordern nicht Beseitigung der Religion, sondern Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit; der Mehrheit dieses Hauses dagegen soll die Religion nur zur

Verdummung des Volkes

dienen. Gar mancher von ihnen denkt im Innersten, für's Volk ist auch Lesen und Schreiben noch zu viel, namentlich der weibliche Teil der Bevölkerung braucht diese Künste nicht, er braucht sie nur zum Schreiben und Lesen von Liebesbriefen. (Weiterkeit.) Herr v. Heydebrand rühmte die hohe Summe der Ausgaben für unser Bildungswesen. Auf das Volksschulwesen entfallen 3,5 Proz. der Ausgaben unseres Staats, für die Kirchen 6,9 Proz., fast das Doppelte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Heydebrand behauptete auch, die besitzenden Klassen bringen diese Summen ganz allein auf. Das ist ein Wärdchen; in Preußen werden die Lasten durch direkte Steuern aufgebracht, und hierzu tragen die besitzlosen Klassen im Verhältnis mehr bei, als die Besitzenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre aber jene Behauptung auch richtig, so würden die Besitzenden den Besitztümern doch nur einen Teil dessen zurückerhalten, was sie ihnen durch ihre Wirtschaftspolitik abgepreßt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Minister behauptete in der Kommission, der Lehrermangel sei überwunden. Das ist keineswegs der Fall, die Zahl der Kinder, die in überfüllten Klassen unterrichtet werden, ist noch ungeheuer groß. Gewiß ist mancher Fortschritt zu verzeichnen; aber stets ist er begleitet von einem

müderischen Rückschritt.

So ist die Einführung der dritten Lurnstunde anerkennens-wert, aber der Wegfall einer Religionsstunde dafür wird verhindert. Ebenso wird die geistliche Schulaufsicht gestärkt, die grundsätzlich zu verwerfen ist. Herr Schupp hat den Kultusminister, den jungen Lehrer, der wegen seines Austritts aus der Kirche gemahregelt wurde, wieder zu beschäftigen, glaubt er wirklich, bei dem in Preußen herrschenden Geist könnte diese Bitte auf Erfüllung rechnen? — Die Abg. Schupp behauptete, das Charlottenburger Schulsystem habe Piaslo erlitten und sollte durch ein anderes ersetzt werden. Das ist vollkommen falsch. Nachdem das System zunächst in der Hälfte der Schulen probeweise eingeführt war und sich dort bewährt hatte, wurde es mit Genehmigung der Regierung auf alle Schulen ausgedehnt und hat sich auch da bewährt; von seiner Beseitigung ist gar keine Rede.

An dem Schulseind sind vor allem die Agrarier schuld, die unterläßt von der Geistlichkeit die Kinder auf ihren Latifundien ausbeuten. Soll es mit der Schule besser werden, so ist vor allem

not:

Befreiung der Schule von der Kirche und vom Mammonismus!

Bildung und Besitz werden heute verquid, die Besitzlosen werden nicht nur politisch entrechtet, sondern auch geistig auf ein tiefe Niveau herabgedrückt. Das ist die Absicht der Regierung. Geändert kann dies nur werden, wenn wir ein freies Wahlrecht haben. Beim Dreiklassenwahlrecht wird die Volksschule stets Armen-schule bleiben; erst ein gutes Wahlrecht wird eine gute Volksschule schaffen, die die Kinder zu vollkommenen Menschen erzieht. Sie, meine Herren, haben dies verümt, wir werden unsere Pflicht tun. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor v. Bremen: Die Schulgebäude in Ostpreußen sind nicht so schlecht, wie der Vorredner es dargestellt hat. — Der Zwang der Disziplinierung zum Religionsunterricht entspricht den Gesetzen, wie gerichtliche Entscheidungen anerkannt haben.

Herauf verlangt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr (vorher Wahlprüfungen).
Schluß 1/2 Uhr.

Soziales.

Krankenkassensplittierung.

Für das Berliner Schlächtergewerbe bestand bis jetzt nur eine Ortskrankenkasse mit rund 8000 Mitgliedern. So lange die Versicherten einheitslos genug waren, um Gelbe, Blaue und sonstige Schlingel der Unternehmer in die Verwaltung der Kasse zu wählen, hatten die Schlächtermeister an der Ortskasse nichts aus-zusetzen. Hatten doch die Meister unter diesen Verhältnissen den maßgebenden Einfluss in der Verwaltung und alles ging nach ihrem Willen. Das Bild änderte sich aber, als es im vorigen Jahre gelang, eine Mehrheit von freigewerkschaftlichen Arbeit-nehmern in die Verwaltung zu wählen. Nun war den Innungs-meistern mit einemmal jeder Weismut an der Ortskrankenkasse verleidet. Obgleich diese Kasse gut funktioniert und die neue Ver-waltung noch einige Verbesserungen zugunsten der Versicherten eingeführt hatte, hielten es die Innungsmeister für angebracht, die Ortskrankenkasse zu splittieren. Die Innungsmeister sind auch gegenwärtig nicht etwa einflusslos in der Ortskrankenkasse. Alle vier Arbeitgeber im Vorstande gehören der Innung an. Aber das genügt den Innungsmeistern nicht. Sie wollen, wie sie sagten, eine Kasse haben, wo sie mit „ihren Gesellen“ allein sind. Es wurde also die Gründung einer Innungskrankenkasse beschlossen. Der Vorstand der Ortskrankenkasse richtete eine Eingabe an den Polizeipräsidenten, worin an der Hand von Tatsachen nach-gewiesen wird, daß die Errichtung einer Innungskrankenkasse die Interessen der Versicherten erheblich schädigt. Doch die Innungs-meister bekommen ihren Willen. Der Polizeipräsident hat kürz-lich die Statuten der Innungskrankenkasse genehmigt. Es liegt nun beim Regierungspräsidenten, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann die Kasse ins Leben treten soll.

Mit dem Augenblick, wo dies geschieht, werden der Ortsranken-kasse 3000 bis 4000 Mitglieder entzogen. Es wird also eine leistungsfähige Kasse in zwei minderleistungsfähige Kassen gespalten und den Nachteil haben die Versicherten. Sie erhalten in der Innungskrankenkasse geringere Unterstützungsbeträge, als die Ortskasse gewährt. Dazu kommt noch, daß die Versicherten in der Innungskasse gegenüber dem Einfluss der Meister gar nicht auf-kommen, also Verbesserungen nicht durchsetzen können.

Ohne Rücksicht auf die Interessen der Versicherten, ohne Rücksicht auf die Erfordernisse einer möglichst guten Krankenpflege hat sich also der Eigenwille einer Handvoll Innungsmeister durch-setzen können. Das nennt man in Preußen soziale Fürsorge.

Jugendbewegung.

Nach Köln Offen!

Der Polizeipräsident von Essen hat auch eine Auflösungs-order gegen die freie Jugendbewegung gerichtet. Er war aber nicht in der unbequemen Lage, erst einen Verein „Freie Jugendbewegung“ konstruieren zu müssen, wie sein Kölner Kollege. Er konnte sich auf ein gerichtliches Urteil berufen, das festgesetzt hat, daß die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ in Essen einen politischen Verein bilden und diesen Verein hat er aufgelöst. Seine Verfügung lautet:

„Durch rechtskräftiges Erkenntnis des Schöffengerichts Essen vom 30. August 1910 gegen den Vorstand der aus den Abonnenten der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ bestehenden sozial-demokratischen Jugendorganisation ist festgestellt worden, daß die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ einen politischen Verein bilden, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, nämlich jugendliche Personen unter 18 Jahren als Mitglieder auf-zunehmen.“

Die sozialdemokratische Jugendorganisation der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ läßt ich hiermit auf Grund des § 3 des Reichvereinsgesetzes auf-

Trotz dieser unheilvollen Verfügung, schreibt unser Kölner Parteiblatt, die „Arbeiter-Zeitung“, abonnieren von Nummer zu Nummer immer mehr Jugendliche auf die „Arbeiter-Jugend“. Die Zahl der Abonnenten dürfte bald das erste Tausend erreicht haben.

Gewerkschaftliches.

Moabit in Süd-Wales.

London, 7. März. (Fig. Ver.)

Gestern kam es im Parlament wiederum zu einer Debatte über das Verhalten der Polizei vor einigen Monaten im süd-walisischen Streifgebiet. Herr Churchill hatte sich während der Adressdebatte bereit erklärt, ein Verfahren gegen jeden einzelnen Polizeibeamten einzuleiten, gegen den offensichtliche Beweise vorgebracht werden könnten. Dieses Zugeständnis hatte natürlich nicht den geringsten Wert, denn wie wäre es möglich, aus einem Regiment fremder Polizisten gerade diejenigen herauszugreifen, die sich Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen. Keir Gardie forderte deshalb eine allgemeine Untersuchung über die Aufführung der Polizei, die während der Streikunruhen nach Süd-wales geschickt wurde. Er verlangte auch, daß diese Untersuchung im Streifgebiet selbst geführt werden und daß den verletzten Personen und denen, die Anklagen gegen die Polizei vorzubringen hätten, das Recht zuerkannt werden sollte, sich durch einen Advokaten vertreten zu lassen.

Dies Verlangen wurde vom Minister des Innern mit einigen wenig stichhaltigen Ausreden abgelehnt. Die Ausführungen des Ministers waren besonders durch das Verständnis interessant, das ihm entschlüpfte, daß während eines anderen Streiks zu Anfang des vorigen Jahres eine Anzahl erregter Personen die Sendung von Artillerie nach dem Streifgebiet gefordert hätten. Während der Debatte kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Keir Gardie und dem liberalen walisischen Parlamentsmitglied Edwards, einem Scharfmacher par excellence, den Gardie mit einem Reptil verglich, das sich auf einer Zeile die Zähne ausbeißt würde.

Der Streik der Bergarbeiter des „Cambrian Combine“, um den es sich handelt, dauert nun schon fast 6 Monate, ohne daß Aussicht auf eine baldige Beendigung bestünde. Die 12000 Streikenden werden augenblicklich von der Bergarbeiterföderation Großbritanniens unterstützt. Die Streitfrage betrifft die angemessene Vergütung für Arbeiten an unregelmäßigen und schwierigen Stellen. Auf der letzten Spezialkonferenz der Föderation vor 6 Wochen wurde beschlossen, die Angelegenheit zu einer nationalen Frage zu machen. Man kann sich daher auf eine umfangreiche Aktion der britischen Bergarbeiter in den nächsten Monaten gefaßt machen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tapezierer! Folgende Werkstätten sind wegen Lohn-differenzen gesperrt: Weigt, Friedrichstr. 16. Neeling, Oranien-strasse 108. Werner, Charlottenburg, Scharrenstr. 10. Birnbaum, Fliederstr. 8. Rothe, Große Frankfurter Str. 88. Stephan u. Helbig, Andraastr. 43. Wolf u. Krebs, Holzmarktstr. 69/70. Dreher, Demewitzstr. 29. Dittmar, Cadinerstr. 20.

Verband der Tapezierer, Filiale Berlin.

Die im Streik befindlichen Schilderemacher und Helfer hatten sich gestern vormittag im Gewerkschaftshause versammelt, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegen zu nehmen. Ferner vom Transportarbeiterverbande referierte und führte aus, daß die Bewegung einen für die Verhältnisse befriedigenden Verlauf nehme. Diejenigen Arbeitgeber, auf die es bei der Tarifbewegung ankam, haben bis auf geringe Reste die Unterschrift geleistet. In den letzten zwei Tagen sind noch 15 unterzeichnete Tarife eingegangen, die sich namentlich auf Firmen beziehen, die dem Verein „Berliner Schilder-fabrikanten“ angehören. Das Streikpostenwesen gestaltet sich für die Streikenden äußerst schwierig. Einige der bestellten Firmen machen die größten Anstrengungen, die Arbeiten unter der Hand von kleinen Schlossermeistern ausführen zu lassen. Die Streikenden erwarten aber von den organisierten Schlossergefellen, daß, wo solche Arbeiten angeboten werden, sie diese unter allen Umständen verweigern. Wie weiter berichtet wurde, sollen einige Firmen mit dem jactam bekannten Herrn Lebus wegen Vermittlung von Arbeitswilligen in Verbindung getreten sein. An der Spitze solcher Bestrebungen sollen die Firmen Bartsch, Wollenmarkt 1 und Otto Grund u. Co., Wassergrasse 8 stehen. Demnach scheint es, als wenn der Kampf in den nächsten Tagen schärfere Formen annehmen werde.

Da den Streikenden bisher überall ein hilfreiches Entgegenkommen gezeigt wurde, so geben sie der Hoffnung Ausdruck, daß diese Unterstützung ihnen nach wie vor gewährt werden möge.

Die zu den Tarifarbeiten arbeitenden Annahmer und Helfer sind streng angewiesen worden, auf Wunsch die Arbeitsberechtigungskarte zum Zweck der Legitimation vorzuzeigen. In Fällen, wo diesem Verlangen nicht Rechnung getragen wird, steht fest, daß man es mit einem Arbeitswilligen zu tun hat und ist dieser auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise hinzuweisen.

Deutsches Reich.

Eine verunglückte Zersplitterungsaktion Wiesenthals.

Am Mittwochabend hatte der „Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband“ die Bausempner von Groß-Berlin sowie den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Cohen, zu einer öffentlichen, von Wiesenthal einberufenen Versammlung eingeladen, vermutlich in der Erwartung, daß infolge des Zahlenschwunders wohl nicht viele im „Deutschen Metallarbeiterverband“ Organisierten erscheinen würden. In dieser Versammlung sollte die Zustimmung zu den vom Arbeitgeberverband ausgearbeiteten Tarif erfolgen.

Cohen hatte jedoch schon durch eine Erklärung im „Vorwärts“ vom 8. März die Gründe dargelegt, die ihn veranlaßten, mit Wiesenthal nicht zu diskutieren.

Schon frühzeitig hatten die Bausempner Berlins den großen Saal von Keller, Kopenstr. 29, besetzt. Durch ein Flugblatt des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ waren die Bausempner von den Absichten Wiesenthals unterrichtet worden.

Unter dessen war Wiesenthal mit seinen Getreuen erschienen.

Dannenberg eröffnete die Versammlung, indem er die Tagesordnung bekannt gab und auf den Charakter der Versammlung als Vereinskongress hinwies. Gleichzeitig erteilte er Wiesenthal das Wort, der jedoch in seinen Ausführungen durch förmliche Rufe zur Geschäftsordnung unterbrochen wurde. Als er das Wort „Kollegen“ gebrauchte, wurde ihm von allen Seiten „Streikbrecheragent“, „Lobius II“ usw. angerufen. Eine Bureauwahl lehnte Wiesenthal ab und vertagte die Versammlung. Daraufhin eröffnete die im „Deutschen Metallarbeiterverband“ organisierten Bausempner eine öffentliche Versammlung und wählten ein Bureau, das sich auch sofort neben Wiesenthal plazierte. Diesem, als neuer Leiter der Versammlung, eröffnete dieselbe und erteilte dem Kollegen A. Schulz das Wort, der den Anwesenden eine Resolution unterbreitete, die besagt, daß Wiesenthals Tarif für die Berliner Bausempner vollständig unannehmbar sei, und Wiesenthal sei in keiner Weise legitimiert, irgendwelche Verhandlungen im Namen der Berliner Bausempner zu führen. Die Versammlung spreche Wiesenthal ihr Mißtrauen aus und geht über den von ihm unterbreiteten Tarif zur Tagesordnung über.

Nun kam es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien, da die Wiesenthaler die Abstimmung zu verhindern suchten. Die Resolution wurde schließlich gegen einige Stimmen angenommen und die Versammlung für beendet erklärt.

Bei der herrschenden Aufregung und dem Gedränge kam es noch zu Unfällen, doch waren ernstliche Folgen nicht zu verzeichnen.

Verantwortl. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe

haben für einige weitere Städte Resultate erzielt, trotzdem die Treibereien in den Reihen des Arbeitgeberverbandes fortbauern. Wenn es im vorigen Jahre die südwestdeutsche Eke unter Leitung des Dr. Keiner in Mannheim war, welche die Arbeitgeber scharf machte, so ist es in diesem Jahre die Ortsgruppe Kiel und an der Spitze deren „beträchteter“ Vorsitzender Schulte. Dieser gute Mann war im Vorjahre leitend der Unternehmer in die zentrale Verhandlungskommission delegiert und wurde für seine „erfolgreiche“ Tätigkeit auf der Generalversammlung der Arbeitgeberorganisation kräftig „abgetrocknet“. Jetzt, wo Kiel nicht mit zur Verhandlung steht, ist es ja recht billig für ihn scharf zu machen, und das besorgt er nun auch in reichlichem Maße. Vor allen Dingen hat es dem Herrn das von den Verbandsvorständen und der zentralen Kommission ausgearbeitete Vertragsmuster angetan. In einem „dringenden Appell“ an die Vertreter der zur Verhandlung stehenden Städte wurden diese ermahnt, das Vertragsmuster, das den bekannten terroristischen, sozialdemokratischen Geist atmet“, entschieden abzulehnen. Das „vertrauliche“ Machtwort, welches uns in die Hände fiel, spricht dann weiter aus, daß man in ersten Augenblick angenommen hätte, es handle sich um eine Forderung des Holzarbeiterverbandes, umsonst sei man erlaunt, zu erfahren, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes das Vertragsmuster mit dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes vereinbart hat. Einige Vertreter aus Herford und Reumünster haben dann in der Vertreterversammlung der Arbeitgeber ebenfalls noch kräftig scharf gemacht, und dadurch wird es erklärlich, daß die Arbeitgeber erst längere Zeit gebraucht, um sich in die wirklichen Verhältnisse zurück zu finden. Wenn es trotz der Böhlerlei dieser unverantwortlichen Nebenregierung im Arbeitgeberverbande nicht zum Kampfe auf der ganzen Linie gekommen ist, hat man dieses nur der außerordentlich strengen Disziplin im Holzarbeiterverbande zu danken. Von einigen Ausnahmen abgesehen wird der Weisung des Verbandsvorstandes gemäß weiter gearbeitet, um zunächst das Endergebnis der Verhandlungen abzuwarten.

Für Stuttgart liegt nun bis auf die Lohnbuchfrage das vollständige Verhandlungsergebnis vor, das auch bereits von einer Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes akzeptiert wurde. Der Mindestlohn wird sofort von 43 auf 48 Pf. erhöht und steigt während der Vertragsperiode bis auf 52 Pf. pro Stunde. Sämtliche Stundenlöhne werden im Laufe der Vertragsdauer um 7 Pf. die Affordhöhe um 12 Proz. erhöht. Die Arbeitszeit wird vergrößert am 1. Oktober 1913 von 53 auf 52 Wochenstunden und gilt abdam für die nächste Vertragsperiode als gestaffelt. Die Mustervorlage ist in den Stuttgarter Vertrag hineingearbeitet, danach wird bei auertoristischen Arbeiten der Stundenlohn gestrichelt, als Abschlag bei Affordarbeit gilt der vereinbarte Stundenlohn. Die Affordpreise sind so zu bemessen, daß über den Stundenlohn hinaus verdient werden kann. Wenn ein Arbeiter bei Ausführung neuer Afforde einen Minderdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittslohn der letzten sechs Monate erzielt hat, kann er eine Nachprüfung des Affordpreises durch die Schlichtungskommission verlangen, zu deren Beratungen Sachverständige zugezogen werden. Den Arbeitern, welche im Vertragsgebiet ihre Arbeitsstelle wechseln, ist, sofern sie den im Vertrage festgelegten Lohn oder mehr verdient haben, in der neuen Werkstätte der für gleichwertige Arbeit übliche Lohn zu zahlen.

Mit jedem Affordarbeiter ist innerhalb der ersten sechs Arbeitstage ein vorläufiger und nach Beendigung des ersten Affords ein definitiver Stundenlohn zu vereinbaren. Falls eine Einigung über die Lohnhöhe nicht stattfindet, hat die Schlichtungskommission zu entscheiden. Der Vertrag gilt als einheitliche Rechtsnorm für die gegenseitigen Beziehungen und Leistungen der Arbeitgeber und Arbeiter, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtheit, innerhalb seines Geltungsbereiches und ist bei den zuständigen Gewerbebehörden nieder zu legen. Wenn in einem Betriebe günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bestehen, als im Vertrage festgelegt sind, so behalten diese günstigeren Bedingungen Geltung. Einzelabmachungen, die dem Vertrage widersprechen, sind ungültig, die Arbeitsordnungen sind mit dem Vertrage in Einklang zu bringen.

Der Vertrag ist in allen Betrieben sichtbar anzubringen. Für Stuttgart wurde dann noch vereinbart, daß für Montagen innerhalb des Stadtgebietes ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gezahlt werden muß; außerdem der Betrag von 75 Pf., wo der Arbeiter das Mittagessen an fremder Stelle einnehmen muß. Für Montagen außerhalb des Stadtgebietes wird ein Zuschlag von täglich 3,25 M. (mit Uebernachten) auch für den Sonntag gewährt, außerdem das Fahrgehalt. Fahrzeit wird als Arbeitszeit bezahlt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch das städtische Arbeitsamt.

Für Kirchheim u. T. wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. Hier kommen Zweigmöbelfabriken Stuttgarter Firmen in Frage. Darum hat der Vertrag besondere Bedeutung. Die bisher 56 stündige wird sofort auf 55 und am 1. Oktober 1913 auf 54 Stunden vergrößert. Der Mindestlohn wird sofort auf 39 und im Laufe der Vertragsperiode auf 42 Pf. erhöht. Die Stundenlöhne werden innerhalb der Vertragsdauer um 6 Pf. und die Affordpreise um 10 Proz. erhöht. Auch für Kirchheim wurde das Vertragsmuster in seinen Hauptpunkten anerkannt.

Für Elbing ist ebenfalls ein Abschluß erzielt. Die Arbeitszeit wird vergrößert von 57 auf 55 Wochenstunden. Der Mindestlohn erhöht sich sofort auf 37 und während der Vertragsperiode auf 41 Pf. pro Stunde. Die Stundenlöhne werden in 4 Raten insgesamt um 6 Pf. erhöht.

Auch für Eibersfeld ist die Einigung perfekt. Durch Schiedsspruch wird die Arbeitszeit am 1. Oktober 1913 auf 53 Stunden vergrößert. Der Durchschnittslohn wird bei Beginn des Vertrages auf 58 Pf. festgelegt und erhöht sich während der Vertragsdauer auf 58 Pf. pro Stunde; der Durchschnittslohn für Maschinenarbeiter ist 2 Pf. höher. Die Stundenlöhne erhöhen sich ratenweise um 6 Pf.

In Chemnitz wird die jetzt bestehende 55stündige Arbeitszeit um 2 Stunden vergrößert. Der Mindestlohn erhöht sich ab 1. März 1911 auf 46 und im Laufe der Vertragsperiode auf 51 Pf. pro Stunde. Es findet eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 7 Pf. verteilt auf die Vertragsperiode statt.

Für Aachen fand eine Einigung auf folgender Grundlage statt: die Arbeitszeit wird um 8 Stunden während der Vertragsdauer und zwar von 57 auf 65 Stunden vergrößert. Der Durchschnittslohn steigt stufenweise von 44 auf 51 Pf. pro Stunde, desgleichen werden sämtliche Stundenlöhne um 7 Pf. erhöht. Der Mustervertrag wurde in seinen Hauptpunkten anerkannt.

Das Resultat des Schiedsspruchs resp. der Verhandlungen für Breslau ist eine sofortige Erhöhung des Mindestlohnes von 40 auf 44 Pf., der sich dann während der Vertragsdauer auf 48 Pf. steigert. Sämtliche Stundenlöhne werden während der Vertragsdauer um 6 Pf., die Affordhöhe um 10 Proz. erhöht. Die Arbeitszeit für Tischler wird auf 52 Stunden vergrößert. Die Verklärung der Arbeitszeit für Maschinenarbeiter unterliegt einer weiteren Entscheidung der zentralen Schlichtungskommission.

Für Reumünster, Bremen, Kalkheim und Herford wird gegenwärtig weiter verhandelt. In Bremen haben die Parteien beschlossen, sich einem eventuellen Schiedsspruch der zentralen Kommission zu unterwerfen. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1913 auf 52 Stunden vergrößert.

Die Verhandlungen kommen nur recht langsam vorwärts, was erst zu verstehen ist, wenn man die oben angeedeuteten Treibereien innerhalb der Arbeitgeberorganisation in Rechnung stellt.

(Wegen Raummangels zurückgestellt.)

Der Zehnstundentag in der Lausiger Tuchindustrie.

Rothau, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“): Der Arbeitgeberverband der Lausiger Tuchindustrie beschloß, am 13. März durch Aushang bekanntzugeben, daß vom 1. Oktober ab der Zehnstundentag auch für männliche Arbeiter eingeführt wird. Bis her galt für diese der Zehnhalbstundentag. Am Sonnabend und am Tage vor den Festen bleibt es bei der bisherigen Arbeits-

zeit. Die Lausiger Weber befinden sich in der Zehnstundentagsbewegung seit dem Jahre 1905. Die Einführung des Zehnstundentages erfolgt jetzt nur, weil die Reichstagswahlen vor der Tür stehen und sich die Unternehmer auf die Dauer der Forderung der Arbeiter doch nicht verschließen können.

Die allgemeine Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker in Magdeburg zwecks Abschließes eines festen Arbeitstarifes ist nunmehr beendet, mit Ausnahme einer Firma. Mit einer Reihe Firmen wurden feste Tarifverträge abgeschlossen, die gegenüber den früheren Verhältnissen wesentliche Verbesserungen brachten. Die Arbeitszeit wurde für Lithographen auf 8 Stunden täglich festgelegt, für Steindrucker wurde diese von 54 auf 53 1/2 Stunden wöchentlich reduziert. Sollte während der Tarifdauer eine allgemeine Verklärung der Arbeitszeit für Steindrucker stattfinden, so schließen sich die Firmen dieser an. — Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im ersten halben Gehilfenjahre 20 M., im zweiten Halbjahre 22 M. und vom zweiten Gehilfenjahre ab mindestens 25 M. — Nach § 616 B. G. B. wird Zeitverhältnis bis zu drei Stunden bezahlt. — Ferien wurden in allen Tarifverträgen festgelegt und zwar vom dritten Beschäftigungsjahre ab drei Tage bis zu sechs Tagen; der Lohn wird während der Ferien selbstverständlich weiter bezahlt. Ferner wurde die Lehrlingskassa und ein Ueberstundenzuschlag festgelegt sowie eine Reihe Lohn-erhöhungen bewilligt. — Der Arbeitsnachweis wurde anerkannt. — Tarifkommissionen regeln vorkommende Differenzfälle. — Mit den Firmen, die dem Schuyverband Deutscher Steindruckerbesitzer angehören, wurde auf der Grundlage der Vereinbarungen mit dem Schuyverband und der Gehilfenorganisation verhandelt. Diese Vereinbarungen wurden anerkannt. — Ferner wurde eine Entschädigung für Bronzearbeiten von 50 Pf. täglich bewilligt. — Die Schuyverbandsfirma Walther hat sich nachträglich geweiigert, die festgelegten Bedingungen einzuführen, worauf alle Gehilfen die Arbeit niederlegten. Ueber diese Firma wurde die Sperre verhängt.

Der Streit in der Schuhindustrie in Weissenfels wurde durch folgende Zugeständnisse der Unternehmer beendet: Sofortige Einführung der neunehalbständigen Arbeitszeit und 25 Proz. Lohnzuschlag für Ueberstunden; ferner unterwerfen sich die Fabrikanten dem Schiedsspruch, daß sämtliche Arbeiter wieder an ihre alten Arbeitsplätze eingestellt und keine Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. In den Betrieben, wo die Arbeitszeit schon 57 resp. 58 Stunden beträgt, erklärten die Arbeitgeber zum Zwecke einer weiteren Arbeitszeitverklärung sich mit ihren Arbeitern ins Einvernehmen zu legen.

Die Festlegung der Arbeitszeit hatte besondere Schwierigkeiten gemacht. Die Arbeiter wollten benanntlich sofort den Reumstundentag haben, die Vertreter der Arbeiter mühten sich aber schließlich bei den Verhandlungen mit der 9 1/2 stündigen Arbeitszeitbewilligung zufrieden geben. Ueber die endgültige Annahme dieser Vorschläge aber hatte erst eine Versammlung der Arbeiter zu befinden. Diese war von über 2000 Personen besucht und nahm die Vereinbarungen gegen wenige Stimmen an.

Der Hirsch-Dunderseher Gewerbeverein hatte einstimmig beschlossen, sich dem Schiedsspruch, der die 57stündige Arbeitswoche festsetzt, zu unterwerfen, und sie erklärten sich den Fabrikanten gegenüber bereit, die Arbeit sofort anzunehmen, was aber von den Fabrikanten mit der Bemerkung abgelehnt wurde, daß, wenn die Zentralverbände die Arbeit nicht aufstehen, sie auch die Hirsche nicht gebrauchen könnten.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 5 heben wir hervor: Die Kriegserklärung in Köln. Von W. Solmann. — Eine Hegenacht. Von A. Essinger. — Die Hermannschlacht. Von Julian Vorwardt. — Der moderne Hebereibeitrieb. (Mit Illustrationen.) Von Richard Woldt. — Die Gewerkschaft. Von Gustav Erdstein. — Politik oder nicht Politik? — Die Stärke der Jugendproletariats. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung usw. Beilage: Ein Pub. Erzählung von A. H. C. — Robert Owen. (Mit Bild.) Von A. Conrath. — In der Wähe. (Mit 6 Abbildungen nach Photographien.) — Wie gestalten wir unsere Wanderungen? Von B. Streder. — Der Dameneingang. Erzählung von E. Rosen. — Allerhand Kurzweil. (Illustriert.)

Letzte Nachrichten.

Die neuen Berliner Stadträte.

Unter dem Vorsitz des Stadterordnetenvorstehers Nischelet trat am Donnerstagabend der Stadterordnetenaußschuß zur Vorbereitung der Wahl von zwei besoldeten Stadträten an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrates Mugdan und des verstorbenen Stadtrates Dr. Künsterberg zusammen. Es wurde beschlossen, dem Plenum der Stadterordnetenversammlung die Wahl der Magistratsräte Hamburger und Dr. Franz vorzuschlagen.

Wir marschieren!

Dortmund, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Gemeinderatswahl für die dritte Abteilung in Annen erforderten unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten wurden mit 614 Stimmen gewählt. Die Liberalen brachten es auf 313, das Zentrum auf 242 Stimmen.

Im vorigen Jahre sind diese drei Mandate für un-gültig erklärt worden, aber trotz verzweifelter Anstrengungen der Gegner ist es diesen nicht gelungen, der Arbeiterschaft den Eintritt in das Gemeindeparlament zu verwehren.

Ein Bonner Nachspiel.

Kiel, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Strafkammer I des Kieler Landgerichts verurteilte heute den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genossen Genschel, wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft und Richter des Bonner Landgerichts in zwei Fällen zu 4 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt oder in dem Falle, daß das Gericht den bisher unbestraft Angeklagten nicht gleich zu einer Freiheitsstrafe verurteilen wolle, 2000 Mark Geldstrafe. Die Beleidigungen wurden erbildt in Gegenüberstellungen von schweren Urteilen des Dortmunder Schwurgerichts und der Kieler Strafkammer mit dem bekannten Urteil in dem Bonner Borussenprozeß.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Kürnberg, 9. März. (B. G.) Die Lohnbewegung in der bayerischen Spiegelglasindustrie ist durch Zustimmung der Arbeitgeber zu dem Tarifvertrag beendet.

Das Ende einer Ordnungsgewalt.

Potsdam, 9. März. (B. Z. W.) Der Kohlenhändler Karl Herms, der vom hiesigen Schwurgericht wegen betrügerischen Bankrotts verurteilt, einsteilen aber auf freiem Fuß gelassen worden war, ist heute nachmittag auf Veranlassung der Staats-anwaltschaft durch die Potsdamer Kriminalpolizei wieder verhaftet worden. Herms hatte sich falsche Papiere und Reisetickets verschafft, um heute abend über Hamburg nach Amerika abzu-dampfen. In seiner Zelle machte Herms einen Selbstmordversuch durch Aufsteigen der Halskette und der Fußkette. Herms wurde schwer verletzt nach dem Städtischen Krankenhaus transportiert.

Das Ende eines Kämpfers.

Es sind schon einige Monate verflossen, seitdem die Nachricht vom dem Selbstmorde Jegor Sjasonow's, eines der Helden der russischen Revolution, die Öffentlichkeit in Erregung versetzte. Die furchtbare Tragödie in den finsternen Katakomben von Serentui, herborgehoben durch die bestialisches Grausamkeiten der Zarenhölle, gab den Anlaß für zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen, durch die vor allem die russische studierende Jugend ihren Protest, ihren Abscheu vor der konterrevolutionären Gewalt Herrschaft in spontaner Weise kundgab. Erst jetzt dringen aber die Einzelheiten des Dramas in Serentui an die Öffentlichkeit, die den Selbstmord Sjasonow's als das Ergebnis einer planmäßigen Hebe seitens der Regierungsagenten, als einen feigen Mord an dem gefesselten Feind darstellen. Die Mitteilungen und Briefe, die Viktor Lichernoff in der letzten Nummer der „Snamja Truda“ veröffentlicht, geben ein anschauliches Bild von diesen Ereignissen, in denen die leuchtende Gestalt des unermüdeten Kämpfers Sjasonow um so greller hervortritt, je mehr die alles nivellierende, zerstörende Reaktionsperiode mit ihren unendlichen Leiden und Enttäuschungen das Bild des russischen Revolutionärs verdunkelt und entstellt hat.

Jegor Sjasonow hatte es der neu einsetzenden „liberalen Aera“ Swjatopolk-Mirskis zu danken, daß er wegen der Ermordung des allmächtigen Plehwe nur zur Katorga verurteilt wurde. Aber der Sturm der revolutionären Erhebung im Herbst 1905 vermochte nicht, ihn wie so viele andere Kämpfer den Fängen des Zarismus zu entreißen, während die Liberalen, die ihm wegen seiner Tat offen zugejubelt, seinen Finger rührten, um seine Befreiung durchzusetzen. Aber auch in der Katorga, wo Sjasonow dank der Macht seiner Persönlichkeit schnell einen großen Einfluß gewann, blieb er für die Regierung ein gefürchteter Gegner. Nur der Beschluß der von Sjasonow geführten Gefangenentruppe, den ersten Versuch der Anwendung der Körperstrafe bei den Gefangenen mit Massenelbstmorden zu beantworten — nur dieser Beschluß hielt die vertierte Administration davon ab, auch dieser Gruppe gegenüber die Brutalität und die Scheußlichkeit des verschärften Gefängnisregimes zur Anwendung zu bringen. Dennoch sah sich Sjasonow schon 1907 in Aljatschi gezwungen, seinen Beschluß zu verwirklichen. Indessen war die Morphiumdosis, die er zu sich nahm, zu schwach, um ihn zu töten. Er blieb am Leben, und die mannhafte Haltung seiner Gruppe dem Ansturm der Administration gegenüber zwang diese zum Rückzug. Je näher aber der Zeitpunkt heranrückte, wo Sjasonow laut Gesetz in das „freie Kommando“ übergeführt werden mußte, desto schroffer wurden die gegen ihn und seine Gefährten angewendeten Gewaltmaßnahmen. An Stelle der alten Kotte, die den Wachdienst in Serentui versah, kam eine neue dorthin, die Tag und Nacht gegen die Zellen der politischen Gefangenen zu feuern begann. Sie hatte es namentlich auf Sjasonow's Zelle abgesehen, die durch diese Kanonade so durchlöchert wurde, daß sie schließlich vollkommen renoviert werden mußte. Sjasonow blieb dank einem glücklichen Zufall am Leben, aber nur um einer noch größeren Marter ausgehört zu werden. Ende November kam ein neuer Direktor, das Scheusal Byssofski, nach Serentui, mit der speziellen Aufgabe, das Regime im Gefängnis zu verschärfen. Er begann seine Sentenz mit dem, daß er einige zufällig herausgegriffene politische Gefangene ohne jeden Anlaß durchpeitschen ließ. Nun war der Zeitpunkt gekommen, um den einmal gefaßten Beschluß durchzuführen. Sjasonow erfuhr, daß zwei Genossen, ohne den allgemeinen Beschluß abzuwarten, einen Selbstmordversuch unternommen hatten. Um weiteren, größeren Opfern vorzubeugen, griff Sjasonow zur Giftflasche,

nachdem er die Beweggründe seiner Tat in einem kurzen Schreiben dargelegt hatte:

„Genossen! so schrieb er. Heute nacht will ich versuchen, ein Ende zu machen. Wenn irgendein Tod die weiteren Opfer verhindern kann, so ist es vor allem der meine. Und darum muß ich sterben. Ich fühle das mit meinem ganzen Herzen; wie schmerzhaft, daß ich dem Tode der heute geforderten Genossen nicht vorbeugen konnte. Ich bitte die Genossen und flehe sie an, mir nicht nachzugeben und keinen zu frühen Tod zu suchen! Wenn nicht die kleine Hoffnung, daß mein Tod den vom Moloch geforderten Preis verringern könnte, ich wäre zweifellos am Leben geblieben, um mit Euch, Genossen, zu kämpfen! Aber noch einen Tag warten — bedeutet vielleicht, neue Opfer sehen. Lebt wohl, Freunde, und gute Nacht! — Jegor.“

Die Hoffnung Sjasonow's hat sich leider als trügerisch erwiesen. Auch nach seinem Opfertode fordert der unerfütterliche Moloch des Zarismus fortgesetzt frisches Menschenblut. Aber er hat dennoch mit seinem Tode vollendet, was er im Leben vollbracht. Das Andenken des heldenhaften Kämpfers wird auch in den Reihen derjenigen, die auf anderen, wirksameren Wegen wie er für die Befreiung der arbeitenden Klassen kämpfen, als leuchtendes Vorbild fortleben, anfeuernd und begeisternd zu beharrlichem, unermüdetem Kampf gegen die Mächte der Reaktion.

Reichstag.

143. Sitzung, Donnerstag, den 9. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kraetke.

Zweite Lesung des Postetat's.

Zweiter Tag.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ 40 000 M.

Abg. Dr. v. Tzschirner (Pole): Meine Fraktion wird allen Resolutionen zustimmen, die auf eine Verbesserung der Lage der Postbeamten abzielen. Sehr zu bedauern ist, daß in den Landesstellen mit polnischer Bevölkerung die Postbeamten die Sprache der breiten Masse der Bevölkerung nicht verstehen. Die polnischen Beamten versteht man in andere Landesteile, was sicher nicht im Interesse des Dienstes ist. Die Post sollte doch ein neutrales Gebiet sein und mit Postil nichts zu tun haben. Aber man vergewaltigt die Beamten und verwehrt ihnen, bei Wahlen ihre Stimme für polnische Kandidaten abzugeben. Die Ostmarkenzulage muß dahin führen, die Beamten zu einem besonders schroffen Wesen gegen das polnische Publikum anzureizen. Ich bitte das hohe Haus, namentlich die Freisinnigen, die heute ja keine Blockverpflichtung haben, den Titel 89, die Ostmarkenzulage, abzulehnen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Vg.) beklagt, daß so viele Post- und Telegraphenstellen in ungenutzten Gebäuden stehen; dadurch kommt es, daß die Beamten immer schwerer zur Gründung einer Familie schreiten können. Wenn von der Postverwaltung gesagt wird, die Beamten sollen auch nicht so früh heiraten, so spricht sich darin der Standpunkt eines gefälligen Junggesellentums aus, den wir nicht billigen können. Der Redner polemisiert dann gegen die sozialdemokratische Resolution, die eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne wünscht, daß die Bezüge der Postunterbeamten erhöht werden. (Weißt bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Bruhn (Antij.) meint, daß einige Beamtenkategorien in ihren Bezügen aufgebessert werden sollten.

Abg. Jubeil (Soz.):

An die neue Dienstordnung vom 1. August 1910 knüpfen die Unterbeamten große Hoffnungen; aber diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Statt 60 Stunden ist den Beamten gestattet, den Unterbeamten eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 69 Stunden aufzuerlegen. Die Landbriefträger haben 168 Kilometer wöchentlich, 28 Kilometer täglich zurückzulegen. Auch in Berlin bei 60 stündiger wöchentlicher Dienstzeit ist die Arbeit sehr schwer und aufreibend, so verlangt namentlich der Sortierdienst, speziell in den drei letzten Stunden, von 8—11, der stehend verrichtet werden muß, die ganze Aufmerksamkeit. Dazu kommt, daß die Räume, in denen die Beamten sich aufhalten müssen, schlecht ventiliert sind. Nicht Hinaussetzung, sondern

Herabsetzung der Dienststunden

ist notwendig, die Sparbarkeit an den unteren Beamten kann nicht mehr weiter getrieben werden. Aber an anderen Stellen könnte sehr wohl gespart werden. Wir haben 110 000 Postagenturen, für deren Verwaltung je nach der Größe 600—1200 M. an Private gezahlt wird, welche die Agenturen meist von ihren Frauen verwalten lassen. Das könnten bei kleinen Agenturen auch die Frauen von Landbriefträgern, bei größeren die von gebildeten Unterbeamten besorgen. Würde man diesen 300—600 M. dafür geben, so wäre den Beamten geholfen und die Post würde erheblich sparen. — Nach meinen Ausführungen vom vorigen Jahr hätte man erwarten können, daß auf dem Postamt 68 in Berlin die Praktiken geändert würden; das ist aber nicht geschehen, der Direktor Wegener betreibt vielmehr ein Sparsystem, das zu einer kolossalen Belastung der Unterbeamten führt. Auch auf anderen Berliner Postämtern sind solche Praktiken im Schwange. Ueberall sind es die Unterbeamten, die die Kosten und Lasten dieser falschen Sparmaßregeln zu tragen haben.

Viele Klagen werden auch über den Mißbrauch laut, der mit den „gehobenen Unterbeamten“ getrieben wird. Wir haben immer gegen das System protestiert, das Streberei und Gesinnungslosigkeit züchtet und schließlich ja auch wohl züchtet soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wiederum ist es das Postamt 68, wo diese Streberei am systematischsten geübt wird. Papisten, die kaum lesen und schreiben können, werden dort mit Vorliebe beschäftigt. — Der Sparmaßregel werden alle anderen Rücksichten geopfert, namentlich auch die einfachsten Forderungen der Reinlichkeit und der Gesundheitspflege. Es ist doch unerhört, daß für 16 Unterbeamte 1 Spind und für 20 Unterbeamte 1 Handtuch (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) vorhanden ist, wie das von verschiedenen Berliner Postämtern gemeldet wird.

Neben dem Postamt 68 ist es namentlich das Postamt 12, wofür Unterbeamte, neuerdings auch mittlere Subalternbeamte, einer wenig angebrachten Behandlung ausgesetzt sind. Ein Wilmersdorfer Postdirektor fragt einen älteren Unterbeamten, als er sich krank meldet: „Sie sind wohl krank?“ Augenblicklich fehlt dieser Herr Postdirektor selbst: ob er auch wohl krank ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch über die Vertrauensärzte der Post werden fortgesetzt Klagen laut. Der Kaiserhofposten, der auf den Postämtern eine so große Rolle spielt, scheint sich auch bei den Postärzten mehr und mehr einzubürgern. Ein Beamter, der sich von einem solchen Postarzt untersuchen lassen wollte, wurde von diesem mit den lebenswichtigen Worten empfangen: „Sie laufen wohl zu viel?“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit rechts.)

Die Schuld an allen diesen Vorkommnissen tragen nicht sowohl die einzelnen Personen, als das ganze

Keinliche System falscher Sparbarkeit.

Wesen dem Postdirektor, der da erklärt, er komme mit seinem Unterpersonal nicht aus! Da werden lieber Lieberstunden über Lieberstunden den vorhandenen Unterbeamten auferlegt, als daß die Zahl der Unterbeamten vermehrt wird. Mit dem Aufsichtspersonal wird ein völlig unnötiger Aufwand getrieben; kostbare Anlagen erweisen sich nach kurzer Zeit, bisweilen nach noch nicht einem Jahre, als unbrauchbar und werden als altes Eisen verkauft, wofür man für ein paar hundert Mark an dieselbe Firma, die einige Monate zuvor für mehrere zehntausend Mark die Anlage gemacht hatte. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst neulich hat sich ein solcher Fall in einem Berliner Postamt ereignet. (Erneutes lebhaftes Hört! hört!) Also Aufwand, Verschwendung, ja, sinnlose Verschwendung auf der einen Seite, auf der anderen die ärgste und kleinlichste Knäuelerei! Vielleicht noch mehr als die Unterbeamten haben die Arbeiter und Hilfskräfte bei der Post unter diesem System zu leiden. Wie oft hat der Reichstag beschloffen, daß die Postverwaltung nicht Hilfskräfte mit einem Tagelohn unter 3 M. engagieren solle. Aber es geschieht doch! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Reichsbehörde sollte sich doch wirklich schämen, in dieser Zeit der Lebensmittelerhöhung dergleichen Hungerlöhne zu zahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Anstöße, Beamte des Reiches zu Privatdiensten zu mißbrauchen, ist auch noch immer nicht ausgerottet. In Wiesbaden läßt der Postdirektor durch Unterbeamte der Post die Einläufe für seinen Haushalt besorgen. (Hört! hört!)

Wie oft habe ich mich hier genötigt gesehen, die

Klagen der Postbeamten

vorzubringen! Ich habe hier schon mehrfach zur Sprache gebracht, daß zu Unrecht diesen Leuten die Entschädigung für ihre Dienstmängel vorenthalten wird. Die Postverwaltung behauptet schlankweg, sie brauche eine solche Entschädigung nicht

Kleines Feuilleton.

Schulkolonien. Alle Schulreform muß davon ausgehen, daß die Kinder die Schule in einem geistigen und körperlichen Ernährungszustand besuchen, der sie fähig für den Unterricht macht. Da aber die sozialen Verhältnisse der Schüler zu Hause einseitigen unverständlichen sind, so muß die Schule auch Hausung, Nahrung, Körperpflege, kurz die Gesamterziehung der Kinder in Schulkolonien übernehmen.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Elend der Eltern und schwacher Begabung der Kinder wird durch jede neue Untersuchung klarer erkannt. Das schlecht ernährte, schlecht wohnende Kind ist immer ermüdet. Diese Ermüdung erscheint dann fälschlich als mindere Begabung. Der württembergische Schularzt Bauer veröffentlicht im „Internationalen Archiv für Schulhygiene“ Untersuchungen über die „Hygiene geistiger Arbeit der Schüler und Lehrer“, die jenen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und „Begabung“ wieder bestätigen.

Vor allem bedarf das Kind langen Schlafes. Je gründlicher der Schlaf, desto besser die Schulleistungen. Der größte Feind eines guten Schlafes und damit der Erholung ist die Phantasie. So antugend sie, in wässrigen Träumen genossen, ist, so verderblich wirkt sie im Übermaß. Die Schauererzählungen in der heutigen Schulbibliothek, in den Kinematographen und Theatern rauben dem Kinde den gesunden Schlaf. Auch die Sonntagserholung ist vielfach höchst ungesund: Wirtschaftsbefuch, Alkohol. Vor allem aber wirken die häuslichen Verhältnisse: Kinder, die in guten Lebensbedingungen aufgewachsen sind und von der Schule in solchen erhalten werden, vermögen viel mehr zu leisten als andere, die unterernährt sind und die Wohltaten einer Schulhygiene auch nicht kennen gelernt haben. Des Hauses üble soziale Verhältnisse, lange Schulwege, der Genuß alkoholischer Getränke, Mangel an Schlaf, gewerbliche Arbeit, mangelnde Geschlechtshygiene, das Gefährden körperlicher Beschädigungen, ungenügende Schulhygiene in bezug auf den Schulhausbau und dessen Einrichtung hemmen die gesamte Schulgesundheitspflege. Wer als Schularzt einen Einblick in die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klasse bekommen hat, weiß, daß Mangel an Wohnung, an Ernährung und Kleidung auch dem Reiche mißspielt. Es ist zweifellos, daß Entbehrung und Not bei vielen den Untergang geistiger Fähigkeiten verursacht, sei es, daß Talente nicht geweckt werden konnten, oder daß vorhandene nicht die nötige Nahrung erhielten. Die gewerbliche Arbeit der Schulkinder, sei es in Fabriken oder im Hausgewerbe, entzieht den Kindern so viele körperliche Kräfte, daß für die Entwicklung der geistigen kein Lebensmaterial übrig bleibt. Daher dürfte eine Verschärfung der Kinderbeschützergesetze der Hygiene der geistigen Kräfte eines Schulbesuchs zugute kommen. Welche Schulwege gehen die Kräfte der Kinder sehr auf und zeigen deutlich, daß viele derselben mit hohen Ermüdungsweizen zur Schule kommen, Kinderhorde

würden in dieser Hinsicht manches Kind von nervöser Erkrankung retten. Eine richtige Geschlechtshygiene sekundiert der Hygiene der Geisteskräfte.“

Preise und Arbeitslöhne im alten Rom. Als einziges Dokument aus dem Altertum, das sowohl über Lebensmittelpreise als über Arbeitslöhne amlicke Auskunft gibt, besitzen wir das im Jahre 301 unserer Zeitrechnung erlassene Edikt des Kaisers Diokletian: „De pretiis rerum venohum“. Diese „Verordnung über die Warenpreise“ hatte den Zweck, die oberste Grenze der Preise festzusetzen und sollte, wie ausdrücklich erklärt wird, keineswegs die Regel darstellen, da in einigen Provinzen des römischen Reiches relativ niedrige Preise herrschten. Immerhin bietet dieses Dokument einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse im späten Altertum. Wir erfahren da, wenn wir auf unser Münz- und Gewichtsverhältnis umrechnen, daß ein Hektoliter Roggen höchstens 6,30 M., also etwa die Hälfte dessen kosten sollte, was heute dafür gezahlt wird. Weizen und Erbsen standen ebenso im Preise, Linsen hingegen waren mit 10,50 M. als Höchstpreis angelegt. Schweinefleisch sollte das Kilogramm 68 Pf. kosten, das beste gepökelte war auf 88 Pf. bemessen. Schinken kostete 1,10 M. das Kilogramm, Rindfleisch hingegen nur 44 Pf. Butter stand mit 88 Pf., Schmalz mit 66 Pf. das Kilogramm fixiert. Das in Italien viel verwendete Del kostete je nach Güte 40 Pf. bis 1,30 M. das Liter. Im Gegensatz zu heute standen Seefische höher als Flußfische im Preise: jene sollten zwischen 88 bis 132 Pf., diese zwischen 44 bis 88 Pf. das Kilo kosten. Relativ billig waren Austern, nämlich 100 Stück mit 1,83 M., im Preise angegeben. Wenn wir jetzt noch erwähnen, daß Diokletian den höchsten Preis für gewöhnlichen Landwein auf 27 Pf., den Preis für bessere Weine jedoch zwischen 54 bis 100 Pf. pro Liter festgelegt wissen wollte, so kommen wir zu dem Schluß, daß die Lebensmittelpreise vor 1600 Jahren im Durchschnitt etwa halb so hoch waren wie zu unserer Zeit.

Anderes stand es um die Preise für Kleidungsstücke. Zwar war das Schuhzeug verhältnismäßig billig; Stiefel für Fuhrleute und Bauern sollten 2,16 M., Schuhe für Patrizier 2,40 M. kosten. Doch waren für eine Dalmatiner, ein leinernes Mannesunterkleid, Preise von 27 bis 180 M. verzeichnet, während leinere Heberkleider für Frauen zwischen 31 und 162 M. kosteten. Gewöhnliche Unterkleider für Landleute kosteten 11 bis 18 M. Bei diesen verhältnismäßig hohen Preisen ist allerdings zu berücksichtigen, daß man damals Kleidungsstücke viel länger trug als heute und womöglich von einer Generation auf die andere vererbte.

Die Arbeitslöhne waren durchweg niedrig. Außer freier Kost erhielt ein Landarbeiter täglich 45 Pf., ein Hirt 36 Pf., ein Maurer 90 Pf., ein Stellmacher und ein Schmied gleichfalls 90 Pf. Gut entlohnt waren die Wandmaler, die außer der Kost 2,70 M. belamen.

Alles in allem zeigt die Diokletianische Tabelle, daß der auf

seiner Hände Arbeit angewiesene Proletarier im alten Rom ebenso wenig auf Rosen gebettet war, wie sein Leidensgefährte im 20. Jahrhundert.

Humor und Satire.

Hofenmode.

Hofenrod. Berlin WW.
Manche Schwört entrüstet: „Ree!“ —
Schwört's und zieht ihn erst mal dann
Insgesamt zur Probe an.
Auf den Gatten: „Was sagst Du?“ —
Nemmerlächlichlich sieht er zu.
„Selbst bei ältern“, denkt er flint,
„Haremddamen wirkt das Ding.“
Aber, was bei Wuttern Brauch:
Nient sich das für Lächler auch?
Daf Thudmelde, wie Wama,
Stech im Hofenrode da?
Vater gönnt ihr dieses Prö,
Denn er ist durchaus WW.
Auch Thudmelde's Küst'ger spricht:
„Mir mißfällt der Fortschritt nicht!“
Wad nun streben sich Bemüht,
Was verborgen hat geblüht,
Weiber wandeln, fast ein Schod,
Durch den Boo im Hofenrod.
Lästerrede. Sensation.
Morgen sind's dreihundert schon,
Immer freier wird der Schnitt,
Was die letzte Hülle glitt.
Pralle Wade, strammes Anie:
Sei, wie kokettieren sie!
Mode, im Prinzip voll Zweck,
Arzt aus und wirft sich weg. . .

Wichel

Notizen.

— Vorträge. Artur Drews spricht am Sonntag, den 12. März, abends 7 Uhr, in der Singalademie über das Thema: „Lebt Jesus?“ An den Vortrag wird sich ein Religionsgespräch „Lebt Jesus?“ An den Vortrag wird sich ein Religionsgespräch anschließen. — Das Thema „Der Kinematograph“ im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts“ wird demnächst in der „Urania“ von verschiedenen Gelehrten behandelt werden. — Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur wird jetzt auch vom Dürerbunde veranstaltet. Das Material dazu ist vom Arbeitsauschuß des Dürerbundes in Dresden-Blasewitz gegen Ersattung von Procht und Kosten unentgeltlich zu beziehen.

zu zahlen? Sie habe auch früher eine solche nicht gezahlt. Die Postverwaltung schlägt sich selbst in dieser Behauptung ins Gesicht. Sie hat für den Verlust der Post, die die betreffende Summe nicht einem Teil des Gehalts, sondern eine nicht veräußerbare Entschädigung darstelle. Wenn also die Postverwaltung mit ihrer jetzigen Behauptung recht hätte, so hätte sie früher sich einfach eines Betruges gegenüber der Steuerbehörde schuldig gemacht. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie werden bei der dritten Lesung des Staatshaushalts, den Leuten die ihnen seit Jahren zu Unrecht vorenthaltenen Entschädigung ausbezahlt. Man sagt nun vielleicht, die meisten Beschwerden, die ich hier vorzubringen habe, seien alle Namellen. (Lebhaftes ironisches Geklapper rechts.) Für Sie (nach rechts) mögen das alle Namellen ohne Interesse sein. Was kümmern Sie sich um die Postunterbeamten? (Lebhaftes Geklapper rechts bei den Sozialdemokraten.) Wenn Ihnen aber auch das Schicksal dieser Leute gleichgültig ist, so wird uns das nicht abhalten, immer wieder und wieder diese Klagen und Beschwerden der Öffentlichkeit zu unterbreiten, damit endlich der Staatssekretär durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen wird, für Abstellung der Mißstände zu sorgen. (Lebhaftes Geklapper bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe hier noch eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die in engem Zusammenhang steht mit dem

geheimnisvollen Fingblatt,

das hier schon bei der Beratung des Militärstats eine Rolle gespielt hat. Zu derselben Zeit, als die Sache spielte, wurde ein Paket in Mannheim, das für den Vorsitzenden der dortigen Zahlstelle der Reichspost bestimmt war, bei einer falschen Adresse abgegeben. Aus einem Mannheim P war ein Mannheim T geworden. Das Paket enthält Pakete, die dringend gebraucht wurden. Der Adressat, der die Sendung nicht erhielt, wandte sich mit einem Telegramm an die Postbehörde, um sich nach dem Verbleib der Sendung zu erkundigen. Der Adressat war und ist übrigens der Mannheimer Post aus zahlreichen Sendungen bekannt. Zu seinem großen Erstaunen sah sich der Vorsitzende der Zahlstelle der Reizer alsbald in eine Untersuchung verwickelt, die wegen der Flugblattaffäre eingeleitet war. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schult: Diese Untersuchung hat doch nichts mit dem Poststat zu tun. (Lebhaftes Geklapper rechts, lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubel (fortfahrend): Allerdings hat diese Sache mit dem Poststat zu tun. (Lebhaftes Geklapper bei den Sozialdemokraten.) Unschuldige Leute sind in eine höchst peinliche Untersuchung verwickelt worden, weil die Postverwaltung das Postgeheimnis gebrochen hat. (Unruhe rechts, lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es kann sich nur um den

Bruch des Postgeheimnisses

handeln; anders ist die Sache gar nicht zu erklären. Wollte vielleicht ein strebsamer Postdirektor sich einen Bierweg in das Ansehen verdienen? (Heiterkeit und Geklapper bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Ich bin zu gespannt, was der Staatssekretär zu dieser Sache sagen wird. Will er uns auch jetzt noch erzählen, daß ein Brief, der der Post übergeben wird, so sicher ist, wie die Bibel auf dem Altare? (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß es der Postverwaltung unheimlich ist, daß wir die Interessen der Unterbeamten wahrnehmen, wissen wir ja. Sie tut ihr Möglichstes, um die Unterbeamten von der Verführung mit der Sozialdemokratie fernzuhalten. In Stoffel begünstigt die Postverwaltung mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten, die Agitation des Reichsverbandes gegen unseren Genossen Scheidemann. Wie nützt die Unterbeamten zur Unterzeichnung von Resolutionsen, in denen gegen sozialdemokratische Ausführungen protestiert wird. Aber diese reichsverbandlichen Treibereien werden nichts fruchten. Wir werden nicht aufhören, die Interessen der Postbeamten, ganz besonders der Postunterbeamten stets nachdrücklich zu vertreten. (Lebhaftes Geklapper bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetzke: Ich protestiere dagegen, daß hier Postbeamten Verbrechen vorgeworfen werden. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen kann ich natürlich Herrn Jubel nicht an der Ausübung seiner Privatbeschäftigung hindern, hier angeblich die Interessen der Postunterbeamten zu vertreten. (Unruhe b. d. Sozialdem.) Aber ich konstatiere, daß die Postunterbeamten Herrn Jubel nicht mit der Vertretung ihrer Interessen betraut haben. (Stürm. Beifall rechts, stürm. Widerspruch bei den Soz.) Jedenfalls haben die Unterbeamten der Post Herrn Jubel nicht gewählt. (Demonstr. Beifall rechts, Zurufe bei den Sozialdem. Abg. Jubel: Woher wissen Sie denn das? Abg. Ledebour: Das Wahlrecht ist doch geheim! Mehr habe ich nicht zu erklären. (Abg. Ledebour: Herzlich wenig! Zurufe rechts: Mehr als genug!) Reichsfinanzsekretär Bermuth tritt den Anregungen entgegen, einige Beamtencategorien aufzubessern; das würde bei anderen Beamtencategorien große Unzufriedenheiten hervorrufen. Greift man einen Beamten heraus, um ihn wegzunehmen, so tut man hundert anderen Beamten weh. Eine neue Befoldungsverbesserung würde von neuem auch der Bevölkerung neue Lasten auferlegen und deshalb sind die Verbündeten der Regierung nicht dafür zu haben. (Bravo! rechts.)

Inzwischen läuft ein Antrag Giesberts (B.) u. Gen. ein, den vor dem 1. Januar 1900 eingetretenen Postassistenten, Oberpostassistenten nach 24jähriger Dienstzeit eine persönliche Zulage von 300 M. jährlich zu geben, und die nicht etatsmäßigen Unterbeamten mit Ausnahme der Klasse der Landbriefträger nach zehnjähriger Dienstzeit etatsmäßig anzustellen.

Abg. Feiler v. Camp (Sp.): Von einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter kann gar keine Rede sein. — Für die Arbeiter sollte die Postverwaltung nach dem Muster der Eisenbahnverwaltung und anderer großer Betriebe Pensionskassen einrichten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Struve (Sp.): Trotz der Befoldungsordnung sind in weiten Kreisen der Postunterbeamten Notstände vorhanden, die beseitigt werden müssen; deshalb haben wir beantragt, die unbefähigten Härten, die durch die Befoldungsordnung geschaffen sind, durch geeignete Maßnahmen auszugleichen. Vielfach sind die Aufbesserungen und Zulagen durch die außerordentliche Steigerung aller Preise außer Acht gelassen. Die Dienststunden dürfen nicht erhöht werden, sondern müssen nach und nach herabgesetzt werden. Für die Unterbeamten sollte eine allgemeine Krankenkasse gegründet werden. Die Verwaltung sollte direkte Hilfeleistung mit der Beamtenschaft suchen. In Dänemark zum Beispiel behandelt die Verwaltung direkt mit den Beamtensorganisationen, und wenn eine Einigung nicht erzielt wird, haben die Beamten das Recht, sich an das Gesamtministerium zu wenden. Was die politische Betätigung der Beamten anlangt, so ist am 1. November 1910 eine neue Dienstordnung ergangen, die den Beamten eine Parteinarbeit gegen die Regierung verbietet. Das bedeutet nichts anderes als daß die

Beamten mundtot

gemacht werden. Ich erwarte in dieser Frage eine beruhigende Erklärung des Staatssekretärs. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetzke: Die Ausführungen des Vorredners erinnerten mich an gewisse Artikel in der Fachpresse. Auf die Weise wird er keine Zufriedenheit unter den Beamten erzielen. Das sind Reden, die so heftig wirken müssen auf die Beamten. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links) daß die Folgen gar nicht absehbar sind. Wenn die Karriere so jämmerlich wäre, wie sie hier geschildert wurde, würden wir nicht mit Gefasch so überhäufig werden. In der Dienstordnung ist nichts wesentliches geändert. Früher war den Beamten eine feindliche Parteinahme gegen die Verwaltung verboten. Jetzt ist lediglich dieser Pleonasmus beseitigt und es heißt „Parteinahme gegen“. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Die Ueberschüsse der Post werden nicht verwendet zur Verbesserung des Postbetriebes, sondern werden in den allgemeinen Reichsfaßel geschüttet. Das bedeutet, daß die Post noch fiskalischen und nicht nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten verwaltet wird. Die Post soll Ueberschüsse machen damit die bürgerlichen Parteien,

Besonders die Parteien der schwarzen Mehrheit, keine direkten Steuern zu bewilligen brauchen. Wegen der

Konservativen Steuersehen

muß die Post Ueberschüsse machen und wegen der Ueberschüsse kann man die Postbeamten nicht aufbessern. Ehe sich die bürgerlichen Parteien nicht entschließen, mit der Ueberschuldwirtschaft zu brechen, bewegen sie sich mit allen ihren Resolutionsen auf Beamtenaufbesserung im Kreise herum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der Angelegenheit des dringend notwendigen Weltverkehrsports geht es sehr langsam vorwärts. Langsam arbeiten, das ist überhaupt unter dem jetzigen Staatssekretär das Hauptmerkmal der Postverwaltung geworden. Ich bin gewiß kein Bewunderer bayerischer Reservatrechte, aber ich muß eingestehen, daß in manchen Dingen die bayerische Postverwaltung den Forderungen der Zeit besser Rechnung trägt, als die Reichspost. So kommt es, daß die Handels- und Geschäftswelt von Mannheim, dem größten deutschen Binnenhafen, vielfach die postalischen Einrichtungen des benachbarten bayerischen Ludwigshafen benützt. (Hört! Hört!) Man soll uns also nicht erzählen, daß die Reichspostverwaltung auf der Höhe der Zeit steht.

Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Behauptung, daß wir aus agitatorischen Gründen die Klagen der Unterbeamten hier vorbringen. Wir haben diese Klagen hier vorzubringen, weil die Unterbeamten von den bürgerlichen Parteien, speziell von den schwarzen Parteien, in der schändlichsten Weise in Stich gelassen worden sind. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Lattmann hat sich nicht entblödet, eine von uns beantragte Resolution auf Beförderung der Tarifverträge usw. als Unfug zu bezeichnen. Diese Resolution ist beim Marinestat vom Reichstag in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Lattmann hat also einen Reichstagsbeschluss als Unfug bezeichnet.

Große Unstimmigkeiten bestehen noch beim Wohnungsgeldzuschuß. Kommt es doch vor, daß Beamte auf einer Seite der Straße 810 M., auf der anderen Seite 450 M. bekommen. (Hört! Hört!) Hier muß der Bundesrat Remedur schaffen. Ebenso groß sind die Unstimmigkeiten bei der Abgrenzung der Ortsbestellbezirke. — Den Fall von

Bruch des Postgeheimnisses,

den Jubel vorbrachte, hat der Reichstag erstaunlich ruhig hingenommen. Der Staatssekretär meinte, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Wir müssen aber die Erklärung von ihm verlangen, daß wenn die Schuld eines Postbeamten festgestellt wird, dieser Beamte zur Rechenschaft gezogen werden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die angeblich nur stilistische Verbesserung der Dienstordnung haben die Beamten als Verschärfung aufgefaßt und das mußten sie um so mehr als feinerzeit Beamte, die in der Stichwahl für einen Polen stimmten, gemahregelt wurden.

Ich erinnere auch an den Fall Schellenberg. Die Kehrseite geht offenbar darauf hinaus, die Beamten politisch zu entrichten, sie zu

Skandal der Verwaltung

zu machen. Wir können zu der Verwaltung, wie sie jetzt ist, kein Vertrauen haben, sie ist rücksichtslos, läßt den großen Zug vermissen und erfüllt nicht die Bedürfnisse des Verkehrs. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (B.) befragt über die Annahme einer Resolution, wonach die vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst getretenen Postassistenten, Oberpostassistenten usw. nach 24jähriger etatsmäßiger Dienstzeit eine persönliche Zulage von 300 M. jährlich erhalten sollen und die nicht etatsmäßigen Unterbeamten der Reichspost — ausgenommen die Landbriefträger — nach zehnjähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden sollen. Die Kosten dafür müßten in diesem Millionenetat eventuell durch Erhöhung der Gehaltsentlastung auszubringen sein.

Abg. Fischhoff (Sp.) beantragt, daß die nicht etatsmäßigen Arbeiter der Reichspost nach spätestens zehnjähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden.

Abg. Struve (Sp.) legt Verzögerung ein gegen den heftigen Ton, den der Staatssekretär gegen ihn angeschlagen habe. Den bis jetzt im parlamentarischen Leben nicht gerade als Riese geltenden Vorwurf der Hehe wird der Staatssekretär mir gegenüber nicht begründen können. (Lebhaftes Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Beck (nat.) wendet sich gegen den Antrag des Zentrums und beantragt statt dessen den vor 1900 eingetretenen Ober-Post- und Telegraphenassistenten sowie den Vorstehern der Postämter III. soweit sie drei Jahre lang im Genusse des Höchstgehalts gewesen sind, eine persönliche Zulage von 300 M. zu gewähren.

Staatssekretär Kraetzke erklärt die Anträge in der vorliegenden Fassung für undurchführbar.

Abg. Jubel (Soz.):

Herr Giesberts sagte, wir hätten nur Forderungen, lehnten aber die nötigen Mittel ab. Das trifft hier nicht zu. Einem großen Verkehrsministerium wie der Post stehen wir natürlich anders gegenüber wie dem Militarismus, und wenn die Herren nicht nur immer neue Steuern auf die notwendigen Lebensmittel legen wollten, würden sie uns hier bei der Bewilligung der Mittel an ihrer Seite finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (B.) sucht nachzuweisen, daß die Erhöhung der Beamteneinkünfte um 100 Millionen nur durch die gleichzeitige Annahme der Steuerreform bewirkt werden konnte. So war das Problem, und es mußte nächstens betrachtet und gelöst werden. (Bravo! im Zentrum. Abg. Hengsbach ruft: Wie kann man im Schnapsbrot nächsten bleiben! Stürmische Heiterkeit links.)

Damit schließt die Debatte, das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Rest des Poststats (wenn nötig, in einer Abend-sitzung).

Ueber die Zulage der Oberpostassistenten soll auf Antrag Wasser-mann namentlich abgestimmt werden.

Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom Donnerstag, den 9. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trotzu zu Solz.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird beim Kapitel „Evangelischer Oberkirchenrat“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Herr Windler hat gestern das außerordentliche Verlangen geäußert, man möge sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmischen. In der Tat sind wir nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, uns über die Art zu erkundigen, wie die vom Staat der Kirche zur Verfügung gestellten Mittel verwendet werden. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir irgendwie einen Kulturkampf wollten. Wir haben uns stets gegen jedes Ausnahmegericht gegen die Kirche gewandt, aber wir wollen auch keine Ausnahmegerichte für die Kirche wie Sie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die kirchlichen Einrichtungen werden wir und nicht unterbinden lassen. Die kirchlichen Nachvollkommenheiten berühren die politischen und sozialen Interessen sehr nahe, eine Trennung der Politik von der Kirchenpolitik ist bei uns unüberwindlich. Wie der Staat prüfen muß, ob ein katholischer Geistlicher, der den Modernismus geleistet hat, noch Staatsdiener sein kann, müssen wir auch das Recht haben zu prüfen, ob evangelische Pastoren noch objektive Staatsdiener sein können. Staat und evangelische Kirche

sind bei uns auf das allerengste verknüpft. Die evangelische Kirche ist aus rein materiellen Gründen vom Staat usurpiert worden, der Staat wollte sich die Nachtmittel der Kirche sichern. Der Landes-herr ist zugleich summus episcopus (oberster Bischof) der Kirche, sowie er oberster Kriegsherr ist. So sind die beiden obersten Nachtmittel zur Aufrechterhaltung der Autorität des Staates in einer Hand konzentriert. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist in Preußen ein Märchen aus längst vergangener Zeit. Daß von einer Selbstverwaltung innerhalb der evangelischen Kirche keine Rede mehr ist, hat wieder

der Fall Jatho

Beweisen. Gegen Jatho hat man unter Uebergabe seiner Gemeinde ein Argergericht eingeleitet. In der evangelischen Kirche gibt es keinen Papst, aber es gibt einen Oberkirchenrat, der genau entscheidet, wie weit ein Geistlicher gehen darf. So ist die Freiheit der evangelischen Kirche eine innere Unwahrscheinlichkeit. In die evangelischen Pastoren sind eigentlich viel unfreier als die katholischen Geistlichen, sie sind von den jeweils oben herrschenden Strömungen abhängig. Welche Spaltungstheorie und Engherzigkeit hier herrscht, habe ich im vorigen Jahre ausführlich nachgewiesen. Der frühere Pastor Köhler, mein jetziger Parteigenosse, hat interessante Dinge darüber veröffentlicht, wie weit die Abhängigkeit der Geistlichen geht. Weiter möchte ich hinweisen auf die Art, wie bei uns die Geistlichen sich betätigen an allerhand nicht kirchlichen Angelegenheiten. So übernehmen Pastoren Vormundschafen in umfangreichem Maße, so daß sie gar nicht instande sind, die damit verbundenen Pflichten wirklich auszuführen. Insbesondere über eine solche Tätigkeit des Pastors Pfeiffer in Berlin als Vormund sind mir viele Klagen zugegangen. Wegen eine solche Bevorzugung des geistlichen Elements bei der Besetzung der Vormundschafämter müssen wir protestieren. Auch an allerhand inneren Missionsbestrebungen und Organisationsbestrebungen, wie sie dem Staate erwünscht sind, beteiligen sich die Pastoren. Vielfach sind Pastoren

Protektoren der gelben Arbeitervereine.

Das hat mit den Pflichten der Geistlichen gar nichts zu tun. Gegen diese unchristliche, unsoziale, unethische Tätigkeit der Pastoren sollte der Staat Protest einlegen. Durch diese Tätigkeit der Pfarrer innerhalb der Arbeiterbewegung zur Vermirung der Arbeiter erweisen sich die Pastoren als Vertreter der Interessen der Beschäftigten. Darf sich doch auch die Geistlichkeit um die Innenschiffe erst gekümmert, als es galt, sie von radikalpolitischen Anschauungen fern zu halten, denen sie infolge ihrer traurigen sozialen Lage immer mehr zuneigen. Seitdem kennt die Liebe der Pastoren für die Schiffe keine Grenzen mehr. Ueberall wird von den Pastoren die Gründung von Ortsgruppen des christlich-nationalen Schiffervereins angeregt. Eine besondere kirchliche Zeitschrift wird überall an den Schülern den Schiffen aufgedrängt; man hat eine besondere Schifferkirche errichtet. — Eine sehr pflichttreue Krankenschwester, die aber nicht im kirchlichen Sinne wirken wollte, wurde von einem Pastor in geradezu skandalöser Weise behandelt. Redner erörtert den Fall ausführlicher, die Einzelheiten bleiben bei dem auf der Rechten herrschenden Varn auf der Tribüne unverständlich. — Angesichts der ganzen Art der Organisation der Kirche, der Abhängigkeit der Geistlichen, der Art, wie die Kirche benutzt wird als Werkzeug der herrschenden Klassen, wenden sich die breiten Massen des Volkes immer mehr von der Kirche ab. Diese Massenflucht aus der Kirche, die zum großen Teil ein Verdienst unseres leider heute erkrankten Genossen Hoffmann ist, sucht man natürlich mit allen Mitteln zu verhindern. Kann es aber etwas Unfruchtlicheres geben, als jemand, der sich innerlich von religiösen Anschauungen losgelöst hat, mit allerhand Mitteln doch in der Kirche zu halten. Dadurch wird nur die

Heuchelei großgezogen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Recht zwischen Anmeldung des Austritts und Austrittserklärung auf die Betreffenden einzureden, wird von den Geistlichen mit sehr wenig Disziplin ausgeübt, es wird von ihnen dabei mit allerhand Drohungen gearbeitet, das schwerste Geschäft, die Höllenkanonen, werden losgelassen. Hierbei gehört auch die Frage des Religionsunterrichts der Kinder von Freireligiösen. Der Leidensweg unseres Freundes Hoffmann in dieser Frage ist bekannt. Neuerdings hat sich das Kammergericht auf den Standpunkt gestellt, daß die überlebenden Kinder von Eltern, die aus der Kirche ausgetreten waren, in der Religion erzogen werden müßten, der der Vater vor seinem Kirchenaustritt angehört habe. Das ist

ein ganz unhaltbarer Urteil,

das sich als neuer Schachwall gegenüber der Kirchen-austrittsbewegung kennzeichnet. Diejenigen, die dafür ein-treten, daß kirchlich ist, wer durch Drohung, Ehrverletzung oder Berufserklärung einen anderen veranlaßt, an Betreibungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen teilzunehmen, sollten in Konsequenz dieser Auffassung auch dafür sorgen, daß auch diejenigen mit Strafe bedroht werden, die durch Ehrverletzung, Drohung usw. jemand zu veranlassen suchen, einer Kirchengemeinschaft beizutreten, oder zu verhindern suchen, daß jemand aus einer Kirchengemeinschaft austritt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber für Sie ist die Kirche ein Nachtmittel, ein materielles Werkzeug, ein Mittel zur Niederhaltung der großen Massen.

Aus diesen Gründen sind Sie so außerordentlich fromm, wenn auch diese Ihre Frömmigkeit Sie nicht veranlaßt, den Gottesdienst zur Eröffnung des Landtages zahlreich zu besuchen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei Ihrem Christentum stimmen eben Worte und Taten nicht überein. Die einzige Partei, die wirklich das Ideale und Unverkäufliche im Religiösen anerkennt und versteht, die wahre Gewissensfreiheit und in Konsequenz davon die Trennung von Staat und Kirche vertritt, ist die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten sind die einzig wahren Christen. (Lachen rechts.) Ich dachte an Sie die Mahnung: Gedenken Sie sich auf die Grundgedanken des wahren Christentums, stellen Sie Ihre materiellen Interessen zurück hinter die sozialen Anforderungen, die das Christentum an Sie stellt, werden Sie wahre Christen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister v. Trotzu zu Solz: Was der Vorredner vom Verhältnis der Kirche zum Staat sagte, war zum Teil direkt falsch, zum Teil nicht richtig. (Heiterkeit rechts.) Er sagte, die Kirche sei immer abhängiger vom Staate geworden, in der Tat ist sie immer freier geworden. (Abg. Liebnecht: Ja habe etwas ganz anderes gesagt!) Im Falle Jatho handelt es sich um kein Disziplinverfahren, sondern um die Entscheidung eines besonderen Spruchkollegiums. Die unbegründeten Vorwürfe gegen Geistliche insbesondere den Pastor Pfeiffer muß ich zurückweisen. Wir müssen diesen Herren dankbar sein, wenn sie aufopferungsvoll bemüht sind, die Not im Volke zu mildern. Wenn sie von jener Seite dafür angegriffen werden, so spricht das nur für sie. (Bravo! rechts.) Gerade Pastor Pfeiffer hat eine bewundernswerte Tätigkeit als Vormund un-erbittlicher Kinder ausgeübt. Er hat gar keine Gemeinde, sondern ist Amtskollegialist an der Charité! Daher kann keine Rede davon sein, daß wie der Vorredner sagte, sein Amt als Geistlicher unter seiner Tätigkeit als Vormund leidet. (Abg. Liebnecht: Das habe ich auch nicht gesagt!) — Daß die Schiffe jetzt auch mal etwas anderes hören als sozialdemokratische Reden, scheint Herrn Liebnecht sehr unangenehm zu sein. Wenn das Wort gefallen ist — fürstet Gott und ehret den König, so sind wir denen dankbar, die dies Wort in das Volk hinaustragen. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Dr. Liebnecht (persönliche Bemerkung): Ich habe nicht gesagt, daß mir Klagen aus der Kirchengemeinde des Pastors Pfeiffer zugegangen seien, sondern Klagen über seine vormundschafliche Tätigkeit. Im Falle Jatho habe ich Gewicht darauf gelegt, daß das Ermittlungsverfahren eingeleitet ist über den Kopf seiner Gemeinde hinweg. Im übrigen ist das Spruchkollegium nichts als eine besondere

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr:

Versammlung aller in der Holzindustrie beschäftigten

Jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge des Ostens

bei Bergmann, Voghagener Straße 26.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Wir bitten alle jungen Kollegen, zu erscheinen und ihre Redensarten
mitzubringen.

Die Jugend-Kommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Tisch-Branche.

Sonntag, den 12. März, vormittags 9 1/2 Uhr:

Versammlung für Berlin und Vororte im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Die Bestrebungen der Tischfabrikanten und unsere Situation.
2. Bericht der Branchen-Kommission.

Alle in der Tisch-Branche beschäftigten Tischler, Kollerer, Maschinen-
arbeiter, Zerkleinerer und auch die ungelerneten Hilfsarbeiter müssen er-
scheinen, ebenso auch die Kollegen, welche dem Transportarbeiter-Verband
angehören.

Jedem Kontrolle wird der Besuch der Versammlung im Mitgliedsbuch
durch Stempel legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich um 10 Uhr
eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Ledereinrichtungs- und Kontormöbel-Branche

Montag, den 13. März, abends 6 1/4 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Branchen-Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Moderne Arbeitgeberorganisationen“.
Referent: Genosse Jahn. 2. Verbandsangelegenheiten.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 13. März, abends 8 Uhr, in den Andreas-
Festfälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Ogilvie-Ausstellung und das Ergebnis unserer
photographischen Aufnahme.

NB. In dieser Versammlung werden die Aufnahmen der
Unfallverletzten aufgestellt.

Die Tischlerkollegen werden ersucht, die Maschinenarbeiter auf diese
Versammlung aufmerksam zu machen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Branchen-Kommission.

Bergolder.

Montag, 13. März, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15 (Saal I):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Branchen-Konferenz. 2. Beratung der Anträge.
3. Wahl der Delegierten. 4. Branchen-Angelegenheiten.

In dieser Versammlung müssen sämtliche Generalversammlungs-
Delegierte anwesend sein.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dieses kein Zutritt.
3. A.: Die Branchenleitung.

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Montag, den 13. März, abends 8 Uhr:

Öffentliche Korbmacher-Versammlung

im Gewerkschaftshaus (Saal 4, Arbeitslosen-Saal),
Engelauer 14.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Noske über: „Stillstand
der Sozialreform, Aufstieg der Arbeiter“.

Um zahlreichen Besuch aller Korbmacher ersucht
Die Branchen-Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Dof III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 12. März, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundscheifer

in den Musiker-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m
(großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Alexander Schilde über:
„Tarifmöglichkeiten in der Großeisenindustrie“.

2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in den

Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller Kollegen dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Pflanze. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Gallensäure und indischen
Santalfextrakt.) Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-
Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schutz-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Bureau: Engelauer 15, III, Zimmer 53. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 4003.

Öffnet: Wochentags von 8-1 und von 3-7 Uhr.
Alle Mitglieder des bisherigen Zentralverbandes der Maurer weisen wir noch-
mal auf die

General-Versammlung

hin, die am Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr, in den „Germania-
Sälen“, Chausseestr. 110, stattfindet.

Alles Nähere ist aus dem letzten Flugblatt ersichtlich.
Die als Legitimation zum Besuche der General-Versammlung zur Verteilung
kommenden Einladungskarten sind bei allen Hauskassierern zu haben.

Achtung! Gruppe der Rohrer. Achtung!

Donnerstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15 (Saal 11):

Gruppen-Versammlung.

Achtung! Gruppe der Töpferträger. Achtung!

Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15 (Saal 9):

Gruppen-Versammlung.

Boßzähliges Erscheinen der in Frage kommenden Kollegen in den Versammlungen
erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung! Achtung!

Arbeiterinnen und Arbeiter der Zelluloid-Industrien

und aller Gewerbe, in denen Zelluloid verarbeitet wird.
In Betracht kommt die Herstellung folgender Waren:
Bijouterien und Schmuckgegenstände, Films, elektrotechnische
Artikel, Rämme, Klaviaturen, Kragestäbe, Albums, Buch-
bindelei, Galanterie- und Luxuspapierwaren, Stöcke, Schirme
und ähnliche Artikel.

Montag, den 13. März 1911, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung in Kellers Konzerthaus (großer Saal), Köpenicker Straße Nr. 96-97.

Tages-Ordnung:

1. Der Schutz der Zelluloidarbeiter gegen Brandgefahr vor der
Petitionskommission des Reichstags.
Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Brey.

2. Die Gegenpetition des Verbandes der Zelluloid-Industriellen
und die Tatsachen.
Referent: Kollege Julius Hildebrandt.

3. Diskussion. 83/8
Niemand fehle!

Der Vorstand des Verbandes der deutschen Zelluloid-Industriellen
owie die Herren Gewerbeaufsichtsbeamten für Berlin sind zu dieser Ver-
sammlung schriftlich eingeladen.

Der Buchbinder-Verband. Der Fabrikarbeiter-Verband. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin).

Heute Freitag, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr, in den
Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (weißer Saal):

Branchen-Versammlung aller Magazinpolsterer Berlins

Tages-Ordnung:

1. Was haben wir zu tun, um unsere Lage zu verbessern?
Referent: Kollege Zitzewitz.

2. Diskussion.
Pfligt aller Magazinpolsterer ist es, heute abend anwesend zu sein.
Nur Mitglieder haben Zutritt. 178/4

Die Ortsverwaltung.

Tischlerverein, E. H. 89.

Sonabend, den 11. März,
abends 8 1/2 Uhr, Reichstagsstr. 15:

Versammlung.

Vortrag: Aufnahme neuer Mit-
glieder. Vereinsangelegenheiten.
198/5 Der Vorstand.

Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Goldbarität“.

Touren

zum Sonntag, den 12. März.

1. Abt.: 1 1/2 Uhr: Schmargendorf.
Start: Bismarckstr. 58.

2. Abt.: 8 Uhr: Königs-Wasser-
hausen (Schützenhaus). 1 Uhr: Jo-
hannisthal (Schule). Start: Schön-
leinstr. 6.

3. Abt.: 1 Uhr: Johannisthal
(Schule). Start: Laufher Weg.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wilsdorf-
Gründ. Start: Kottbuser Weg.

5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Waldmannslust
(Schweizerhauschen). Start: Eichen-
weg.

6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Johannisthal
(Schule). Start: Oberberger Str. 23.

8. Abt.: 1 1/2 Uhr: Mariendorf (Zeld-
schützen). Start: Waldstr. 8.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lichtenberg
und Umgegend.

Abt. Lichtenberg. 1 Uhr: Ecker
(Degebr.) Start: Pfarrstr. 74.

Abt. Friedrichsfelde. 1 Uhr: Ecker
(Degebr.) Start: Berlin Str. 98.

Jugendabteilung: 12 1/2 Uhr: Räder-
dorf (Gewerkschaftshaus). Start: Pfarr-
straße 74. 107/2

Gäste an allen Touren willkommen.

Land-, Obstbaum- u. Hochwald- Parzellen

direkt am Bahnhof

Nassenheide

von 300 M. an.

Treffpunkt täglich zu den Zügen ab
Stettiner Bahnhof 10.45 u. 12.40 im
Kassenhelder Bahnhof-Restaurant
von Fischer. 466/8

Fahrtzeit nur 3/4 Stunden.
Beifahrer Wolff, Herzberg l. d. Mark.

Stoffe

Damentuche, Damen- u. Kindstoffsche,
prima Qualitäten, Rtr. 2.50, 3.50 u.
Zuchliger Koch & Seemann G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, d. Petrifische.
vis-à-vis

Schallplatten Verleih-Institut

Auch nach auswärtig. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 50
Neue Köpenickerstr. 25.

Billiger
können Sie nirgends kaufen, wenn Sie Ihren Bedarf
an eleganter Herrengarderobe bei mir decken, denn

wie
in jeder Saison, bringe ich auch diesmal eine
überraschend grosse Auswahl sowohl in
Qualitäten als auch in Farben, und zwar

im
modernsten Schnitt und bester Passform
sowie Ausführung

Anzüge in allen neuesten Modern 38.— 28.— 18.—
Paletots und Ulster... 38.— 28.— 18.—
Hosen und Westen... 12.— 6.— 3.—

Kein Ausverkauf-Angebot.

August Pietsch G. m. b. H.
Rosenthaler Strasse 9, Ecke Auguststr.

Wer einen
hohen Gehalt hat,
gibt auch entsprechend aus. Das kann man aus
Erfahrung vom bewährten Franckkafee-Zusatz
sagen. Praktische Frauen haben ihn seit jeher
wegen seines hohen Gehaltes an gewürzigen und farbe-
gebenden Bestandteilen als am ausgiebigsten befunden.

* mit der Kaffeemühle

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 9. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Dem Berliner Philharmonischen Orchester, G. m. b. H., will der Magistrat zunächst für 1912 eine Subvention von 60000 M. aus städtischen Mitteln unter der Bedingung zusichern, daß es für diese Zeit ein dauerndes auswärtiges Engagement nicht annimmt und nach Vereinbarung mit dem Magistrat eine Anzahl (etwa 30) von Volkskonzerten veranstaltet, sowie an ähnlichen musikalischen Veranstaltungen teilnimmt.

Stadtv. Heimann (Soz.): Bei unserer Stellung zur Frage der Unterstützung künstlerischer Unternehmungen durch die Stadtgemeinde erhellt ohne weiteres, daß wir der Vorlage sympathisch gegenüberstehen. Wir können in das Lob nur einstimmen, welches die Vorlage dem Orchester spendet; wir haben alle Ursache, darauf stolz zu sein. Wie wir schließlich zur Vorlage stehen werden, wird aber gänzlich von dem weiteren Gange der Angelegenheit abhängen. Ich hatte eigentlich geglaubt, der Magistrat würde uns einen genau spezifizierten Vertrag vorlegen, aus dem die Gegenleistung des Orchesters klar ersichtlich ist. Was das Orchester bisher konzipiert hat, entspricht aber der Sachlage nicht. Wir hören, daß die Aufgabe des Sommerengagements in Scheveningen dem Orchester 51 000 M. Einbuße bringt; in Scheveningen hat das Orchester von Juni bis Oktober täglich 2-3 Konzerte zu leisten gehabt. Für Berlin soll es circa 30 Volkskonzerte geben und das Orchester bei ähnlichen Veranstaltungen mitwirken. Das scheint mir ein arges Verhältnis zu sein. Der Magistrat verlangt ganz fühl, daß wir ihm die Vereinbarung überlassen. Es kommt doch aber nicht allein auf die Zahl der Konzerte an, sondern auch auf die Zeit, wann sie stattfinden, auf die Preise und den Vertrieb der Eintrittskarten. Ferner kommt es auch auf den Ort an, wo die Konzerte stattfinden. Zu den Kreisen, denen die ermäßigten Preise zugute kommen sollen, gehört doch auch wohl die Berliner Arbeiterschaft; sollten die Konzerte ganz oder zum überwiegenden Teil in der „Philharmonie“ stattfinden, so würden wir große Bedenken tragen, weil die Besitzer dieses Lokals gegen die Arbeiterschaft eine äußerst feindselige Stellung einnehmen. Nicht daß sie ihre Räume nicht zu Arbeiterveranstaltungen hergeben, das wagen sie der Arbeiterschaft gegenüber nicht; aber es werden an die Hergebe so viele Weiterungen geknüpft, daß praktisch die Sache auf eine Verweigerung hinausläuft. Wir wollen nicht Konzerte subventionieren, die in Lokalen gegeben werden, wo man sonst die Arbeiter nicht gerne sieht oder ihnen gar den Stuhl vor die Tür setzt. Soll wirklich die neue Einrichtung in erster Linie der nicht wohlhabenden Bevölkerung zugute kommen, so müßte der Magistrat die Gelegenheit mit Freuden ergreifen, genau mit der Versammlung alle Einzelheiten festzulegen.

Stadtv. Ramsdau: Die eben gehörten Beanstandungen scheinen mir nicht begründet. Wenn ein Vertrag nicht beigefügt ist, so geschieht das deshalb, weil wir erst am Anfange aller Dinge stehen. Natürlich sind auch die Arbeiter in der nicht wohlhabenden Bevölkerung mit einbezogen, und daß sie bei dem Abfah der Karten nicht leer ausgehen sollen, ist für mich auch selbstverständlich. Im Ausschuss werden wir uns ja über alles dies näher unterhalten können.

Stadtv. Dr. Knauer (N. L.): Der Antrag des Magistrats ist doch ein Nobum und die Begründung nicht zureichend. Warum wird gerade das Philharmonische Orchester herausgegriffen? Es werden ungewissenshaft andere Orchester mit ähnlichen Ansprüchen an uns herangetragen. Und in welchem Verhältnis steht das Orchester zur Philharmonie? Die diesbezüglichen Erörterungen sind zum Teil so delikater Natur, daß auch wir Ausschussberatung beantragen müssen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Die Tendenz der Vorlage ist auch und durchaus sympathisch; im übrigen ist aber tatsächlich die Vorlage mangelhaft begründet. In der Höhe der Subvention von 60 000 M. nehmen wir keinen Anstoß.

Bürgermeister Dr. Reide: Betrachten Sie die Vorlage als „Lorenzwurf“ und sehen Sie einer „speziellen Vorlage“ entgegen, so wird die Sache in Gang gebracht werden können. Die sehr wichtige Frage der Zuwendung der Karten an diejenigen Kreise, denen sie zugute kommen sollen, haben wir bereits erwogen. Im Ausschuss wird sich, wie gesagt, über diese und andere diskrete Fragen näher beraten lassen. Zunächst kann es sich nur um die prinzipielle Zustimmung handeln.

Nachdem noch Stadtv. Babewig (N. L.) einige Bedenken geäußert hat, geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Zur Kenntnisnahme hat der Magistrat die von ihm auf Grund des Beschlusses der Versammlung vorgekommene

Neueinteilung der Gemeindevahlbezirke 3. Abteilung.

folwie die der Gleichmäßigkeit wegen auf eigenen Entschluß vorgekommene Neueinteilung der Gemeindevahlbezirke 2. und 1. Abteilung überhandelt. Bei der Neubildung der Wahlbezirke ist nach folgenden Gesichtspunkten verfahren worden: 1. Zu einem Wahlbezirk gehören nur ganze Stadtbezirke. 2. Jeder Abteilung ist die Durchschnittszahl der Wähler zugrunde gelegt. 3. Den Bezirken, welche eine Zu- oder Abnahme der Wählerzahl erwarten lassen, ist eine vom Durchschnittszahl abweichende Wählerzahl zugeteilt worden. 4. Die historischen Grenzen sind, soweit angängig, berücksichtigt.

Stadtv. Jacobi (N. L.): Die Vorlage hat bei der Versammlung Bekundung, ja Unwillen erregt. Der Wunsch einer Neueinteilung der Bezirke erster und zweiter Abteilung war nirgends laut geworden. Auch das neue Tableau schwankt bei der 1. Abteilung zwischen 34 und 92! Zahlreiche Kollegen sollen sich Verletzungen in ganz entgegengesetzte Bezirke, mit denen sie keine Fühlung haben, gefallen lassen. Früher hat sich der Magistrat nicht so willkürlich in dieser Frage benommen; er hat uns damit befehlt, bevor er die Neueinteilung vorgenommen hatte. Wir beantragen Ausschussberatung.

Oberbürgermeister Rischner: Auch 1896 hat der Magistrat sich genau so verhalten wie jetzt; er legte ein Tableau vor und gab Ihnen Gelegenheit, sich vor seiner definitiven Beschlußfassung darüber zu äußern. Ganz dasselbe geschieht jetzt. Im Magistrat war ein Teil der Meinung, sofort die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen. (Hört! Hört!) Dieser Teil hat nicht die Mehrheit gehabt.

Stadtv. Freund (Soz.): Der Irrtum ist wohl dadurch entstanden, daß in der jetzigen Vorlage steht: „Wir werden demnäächst die Genehmigung des Oberpräsidenten einholen.“ Meine Freunde sind mit der Vorlage vollkommen einverstanden. (Geheiß bei der Mehrheit.) Gewunder haben wir uns nur darüber, daß der Magistrat so viele Jahre gebraucht hat, um sie fertigzustellen. Wahrscheinlich hat der Magistrat sich seit 1903 über die Frage unterhalten, ob mit oder ohne Kenntnis der Versammlung die Neueinteilung dem Oberpräsidenten zur Genehmigung zu unterbreiten sei. Daß manche Herren der zweiten und ersten Abteilung mit dem neuen Tableau nicht zufrieden sind, begreife ich; die Herren sind nicht als Vertreter der ganzen Bürgererschaft, sondern von bestimmten Bezirken mehr oder minder „ernannt“ worden. Auch bei uns gibt es solche, welche in andere Gegenden versetzt werden, das ist uns aber ganz gleichgültig, da wir uns als Vertreter der ganzen Stadt fühlen. Um der Gerechtigkeit willen war auch in der ersten und zweiten Abteilung eine Veränderung notwendig, gab es doch in der zweiten zwischen 800 und 6000 Wähler, in der ersten zwischen 24 und 330 Wähler! Soll ein

Ausschuss eingesetzt werden, so haben wir nichts dagegen; ich hoffe nur, daß schon die nächsten Wahlen nach der neuen Einteilung vorgenommen werden können und den Wählern nicht abermals zwei Jahre ein Teil ihres Rechtes genommen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Fried (N. L.): Wir wünschen Ausschussberatung, um die Methoden der Magistratsrechnungskünstler kennen zu lernen.

Stadtv. Sonnenfeld (N. L.): Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters haben wir keinen Anstoß, uns als unfreundlich behandelt zu betrachten.

Stadtv. Marggraff (Soz.-fortschritt.) ist mit der Vorlage einverstanden; der Magistrat habe gar nichts anders handeln können.

Stadtv. Jacobi bleibt dabei, daß man aus der Vorlage herauslesen müsse, der Magistrat habe diesmal seine definitive Neueinteilung zur Kenntnis vorgelegt. Nebenher setzt voraus, daß der Magistrat seine Einteilung umgehoben wird, wenn der Ausschuss einer anderen Einteilung den Vorzug geben würde.

Stadtv. Ledermann: Verbesserungen im Sinne objektiver Gerechtigkeit wird der Magistrat gern akzeptieren; aber das Ergebnis der sehr mühsamen Arbeit der Magistratskommission wird sich nur sehr schwer in seinen Grundlagen verändern lassen. Die 1. und 2. Abteilung mußte neu eingeteilt werden, wollte der Magistrat sich nicht vorwerfen lassen, er habe aus politischen Rücksichten gehandelt.

Stadtv. Gaffel (N. L.) stellt sich im wesentlichen auf die Seite Jacobi.

Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen.

Die Vorlage wegen Veränderung der etatsmäßigen Beamtenstellen im Rechnungsjahre 1911 geht ohne Debatte an die gemischte Deputation, welche sich mit der Prüfung der Möglichkeit von Reformen in der städtischen Verwaltung beschäftigt.

Den Entwurf eines Vertrages mit der A. E. G. betr. den Bau einer

Schnellbahn Gesundbrunnen-Nizdorf

legt der Magistrat zur Beschlußfassung vor.

Stadtv. Heimann (Soz.): Die Bahn entspricht einem dringenden Bedürfnis. Sie durchquert in ihrem ganzen Laufe dichtbevölkerte Quartiere, die einen so regen Verkehr haben, daß man sich bald nach der Betriebseröffnung der Bahn wundern wird, warum es damit so lange gedauert hat. Die Frequenz wird also von Anfang so groß sein, daß die Rentabilität eine, wenn auch nicht glänzende, so doch gesicherte und gesunde ist. Sonst hätte sich die A. E. G., eine so nüchterne Rechnerin, nicht auf ein Projekt eingelassen, welches 84 Millionen erfordert. Wie kühl und nüchtern sie rechnet, davon wissen nicht bloß die Arbeiter, sondern auch ihr großes Beamtensheer ein Lied zu singen, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Weltunternehmen sind eher ungünstiger als günstiger wie anderswo. Gerade hier hätte die Stadt als Unternehmerin auftreten müssen; Gründe materieller Natur liegen nicht vor, dieses so ausfallsreiche Projekt wieder einer privaten Erwerbsgesellschaft zu überlassen. Dagegen sprechen aber auch bedeutsame anderweitige Erwägungen. Tiefbetäubend finden wir, daß gerade in den gegenwärtigen Zeitläuften und der Magistrat eine solche Vorlage unterbreiten konnte. Nach 1910 bei Beratung der Verkehrsbedienstetei äußerte sich der Oberbürgermeister in entgegengezettem Sinne. Nebenher verleiht die A. E. G. heute stehen wir wieder vor einer Entscheidung, wie sie der Oberbürgermeister damals anfandigte, und ich möchte Sie dringend bitten, die Frage, ob private Erwerbsgesellschaft, mit einem glatten „Ja“ zugunsten der Kommune zu entscheiden.

Ich habe stets gemeint, daß die tiefgehenden Streitigkeiten zwischen Kommune und privaten Gesellschaften nicht in Berlinfragen, sondern in dem inneren Widerspruch zwischen den beiderseitigen Interessen begründet sind. Das hat sich jetzt eskalant bestätigt. Die Hochbahngesellschaft hat sich bisher strikte an den mit uns geschlossenen Vertrag gehalten; aber das änderte sich in dem Augenblick, als sie, ihrem Expansionsdrange folgend, mit anderen Kommunen in Beziehung trat. Ich erinnere an eine Konferenz mit Vertretern der Hochbahn, bei welcher Stadtbaurat Krause es von vornherein als verfehlt erklärt. Zum Abbruch und zur Verlegung der Trasse und der Bahnhöfe haben wir die Genehmigung zu erteilen; in der Konferenz sollte das besprochen werden. Als Gegenleistung für unser Entgegenkommen hat die Gesellschaft wenigstens vorläufig und alle direkten Verbindungen von dem Westen nach dem Osten genommen! Wir verstanden das zuerst nicht; erst allmählich und zögernd kam es heraus; diese direkten Verbindungen habe man zum Teil Wilmerdorf, zum Teil Charlottenburg gegeben; Berlin sie auch noch zu geben sei aus technischen Rücksichten unmöglich; könne man sich nicht einigen, dann müsse an die Aufsichtsbehörde appelliert werden. (Lautes Hört! Hört!) Ich will damit gegen die Personen nichts sagen; die Herren wissen ja auch, zu wessen Gunsten in den letzten Jahren die Aufsichtsbehörden entschieden haben. Unfassbar ist mir aber, daß solche Erkenntnis allen Menschen, nur nicht den Mitgliedern der Berliner Stadtverwaltung gekommen ist, und daß diese nicht rückwärts bis die letzten Konsequenzen zieht. Statt dessen wird und jetzt zugemuldet, einer dritten privaten Erwerbsgesellschaft die städtischen Straßen und Plätze für drei Menschenalter zur Ausbeutung zu überlassen! Eine Schnellbahn in Berlin muß ja naturgemäß sehr bald an beiden Enden außerhalb Berlins weitergeführt werden, und dann haben wir dieselben Schwierigkeiten wie bei der „Großen“ und der Hochbahn. Auf den Bredelband dürfen wir heute keine Rücksicht nehmen. Das wäre ein Sprung ins Dunkle; kommt er zustande, so wird er unter der Faust der Vorortsgemeinden stehen.

Allen Eventualitäten geht man aus dem Wege, wenn man sich entschließt, diese Linie in städtischer Regie zu betreiben. Solange wir hier vertreten sind, haben wir die Übernahme der Verkehrsmittel in die Hände der Stadt propagiert; namentlich hat unser vereinzelter Freund Paul Singer dafür gewirkt, und wir gehen davon aus, daß nicht um Haarsbreite ab. Beanstanden müssen wir, daß für 10 Pf. nur vier Teilreden zurückgelegt werden dürfen; beanstanden müssen wir ferner, daß am Anfang und Ende die Bahn als Hochbahn auslaufen soll, bloß weil dadurch Millionen gespart werden können. Wenn Herr Nathan sieht, daß die Versammlung ihm entweder die Linie nur als Untergrundbahn oder überhaupt nicht gibt, dann wird er sich die Sache noch überlegen. (Sehr richtig!)

Den Vororten wird auch hier wieder glatt konzipiert, was man für Berlin als unmöglich hinstellt. Die A. E. G. fährt bis zum Hermannplatz als Hochbahn, von hier ab kann die Verlängerung nur als Untergrundbahn fortgeführt werden, weil die Nizdorfer Verhältnisse es so wollen. Aber nicht nur die Rücksicht auf die Vororte, sondern auch die Rücksicht auf die eigenen Bewohner sollte doch die Berliner Stadtvertretung veranlassen, dieses Diktum der A. E. G. zurückzuweisen, denn ein Stück des Humboldthains und die schöne Prinzenstraße müßte durch solchen Vandalismus verschandelt werden. Die Direktoren des Urbantrankenhauses sollen auch jetzt noch Einspruch gegen die Trasse erhoben haben. Unsere Bedenken werden hoffentlich im Ausschuss

einer genauen Nachprüfung unterzogen werden. Weit wichtiger aber und wertvoller wäre es, wenn der Ausschuss ganze Arbeit machte, indem er den Vertrag ablehnt und sich für den Bau in eigener Regie entscheidet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Jacobi: An sich haben wir nichts gegen städtische Regiebauten, aber nicht wollen wir, daß prinzipiell alles durch die Stadt gebaut und nichts der Privatinitiative überlassen wird. Ob sich die Bahn rentieren wird, ist noch lange nicht sicher, wenn es Kollege Heimann auch noch so apodiktisch hinstellt. Ich persönlich wünsche sogar, die A. E. G. soll verdienen. Ob Nizdorf, Tegel und Pantow nicht doch schließlich mit Hochbahnfortsetzungen sich begnügen werden, ehe sie gar nichts kriegen, kann man doch nicht wissen. Immerhin sind diese als Hochbahnen ausgebauten Endteile doch noch einer Schnellbahn weit vorzuziehen.

Stadtv. Rosenow (N. L.) spricht sich persönlich prinzipiell für den Bau in eigener Regie der Stadt aus. Bei dem dringenden Bedürfnis dieser Verkehrsverbindung, dessen Befriedigung schon viel zu lange hinausgeschoben sei, müsse er aber seinen prinzipiellen Standpunkt aufgeben und dem Vertrage zustimmen. Der Fahrpreis sei mit 10, 15 und 20 Pf. allerdings ziemlich hoch, während die Schnellbahn bloß 10 Pf. erheben wolle. Vorbehaltlich der Prüfung der Einzelheiten im Ausschuss müsse alles drangesetzt werden, das Bahnprojekt sobald als möglich für die Ausführung reif zu machen.

Stadtv. Dr. Ruhlmann (Fr. Fr.) hält es für müßig, jetzt noch auf das Schnellbahnprojekt zurückzukommen, und freut sich, daß die Stadt selbst nicht mit dem Bau belastet werden soll.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Zu fürchten ist, daß später der Tarif so erhöht wird, daß ihn die breiten Volksmassen nicht mehr erschwingen können, und daß uns dann auch die Risikogarantie schmergen macht. Eine teils Hoch-, teils Untergrundbahn kann eben die Bewohner einer Großstadt kaum zufrieden stellen; die Not kann es erzwingen, daß Berlin doch auf die Schnellbahn zurückgreifen muß (Widerpruch), besonders, nachdem diese die Brüden- und Brunnenstraße umgehen zu wollen sich bereit erklärt hat.

Oberbürgermeister Rischner: Ich fühle das Bedürfnis, mich gegenüber dem Vizekollegen Heimann zu rechtfertigen. Ich habe für die Vorlage im Magistrat gestimmt und bitte Sie, das Gleiche zu tun. Ich bin doch kein bloßer Theoretiker; ich muß mich bescheiden, wenn ich als Theoretiker zu meinem Ziele nicht gelangen kann. So liegen die Sachen hier. Wir kommen zu der Verbindung des Gesundbrunnens mit Nizdorf nicht, wenn wir nicht den Weg der Vorlage einschlagen. Von uns sind eingehende Berechnungen über die Rentabilität angefertigt worden. Außerdem ist für mich ausschlaggebend gewesen, daß wir augenblicklich mit Bauprojekten so sehr in Anspruch genommen sind, daß wir diese große Aufgabe nicht auch noch übernehmen können. Wir wollen die Nord-Südbahn und die Bahn Roabit-Nizdorf, sowie auch zwei Häfen bauen; ich halte es nicht für zweckmäßig, zu den Kapitalisten, die wir benötigen, noch ein weiteres für Gesundbrunnen-Nizdorf aufzunehmen. Wir würden in absehbarer Zeit nicht zu der Bahn kommen, wenn wir sie nicht einem Unternehmen übertragen. Ueber die anderweitige Gestaltung des Vertrages wird im Ausschuss zu sprechen sein. Das Ideal einer Nichts-als-Untergrundbahn ist nicht zu erreichen.

Der 10-Pf.-Tarif wäre ja sehr erwünscht, aber auch hier muß mit den gegebenen Faktoren gerechnet werden; wir haben keine Aussicht, günstigere Bedingungen zu erlangen. Die A. E. G. hat vertragsmäßig den Tarif für die ganzen 90 Jahre innegehalten. Der Frage der Schnellbahn habe ich ohne jede Voreingenommenheit gegenübergestanden; sie hat den großen Vorzug, viel billiger zu sein als Untergrund- oder Hochbahn; aber die Ueberzeugung hat sich doch wohl in weiten Kreisen gefestigt, ein solcher Bau durch die engeren Straßen des inneren Berlins ist nicht möglich. (Zustimmung.) Damit scheidet dieser Bau aus. Wollen Sie in absehbarer Zeit eine Schnellbahn zwischen diesen beiden Endpunkten, so werden Sie sich entschließen müssen, auf diesen Vertrag einzugehen. Die Herren von der Urbantrasse sehen zu schwarz und verschleiern ihre eigene Situation, wenn sie meinen, es werde dort niemand mehr ein Grundstück behaupten und niemand eine Wohnung mieten können. (Zustimmung.) Es handelt sich ja bloß um eine Uebergangszeit; und der ganze Stadteil hat auf die Dauer einen solchen Vorteil von dem Bau, daß das Interesse des einzelnen vorübergehend zurücktreten muß. (Beifall.)

Stadtv. Leug (N. L.) kritisiert das Bahnprojekt vom Standpunkte des Technikers aus, bemängelt die geringe Zahl der Bahnhöfe und die Höhe des Kostenanschlages, und wendet sich schließlich mit großer Schärfe dagegen, daß die Bahn als Hochbahn an beiden Enden ausgebaut werden soll.

Stadtbaurat Krause erwidert, daß die Vorschläge des Magistrats in letzterer Beziehung von der A. E. G. abgelehnt worden sind.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) bekennet sich als Freund der Schnellbahn und nimmt die Kontinentale Gesellschaft wegen der Einleitung des Ergänzungsverfahrens gegen die Stadt in Schutz.

Darauf wird ein Schlussantrag angenommen.

Stadtv. Hiltzlein bedauert zur Geschäftsordnung, daß ihm durch den Schluss der Debatte verwehrt worden ist, den Standpunkt seiner Gruppe (Soz.-fortschritt.) darzulegen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

In den Staatsauschuss tritt für Dr. Rosenfeld (Soz.) Stadtv. Sassenbach (Soz.) ein.

Die weitere Erledigung der Tagesordnung wird 10 Uhr abgebrochen, nachdem ein Antrag Bruns (Soz.), noch die Angelegenheit betr. die Fixierung der Gemeindeeinkommensteuer für 1911 auf 110 Proz. zu beraten, abgelehnt worden ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Raubfischerei in der Ostsee.

Im Fischereigewerbe der Ostsee macht sich gegenwärtig eine Bewegung zugunsten einer stärkeren Schonung der Fischbestände, besonders der Plattfische bemerkbar. Diese Bewegung geht vorwiegend von den Fischern selbst aus. Sie haben eingesehen, daß etwas geschehen muß, um die Fischerei zu heben. Seit Jahren hat eine wilde Raubfischerei im wahren Sinne des Wortes die Bestände reduziert. Die Plattfische werden immer kleiner angeliefert. Es handelt sich dabei um viel minderwertiges Material. Erfahrene Fischer messen die Schuld an dieser Erscheinung der Fischenfischerei (Segel- oder Motorboot mit dem Schlepptrey) bei, die auch während der Laichzeit (Januar bis Mai) nicht eingestiftet wird. Nach amtlichen Angaben sind allein in den Lübecker Gewässern im Februar 1910 — also während der Laichzeit — 75 000 Pfund Butt gefangen worden. Gewöhnlich werden sechs von den kleinen minderwertigen Plattfischen auf ein Pfund gerechnet. Danach wären 450 000 Stück Butt in einem einzigen Monat dem Laichgeschäft entzogen worden. Das gibt zu denken! Wird dieses Raubsystem — anders kann die Fischenfischerei ohne Schonzeit nicht genannt werden — noch ein paar Jahre fortgesetzt, so muß das unbedingt zum völligen Ruin der Plattfischbestände führen. Die Fischer unterbinden damit ihre eigene Nahrungsquelle. In den ersten Jahren waren die Erträge der Fischerei mit Segel- oder Motorboot fast sehr bequem, aber sie führt zum Niedergang der Buttifischerei.

Die Folgen des verhängnisvollen Fangsystems wollte man nach

Änderlichem Rezept durch einen Zoll auf die Einfuhr aus Dänemark ausgleichen, das heißt durch Preissteigerung!

In früheren Zeiten war der Butt ein Volksernährungsmittel im besten Sinne des Wortes. Aber die Preise für den äußerst wohl-schmeckenden Plattfisch bewegten sich fortgesetzt in aufsteigender Richtung, so daß er schon heute vom Tische des Arbeiters fast völlig verschwunden ist. Das Angebot kann dem Begehre nicht mehr be-friedigen. Die Fischereibevölkerung selbst wird aber trotz der steigenden Preise in ihrer Existenz bedroht. Welche Interessen auf dem Spiele stehen, bewies eine am vergangenen Sonntag in Lübeck abgehaltene Konferenz zur Hebung der Seefischerei, an der Fischer von Schleswig-Holstein, beider Lübeck, Mecklenburg und Pommern teilnahmen. Die Konferenz beschloß, das Mindestmaß für den Fang des Goldbutts auf 22, für Graubutt auf 18 Zentimeter festzusetzen. Die Mecklen-burgischen Fischer haben die Fischen zum Teil wieder ganz abge-schafft. Ein Antrag, für die Plattfische eine Schonzeit von Januar bis Mai einzuführen, damit diese in Ruhe laichen können, wurde zwar als berechtigt anerkannt, aber weil der Einnahmeanfall der Fischer nicht gedeckt werden kann, als unrealisierbar verworfen. Die Konferenz wünschte dagegen eine strengere Kontrolle, damit die Fische nicht zu klein weggefangen werden. Weiter wurde beschlossen, beim Reichsfischeramt die Einberufung einer Konferenz aller an der Däne-fischerei beteiligten Staaten zu beantragen. Ein Antrag, für den Dorsch ein Mindestmaß von 24 Zentimeter festzusetzen und für Koluquappen während des Winters eine Schonzeit, wurde zurückgestellt.

Am Schlusse der Konferenz machten diverse Geheimräte, welche sich als Vornamen der hilflosen, alterwürdigen Fischerzunft auf-spielten, in Mittelstandsreiterei nach gewohntem Muster. Sie ver-ansuchten den Zusammenschluß der Berufsfischervereine von Schles-wig-Holstein zu einem Zentralfischerverein, obwohl schon sämtliche Vereine dem Deutschen Seefischerverein angehören. Es ist ja er-freulich, wenn sich auch die Fischer organisieren; aber der Zeit-hammel durch Geheimräte, Doktoren, Lotionskommandeure usw. bedarf es dabei nicht. Annehmend wollen die Herren die künstliche Preissteigerung begünstigen, wodurch dem arbeitenden Volke ein wichtiges Nahrungsmittel weiter verteuert würde.

Man gedenkt auch wohl im Trüben zu fischen, die bisher politisch ziemlich gleichgültigen Fischer zu einer Ordnungsturmkolonne für die nächsten Reichstagswahlen zu formieren. Viel wird dadurch aller-dings nicht zu machen sein. Die Wahrheit über die Ursachen ihres Elends hören die Fischer von den Sozialdemokraten mit dem Er-folge, daß uns nun auch in den „Schwarzesten“ Fischerbüchern Mit-glieder zukaufen. Die Fischer erkennen ihren wahren Feind in dem Großkapital, das mit den Fischdampfern die Fischbestände der Hoch-see dezimiert und die Fischerbevölkerung in der Existenz bedroht.

International. Wie gemeldet wird, beabsichtigt das internationale Spiegelglas Syndikat, dem natürlich auch die in Betracht kommen-den deutschen Fabriken angehören, die Produktionsbeschränkung zu erhöhen. Die Maßnahme richtet sich zunächst gegen die Konsumenten, sie interessiert die Arbeiter aber auch als Produzenten. Als solche verkaufen sie ihre Arbeitskraft, und um diese gegen Ausbeutung zu

schützen, müssen die Arbeiter ebenfalls internationale Schutz-vereinigungen gründen und unterhalten.

Dividenden, „elend“.

Die Magdeburger Bergwerksaktiengesellschaft gehört mit ihrer bei Wanne gelegenen Königsgrube zu den ältesten deutschen Aktiengesellschaften. Sie verteilt für das Geschäftsjahr 1910 wieder die höchste Dividende im rheinisch-westfälischen Bergbau, nämlich 35 Proz., d. h. mehr als ein Drittel des nominellen Aktienkapitals! Dabei mußte der Betrieb im abgelaufenen Jahre noch 18 Feiertagen einlegen wegen ungenügender Auftrags-überweisung durch das Kohlenyndikat. Was die Aktionäre bei dieser Gesellschaft verdienen, zeigt die folgende Zusammenstellung der Dividenden auf die Stammaktien seit 1886:

1886	15	1891	33 1/2	1896	28 1/2
1887	13	1892	20	1897	30
1888	13	1893	12	1898	27
1889	9	1894	13 1/2	1899	35
1890	23 1/2	1895	25	1900	40 1/2
1901	42	1906	38		
1902	35	1907	38		
1903	35	1908	38		
1904	28	1909	33 1/2		
1905	68	1910	35		

Die seit 25 Jahren in dem Betriebe tätigen Arbeiter — sind einfließen alt und grau geworden, haben immer gearbeitet und sind heute noch genau so arm wie früher. Es geht doch nicht über die göttliche Weltordnung!

Aus der Frauenbewegung.

Geburtenrückgang als Folge der eheweiblichen Fabrikarbeit.

Bei Gelegenheit des Ergebnisses der letzten Volkszählung ist auch die Tatsache des Geburtenrückganges wieder hervorgehoben worden. Man tröstet sich mit dem Hinweis auf den Rückgang der Sterblichkeitsziffern, wodurch das Minus an Geburten ja wieder weitgemacht werde. Augenscheinlich ist es den offiziellen Herr-schaften peinlich, sich nach der volkswirtschaftlichen Seite hin Rechenschaft abzugeben über die Verminderung der Geburten. Die Ge-burtenhäufigkeit betrug 1875 noch 42,5 Prozent, 1885 sank sie auf 38,5 Prozent, 1895 betrug sie 37,3 Prozent, 1905 34,9 Prozent. Für 1910 liegt noch kein statistischer Nachweis vor, doch ist bei der all-gemeinen Depression in Handel, Gewerbe und Industrie, und bei dem allgemeinen Emporschnellen der Preise gerade für die wichtigs-ten Unterhaltsmittel eine sichere Rückwärtsbewegung anzunehmen. Auf welche Ursachen ist nun dieser Rückgang zurückzuführen? Bis jetzt hat man eigentlich immer nur auf die sexuelle Moral resp. Immoral exemplifiziert, die uns von Seiten Frankreichs infiziert habe und der auch bei uns zu Lande das beliebte Zweifelhafte zu danken sei! Frankreich gilt also bei unseren Moraltheologen in den statistischen Büchern und auf den Ministerbänken unserer Parlamente als der infame Sündenbock, dem wir diesen Abbruch an Aufzug von Arbeitskräften zu danken haben! Vielleicht aber wäre es ganz zweckmäßig, wenn man durch unsere Volkszählungs-

statistik einmal erfahren könnte, in welchen Klassen sich denn der Geburtenrückgang in der Hauptsache bemerkbar macht! Man dürfte dann die überraschende, für den Kenner seit langem feststehende Ent-deckung machen, daß sich bei uns, ganz ähnlich wie in England, wenn auch vor der Hand noch nicht so rapide, in der Geburtenver-minderung die Wirkung der eheweiblichen Fabrikarbeit zeigt! Und zwar sind dort wie hier die gleichen Ursachen für diese Wirkung vorhanden. Einmal der unzureichende Lohn des männlichen Ar-beiters und Familienvaters, weiter die außerordentlich große Säug-lingssterblichkeit in industriellen Distrikten infolge der Unmöglichkeit der Arbeitermutter, in ausreichender Weise für ihr Kind zu sorgen, und in Verbindung mit dieser Ursache schließlich der Mangel eines ausreichenden Mutterschutzes! Bei uns beträgt die mütterliche Schonzeit beinahe sechs Wochen; bis zu dieser Ausdehnung hat man den Schutz nach langem Kampf mit dem Unternehmertum endlich getrieben. Wie wenig er als ausreichend anzusehen ist, geht aus einem Bericht der englischen Royal Commission on Labour hervor, die eine gefühlvolle Ausdehnung der Ruhezeit auch nach der Entbindung bis zu sechs Monaten fordert! Die (in England vier Wochen betragende) Schonzeit wird von ärztlicher Seite durch-weg als zu kurz insbesondere für das Kind bezeichnet. Stellt man die Säuglingssterblichkeit in Deutschland in Rechnung, so ist der von der Statistik so gern aufgezeigte Rückgang der Sterblichkeits-ziffern im allgemeinen nur sehr problematisch! Die oben darge-legten Gründe haben nun in England, wie statistisch nachgewiesen wird, einen ganz auffälligen Geburtenrückgang zur Folge gehabt. Nach einer Aufstellung über die ehelichen Fruchtbarkeitsziffern in den Jahren 1881 und 1903 ist in dem letzteren Jahre eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen: in Halifax um 22,4 Prozent, Bradford 25,7 Prozent, Huddersfield 23 Prozent, Burnley 23,1 Prozent, Northampton 22,1 Prozent, Oldham 24,3 Prozent, Wad-burn 32,1 Prozent, Leicester 25,7 Prozent usw. Hand in Hand damit geht natürlich auch eine stärkere Abnahme der unehelichen Geburtenziffern, wodurch die Minderleistung der Annahme geradezu schlagend bewiesen wird, daß die Verminderung der Geburten aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen herbeigeführt wird. Es ist der negative Kampf des Proletariats gegen die Proletarisierung. Sehr richtig fordert Sidney Webb, der sich um diese Statistik verdient gemacht hat, als Ausweg: ökonomische Entlastung der Eltern durch Staat und Gesellschaft, d. h. also wohl in der Hauptsache die An-bahnung gesunder Wohnverhältnisse, ferner systematische pekuniäre Unterstützung der Mutterchaft, die in Deutschland eben so lange wie erfolglos mit der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Wöchnerinnen verlangt wurde, und schließlich Kinderspeisung durch die Gemeinden, damit eine größere Kinderzahl nicht mehr ein Einkommen, womöglich ein Verdien für viele Jahre bedeuten muß. Aber bei uns schlägt das Unternehmertum, das im Klausurzwang die Gemeinden, damit eine größere Kinderzahl nicht mehr ein Einkommen, womöglich ein Verdien für viele Jahre bedeuten muß. Aber bei uns schlägt das Unternehmertum, das im Klausurzwang die Gemeinden, damit eine größere Kinderzahl nicht mehr ein Einkommen, womöglich ein Verdien für viele Jahre bedeuten muß. Aber bei uns schlägt das Unternehmertum, das im Klausurzwang die Gemeinden, damit eine größere Kinderzahl nicht mehr ein Einkommen, womöglich ein Verdien für viele Jahre bedeuten muß.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Petersburger Viertel. Bezirk 300.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metall-schleifer **Johannes Wichmann** Ansterburger Straße 3 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nach-mittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
216/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Am 8. März verstarb unser Genosse Frau **Adelheid Schütt** Schönwelder Str. 4 (10. Bez.).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. d. Mts., nach-mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer **Johannes Wichmann** am 6. März an Bluthung ge-storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nach-mittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/5 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden ent-rück heute der Tod meine liebe Frau, Mutter, Schwester und Schwägerin **Adelheid Schütt geb. Pranger.**
Dies zeigt mit der Bitte um klügel Beileid an
Im Namen der Hinterbliebenen **Wilhelm Schütt,** Schönwelder Straße 4.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nach-mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Marien-dorfer Weg, aus statt. 5765
Rege Beteiligung erwartet

Deutscher Transportarbeiter-Vorband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Prospekt-schreiber **Gustav Henze** am 8. d. Mts. im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. Mts., nach-mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des neuen Parochial-Fried-hofes, Vogtanger Straße, aus statt.
66/16 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Ernst Sägling** im Alter von 49 Jahren ver-storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 10. März, nachmittags 6 Uhr, auf dem Hagen-Reuendorfer Friedhof statt. 162/7
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-licher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter, unserer treuen Schwester **Martha Luickhardt** fagen wir allen Beteiligten, ins-besondere dem Genossen Walter Banast (sowie dem „Quartett“ Frisch-kopf), den Hausbewohnern der An-ordnung Elagardener Straße und den Genossen und Genossinnen des 160. Bezirks unermüdeten Dank. 672b
Karl Luickhardt selbst Tochter, Johanna König, Marie König.

Sozialdemokr. Kreiswahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Friedrichshagen. Nachruf.
Am 4. März verstarb unser Mitglied **Adolf Neumann.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand bereits am 7. März statt.
235/4 Die Bezirksleitung.

Zur Einsegnung

Schwarze Anzüge

Kammgarn in Satin, Diagonal, Cheviot, Corkkrew und Tuch-Geweben
M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.-
M. 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés, Meltons in glatten und schrägen Geweben, schwarzen und violet blauen Farben.
M. 45.- 36.- 30.- 27.- 24.-
M. 21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-Auswahl. Schöne Fassons.
M. 36.- 30.- 25.- 20.- 15.- 10.-

Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben amsonst!

BaerSohn

Kleider-Werke
Deutschlands größte Fabrik der Branche

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequem bei kleinster Anzahlung in be-kannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krank-heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

„Silesia-Bad“
11242 Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Maritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Erstklassige Herrengarderobe nur nach Maß
anerkannt best. Aus-führung, garantiert taubelloser Stoff, liefert auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wöchentlich 2,50 M.
Martin Katz, Schneidemeister,
76 Dresdener Straße 76
nebe Thalia-Theater.
Dem 15. März ab 2. Geschäft in Schöneberg, Hauptstr. 158.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, (Laden).
Wir empfehlen

Frauenleiden und deren Verhütung

Mit einem Anhang: **Die Verhütung der Schwangerschaft:**
Von Dr. J. Zedel.
Mit zahlreichen Illustrationen.
Preis 50 Pfg., ungekürzte Volksausgabe 20 Pfg.
Die sehr viele Schrift einem Bedürfnis entspricht, zeigt die 120000 Exemplare abgesetzt sind.

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:
Billiger reeller

Räumungsverkauf

von

Arbeiter-Berufskleidung!

Große Vorteile für jeden Käufer.
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen
Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.

Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wohnentl. 1 M. Plomben
1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um-
arbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnstr. Belowstr.) 8-7.



Messer und Gabeln
werden blank wie neu
bei dem Putzen mit echtem
Dr. Landmann's
messer-Putz-Pulver.

Wafel 10 Pf., Straußbüche 30 und 50 Pf.
Wasch- und Putzmittel-Geschäft in allen
besseren Geschäften zu haben.
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat
(Dmal prämiertes Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung,
ohne jeden Vorausschlag. 31/5

Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Möbel-Angebot.

Selbstes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnarrangierungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Teilzahlungen. Aufträgen unter Postlagerkarte 10, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 5495*

Gardinen Stores Tüllbettdecken
in schwerem Jacquardtüll und in Erbstüll an jedermann zu
unseren Originalpreisen.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

Gardinen-Fabriken

Johann Pellet & Co., Kommanditgesellschaft.

C. Rosenthaler Straße 2,
Rosenthaler Tor.
S. Oranienstraße 37,
nahe Oranienplatz.
S. Kottbuser Damm 65,
(Rixdorf), nahe Hermannpl.

O. Große Frankfurter Straße 5-8,
Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnim-Straße 13,
Ecke Boxhagener Straße.
O. Grüner Weg 28,
gegenüber der Markthalle.

Sachgemäße Bedienung. — Keine unnötige Verteuerung.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 10. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Meister-
singer von Nürnberg. (Anfang
7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Strand-
bader.

Neues königl. Opernhaus. Der
Dorfbock.

Deutsches Haus.

Neues Schauspielhaus. Faust
I Teil.

Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele. Die Komödie der
Arten. Die Geirat wider
Willen.

Reising. Einsame Menschen.
Komische Oper. Die Land-
Knecht. Der Selbstmord.
Neues Operetten. Die schöne
Nichte.

Berliner. Summestudenten.
Wochen. Die lustigen Aben-
teure. Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Hippolyte's Abenteuer.
Neubau. Pariser Revue.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. Wagner - Theater.)
Ein idealer Gatte.

Schiller. Charlottenburg. Wallen-
steins Tod.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
2 x 2 = 5.

Volkshaus. Jar und Zimmermann.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Reichshallen. Neues.
Luisen. Aus erster Ehe.
Modernes. Der Feldherrnhügel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Waldhalla. Meine verlorene Nacht.
Er. Sie und Er.
Folies Caprice. Der Feldmel-
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Quara — Wir leben
noch!

Sahne. Die Wippen.
Späße. Spezialitäten.
Wasser. Spezialitäten.
Volgt. Schloffen.
Road. Mineralwasser und Edelweiss.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Waldhalla. Bravo! Tacapo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)

Intimes. Das Mädchen aus Paris.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wedding. Lustspiele.

Kaiser-Panorama. Besuch von
Heidelberg und Neckartal. Wander-
ung im Städtchen Salz-
kammergut.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ing. A. Kefner: Die Eisen- u. Metallgießerei. (H. Toll.)

Kaiser-Panorama.
Besuch von Heidelberg und
Neckartal. Letzte Woche.
Steirisches Salzkammergut.
Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Abonnement 1 M., Lauf. Abonment.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 10. März, 8 Uhr:
2 x 2 = 5.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm
Teil. Abends 8 Uhr: Holzaustr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Abends 8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ing. A. Kefner: Die Eisen- u. Metallgießerei. (H. Toll.)

Kaiser-Panorama.
Besuch von Heidelberg und
Neckartal. Letzte Woche.
Steirisches Salzkammergut.
Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Abonnement 1 M., Lauf. Abonment.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 10. März, 8 Uhr:
2 x 2 = 5.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm
Teil. Abends 8 Uhr: Holzaustr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Abends 8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Schauspiel in 4 Akten v. Oscar Wilde.
Eude 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Ein Trauerspiel in 5 Akten
von Friedrich Schiller. Eude 11 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90-91

Heute:
Johann Strauß
aus Wien

Preisgekrönte Walzer der „Woche“.
Anfang 8 Uhr.

Zipkus A. Schumann.
Freitag, den 10. März 1911,
prägte abends 8 Uhr:
Zum 25. Male:
Ausführung des Deutschen
Theaters:
König Oedipus
von Sophokles.

Sonnabend, den 11. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Grand Soiree high life.
Auftreten sämtlicher neuen
Attraktionen.
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler.

Zirkus Busch.
Freitag, 10. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
Herr Ernst Schumann m. seinen
hervorragend. Freiheitsdresen
Herr Georg Burkhardt-Festl,
Schulreiter.
Gastspiel d. Herrn Dir. Pierre
Althoff und Frau Direktor Adele
Althoff mit ihren berühmten
Freiheitsdresen.
Die Fredians, berühmte
Reiterfamilie.
Um 9 1/2 Uhr zum 70. Male:
„Armin.“
Gr. Volks-Manege-Schaustück

Volgt-Theater
Geundbrunnen, Schloßstr. 58.
Freitag, den 10. März 1911:
Der Walzerkönig.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von
E. Mannstädt. Musik v. G. Steffens.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brannentstraße 16.
Almurausch und Edelweiss.
Volksstück m. Ges. a. d. oberbayr. Geb.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M.
Vorzugsarten überall zu haben.
Morgen Extravorstellung: **Deborah.**

Königsstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm.
Elsa Lischen, Soubrette. Ernst
Kleinert, Humorist. Claire u. Maria
Eudzinoka. Alfonso Agaglio Gobr.
Brunner, Sport-Akrobat.
Franz Sobanski.
Am Meer. Lebensbild von Oscar Feld.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
Drei Gänge von Georges Feydeau
und Weber-Abrie.
1. Gang: „2 Peter über Paris“, 1 Akt
von Georges Feydeau.
2. Gang: „Eine Nachsicht“, 1 Akt
von Georges Feydeau.
3. Gang: „Nach dem Wänschen-
ball“, 1 Akt von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage:
Pariser Menu.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Meyers.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritter-
feldt nach einer Erzählung von
Courtis-Taylor.
Sonnabend 4 Uhr: Der Rindervork.
Küchzahl. 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt.
8 Uhr: Aus erster Ehe.
Montag: Der jüngste Leutnant.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage
Richardstraße)

Vom 4.-10. März einschließlich:
Die Jugendsünde und das vorzügliche
Programm dieser Woche:
Surfing, der Nationalreport der Hawaiianer. Philomen und Bauels.
Farbenkinematographie. Moritz als Bauernfänger (humorist.) usw.
Anfang: Wochentags 6 Uhr abends.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königsgr. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute, Freitag: Letzter Gießtag. Prämierung
des kleinsten Damen-Hosenrocks. 3 Goldpr.
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Der berühmteste Fechtmeister
Schorsch Ehrengrubner
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Balkenarten haben volle Gültigkeit.

Arnold Scholz Neue Welt
Täglich das beliebteste
Bockbier-Fest.
Dienstags, Donnerstags und Sonntags: Großer Ball.
Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. 5 Kapellen. Entree 50 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varieté-Neubeiten.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Theatera Weddings
Neuer
Spielplan.
Nachmittags von 5-8 Uhr wird
jedem Besucher
eine Probetasse Blookers Kakao
gratis
verbreicht.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Theater Sanssouci
Lichtspiele
Eröffnung
Anfang März
Kottbuserdamm 6
Hochbahn, Kottbuser Tor.
Sitzungsraum 1500 Personen.

Bosphorus am Moritzplatz
Das neue März-Programm.
U. a.:
Hermann Froys neueste Schlager.
„Die Parade der Zinnsoldaten.“
Anfang 6 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-3 Uhr:
TANZ.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Eude 10 1/2 Uhr.

Liselotte.
Schauspiel in 4 Akten v. D. Stöckler.
Sonnabend, Sonntag: Liselotte.
Sonnabend nachm.: Die 7 Raben.
Sonntag nachm.: Vorberbaum
und Bettelstab.

Herrnfeld
Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-8 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnsfeld in
den Hauptrollen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Kuhliches
Varieté-Theater.
Dirigiert von Reysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 12. März 1911:
Zwei vom Ballett.
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen.
Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan, Indeb.; Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9053
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Vor. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer dunter Teil.
Feldweibelhügel.

MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Karl Haverland-
Theater.
Anfang Theater. Kommandanten-
weg 7 1/2 U. Theater. Straße 77/79.
Dir. Martinus-Dirigiert.
heute **Die Ballettschule**
sowie die neuen Spezialitäten.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Aben-
teure. Sonntag, 3 U.: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Kaiser Abonnement. 1/2, 9 Uhr:
Zar und Zimmermann.

Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Lustspielrevue in 7 Akten
v. F. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gefüllt.

Apollon
Theater
Das neue Kessal-Programm!
10 Weltstadt-Attraktionen.
Abends 8 1/2 Uhr:
Berlin Sensation!
Alwin Neuß.
Tony Tetzlaff
in **Beregis**: — Hüte Dich!
Sensationsdrama in 1 Akt.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und
eins Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 72.
Eintritt 1 Mark.
Reserv. Plätze 2 Mark.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Eisfest an der Nawa“.
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaukünstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichte Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Aben-
teure. Sonntag, 3 U.: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Kaiser Abonnement. 1/2, 9 Uhr:
Zar und Zimmermann.

Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Lustspielrevue in 7 Akten
v. F. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gefüllt.

Apollon
Theater
Das neue Kessal-Programm!
10 Weltstadt-Attraktionen.
Abends 8 1/2 Uhr:
Berlin Sensation!
Alwin Neuß.
Tony Tetzlaff
in **Beregis**: — Hüte Dich!
Sensationsdrama in 1 Akt.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und
eins Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 72.
Eintritt 1 Mark.
Reserv. Plätze 2 Mark.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Eisfest an der Nawa“.
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaukünstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichte Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Waldhalla-Theater.
Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20.
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Illernells - Revue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Degea

Unser bester Glühkörper

ist nur echt in Originalpackung mit Aufschrift „Degea“

Überl. entd. Auer-Gesellschaft Berlin O. 17

Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit

Jedes Paar Damen- oder Herren-Stiefel ohne Ausnahme Einheitspreis

6 75 Mk.

„Schuh-Sport“

Nur Andreasstr. 48.

Berlin O. 27.

Schuh-Sport Marke Propago
Gesetzl. Geschützt. Alleinverkauf für ganz Deutschland

Versand nach auswärts unter Nachnahme!

ZOMAROM



Bouillon-Würfel

der beste und billigste

NAHRMITTELFABRIK „ZOMAROM“ MÜNCHEN, PROMENADESTR. 6.
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Str. 45.
Fernsprecher: Amt VI, No. 5737.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, neue Kastenbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig, Pfandleihanlage, Rüstmeisterplatz 7. 2200R*

Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppiche, vorjährige Muster, für halben Preis.

Gardinen, Restbestände, bis drei Fenster, statt 5 — 3, statt 8 — 5, statt 12 — 8.

Teppich-Thomas, Oranienstrasse 100, Oranienplatz; Rosenfelderstrasse 54. 2204R*

Kredithaus Wobbit, Turmstrasse 55. Ede Halbstrick, erhalten Sie Möbel und Waren jeder Art auf Teilzahlung, unter denkbar günstigen Zahlungsbedingungen. Spezialität: Herren- und Damenbekleidung. Gratis erhält jeder Herr beim Kauf eines Anzuges oder Paletots einen Hut, Stod oder Schirm; jede Dame Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf größerer Wohnungseinrichtung Teppich oder Regulator. 2223R*

Teppiche! (leiderbalte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Godecher Markt 4, Bahnhof Börse. (Preis des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstrasse 69 (Laden). 2223R*

Gardinenhaus: Ballstrasse 13 Gardinenhaus Bernhard Schwarz.

Vitruvers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Steglitzerstrasse 99, Waidmannstrasse 67.

Schwarzen spottbillig Oranienstrasse 56, Hof parterre. 35/18*

3,25 Steppdecken, Vachtteppiche, Plüschdecken 5,00, Portieren 3,75, Gardinen, Bezüge, Laten nur Oranien-Pfandleihanlage, Oranienstrasse 23a. Jahrgeld wird vergütet. 35/18*

Gaslampen, dreifach 4,50, Bronzelampen 7,50, Gasglühbirnen 7,00, Gasöfen 1,40, Gaswanne 0,55. Teilzahlungen gestattet. Kronenlager Große Frankfurterstrasse 92; Filiale Ravensburgerstrasse 6. 1301R*

Teppiche, Portieren, Källdores, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Feilvorlagen, Diwandecken, spottbilliger Räumungsverkauf, Potsdamerstrasse 109, Teppichhaus Konrad Fischer. Vorwärtsleiter Extrarabatt.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des blühenden Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hebdorfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstrasse 69.

Herrenstoffe enorm billig alle Salobstrasse 93. 5706*

Die Grundbegriffe der Wirtschaft. Eine populäre Einführung von Rudolf Berghardt. Preis 60 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstrasse 69.

Herrmannplan 6, Pfandleihanlage, Stummendillige Fadetanzüge, Gehrockanzüge, Herrenpaletots, Herrenböden, Extrabilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Plüschdecken, Riesenauswahl Schmuckstücke, Taschenuhren, Wanduhren, Vorteilhafteste Einkaufsquelle, Pfandleihanlage Herrmannplan, auch Sonntags geöffnet. 720*

Wonnanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Joppen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Stracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihanlage versellene Sachen kauft man am billigsten bei Hof, Waidmannstrasse 14.

Zimmlerleibene Steppdecken 1,15 (Seidener), Polster-, Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grauweiß, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventar-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstrasse 158.

Inventar-Räumung nur kurze Zeit. Extrahilfre gratis und gratis. Teppichhaus Emil Lebere, Oranienstrasse 158. 1908R*

Vorjährige elegante Gehrockanzüge, Frackanzüge und Smokingen aus feinsten Stoffen enorm billig. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1764R*

Teppiche (Gartenstepp), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Plüschdecken, Liebergardinen, Sofa-Koffertei spottbillig, Rüstmeisterplatz 7, Große Frankfurterstrasse 9, Räumungsverkauf. Vorwärtsleiter zehn Prozent Sonntags geöffnet. 2408R*

Drehbänke, Krigar u. Uhren, Maschinenfabrik und Maschinenwerk, Bahmannstrasse 29. 2224R*

Vorjährige sowie zurückgesetzte Herrenanzüge und Paletots, teilweise aus besten Stoffen 15—40 Mark. Garderobehaus Friedrichstrasse 127.

Zurückgesetzte Feinleinen 5—12 Mark. Belebung von Geschäftsangelegenheiten jeder Art. Garderobehaus Friedrichstrasse 127. 2224R*

Ohne Anzahlung, Boche 50, Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaslampen, Bekleidungsgegenstände 25. Besuch eventuell Vorkasse. 2240R*

Wenig getragene Romantanzüge, Sommerpaletots, Feinleinen Gehrockanzüge, elegante neue Einlegungsanzüge kauft man recht bei Weig, Blücherstrasse 67 I. kein Laden.

Berbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2.— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstrasse 69.

Damenhemden mit handgestrichelter Boche 1,15, Herrenhemden 1,15, Romantische, Arbeiterhemden sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäscheabrik Salomonshof, Dirschstrasse 21, Alexanderplatz.

Teppiche sowie mehrere Stand gute neue Betten sind weit unter Preis veräußert, Charlottenburg, Waidmannstrasse 41, vom I. Unt. 36/2*

Maurer- und Kupfer-Handwerkzeug zu haben Davelbergerstrasse 3, Stäbe. 760

Kanarienvogel 5 Mark, Gebauer, Tomasgewinn, Anklamstrasse 28. 776

Bilder kaufen Sie direkt

bei Bogdan, Weinmeisterstrasse 2.

Geschäftsverkäufe.

Kolonialwaren-Geschäft mit Rolle krankheitsüber zu verkaufen. Waller, Lichtenberg, Sophienstrasse 9. 7106*

Seifengeschäft (Krankheit) preiswert Rigdori, Boddinstraße 9. 2818*

Gartenlokal mit Stehblechhalle, 2 Kegelbahnen, große Wohnung, Miete 2000 Mark, preiswert zu verkaufen. Residenzstrasse 50, Ede Marktstrasse. Halbesche Linie 32, 35, 41. Vermittler vertreten. 742

Seifengeschäft, Kolle, Wohnung, Miete 45, Charlottenburg, Grünstrasse 25. 5786

Altes Kolonialwaren-Seifengeschäft billig veräußert (Erbsen), Baum-Schulenberg, Wartenholerstrasse 25

Partielllokal, wegen Übernahme einer Wirtschaft, sofort veräußert. Sichere Erbsen. Mehrere Vereine. Miete 1500 Mark. Röhren beim Kollegen Bolterdorfer, Rantenselstrasse 42. 751

Möbel.

Möbelverkauf! Sofa, Garnituren, Kleiderstühle, Vertikals, Bettstellen, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Rückenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Riesenauswahl, 5 Etagen. Möbelverkauf! Neue Königsstr. 5/6, Rüstmeisterplatz. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/19*

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirksamkeit und einzelne Stücke auf Kredit unter äusserster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Laden kauft bei uns. Kreischmann u. Co., Köpenickerstrasse 4, Schillerstrasse 10. 1951R*

Gebrauchte und neue Möbel am billigsten bei Reichel, Buttmanntstrasse 20 (Gesundbrunnen). 2244R*

Bettstellen mit Matratze 12,00, 15,00, 18,00, 21,00. — Englische, nageleinen 25,00. Reichel, Buttmanntstrasse 20.

Kleiderstühle, Rüstmeisterplatz, 27,00, 22,00, 15,00, Reichel, Buttmanntstrasse 20.

Einrichtung, vollständige, für Etage, nageleinen 120,00. Reichel, Buttmanntstrasse 20.

Kücheneinrichtung komplett 45,00, Reichel, Buttmanntstrasse 20.

Plüschsofa, nageleinen, modern 39,00. Reichel, Buttmanntstrasse 20.

Ottostrasse 2, nahe der Turmstrasse, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gemätschte Garantie übernehmen, zu aussergewöhnlich billigen Preisen. Solchen Leuten gehören Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. A. Kirstein.

Möbel-Verkauf, Brunnenstrasse 7, am Röntgenplatz, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Etage und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Stoffen. Hochem, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Vereinbarung. Lieferer auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung.

Etage und Küche 15 Mark. Verlieben gewesene Möbel spottbillig. Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung. Berlin, Kottbusserallee 49. 2151R*

Möbelverkauf! Brautleute! Achtung! Ganze Wohnungseinrichtung von 200 Mark an. Einzelne Möbel billig: Englische Bettstellen 25.—, Plüschsofa 42.—, Chaiselongue 22.—, bunte Küchen 50.—, Gesseln 5 Prozent Rabatt. Oder, Dresdenerstrasse 124. 2278R*

Auf Teilzahlung komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelner Möbelstücke in toller Auswahl liefert bei billigen Preisen unter kulanten Bedingungen Tischlermeister Kolle, Fiondstrasse 39. Rein Warenzahlungsgeheimnis. Ständig Lager kurze Zeit verließen gewesene Möbel. 5558*

Möbel-Inventar, Räumungsverkauf. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelabrik Anstaltstrasse 15, nahe dem Halleschen Tor, findet der diesjährige Räumungsverkauf am 12. Januar bis 15. März zu enorm billigen, teilweise bis 30 Prozent herabgesetzten Preisen statt. Nach dem 15. März treten die alten Preise wieder in Kraft. Für Privatleute, Pensionate günstige Gelegenheit. Teilzahlung gestattet. Bestanden ohne Anzahlung. Nept. Tischlermeister, Vertikal 24.—, Garderobenschränke 27.—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 22.—, Schreibtische mit Kasten 23.—, Umbauten mit Spiegel 40.—, Büffete 100.—, Polstermöbel bedeutend unterm Preis. Buchstisch 8.—, englische Schlafzimmer 100.—, moderne Wohnzimmer 140.—, eigene Speisezimmer 200.—, Säulenhalle jetzt 40.—, billiger, 25 zurückgesetzte große Küchen von 45.— an. Paradieslicher Empire-Salon mit Piano spottbillig. Ganz besonders preiswert ein großer Vollen gebrauchter und zurückgesetzter Wirtschaften, auch einzelne Gegenstände. Lieferung durch eigene Werkstätte. Sonntags geöffnet. Genau auf Hausnummer 15 achten. 2245R*

Möbel-Teilzahlung. Etage und Küche, schon bei 15 Mark Anzahlung. Einzelne Möbelstücke, wozu auch eine Karte, verkauft Möbel-Magazin Gohn, Große Frankfurterstrasse 58. 2216R*

Handwerker verkauft umständlicher schlesischer Rüstbaumwirtschaft, hochlegante Plüschgarnitur, Teppich, Krone, Rückenmöbel 250.—, nur Privatleuten, Rüstmeisterplatz, Umbaustraße 1b—2.

Kleiderstühle, nagebaum, billig, Angermann, Waidmannstrasse 4.

Möbelverkauf direkt im Fabrikgebäude! Auszüglich 15.—, Rüstmeisterplatz 29.—, Rüstmeisterplatz 29.—, Säulentrumeau mit geschliffenem Glas 30.—, Sofa mit Kristallglas 35.—, modernes Sofa 50.—, englischer Ankleideschrank mit Spiegel 70.—, englische nagebaum-sourmierte Bettstelle 38.—, Seeglas-Bettstelle 8.—, Herrenzimmer, Schlafzimmer und verschiedene andere Möbel sowie Kücheneinrichtungen stauend billig. Prinzenstrasse 71, Hof geradezu parterre. 206/17

Herrenfahrrad, Damenfahrrad

spottbillig. Draumet, Große Frankfurterstrasse 109, Straußbergerplatz.

Musik.

Pianinos, einige wenig gebrauchte, sofort billig abzugeben. Holpianofabrik Rantzen, Potsdamerstrasse 27b.

Verschiedenes.

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Radngelbte, Quecksilber, Restabfälle hochzahlend, Goldschmelze Kleber, Röhrenstränge 20a (gegenüber Kantenselstraße). 2955R*

Eisohls, Komiker, auch Gesellschaft, Groppstrasse 6. 5465*

Patentanwalt Bessel, Gütchinerstrasse 94a.

Rechtliche (auch vorwärts), Leiser, Große Frankfurterstrasse 67.

Patentanwalt Müller, Gütchinerstrasse 81. 1965R*

Schnelle und billige Erwirkung und Bewertung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen. Prospekt kostenlos. Thune u. Co., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249.

Geld sofort auf Waren aller Art, Wohnungseinrichtungen, Klavier usw. Kulante Bedingungen, Lombardstrasse 122, III. 7054.

Englischen Unterricht (Einzelstunden und im Paket) für Anfänger und Fortgeschrittene. Frau G. Schmidt, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 2238R*

Kunsthandel Leiser, Große Frankfurterstrasse 67. 4115*

Goldbäder, Jahrgelbte (Bahn bis 70 Wienig) laut Antiquitätengeschäft, Stralstrasse 14, Berlin. 36/1

Platinabfälle, Gramm 4,65, Radngelbte, Silber, Rüstgold laut Blümel, Auguststrasse 19, III. 789*

Boddenabend! Sonnabend, den 11. März, bei Franz Rüst, Waidmannstrasse 9. 5715*

Die Beleidigung gegen Franzlein Anna Jubile nehmen ich hiermit zurück. Frau Lutz, Gerichtstrasse 15. 742

Ich erkläre hiermit Frau Emma Rüdman als eine ehrliche Person und nehme hiermit die Beleidigung zurück. Frau Richter, Rigdori, Thüringerstrasse 6. 751

Vermietungen.

Restaurations sofort zu vermieten Friedrichstrasse 61. 7146

Laden, passend für Schuhmacher oder Uhrmacher sofort zu vermieten Friedrichstrasse 61. 7146

Laden mit Wohnung, Doberan, April oder später, Buchhandlung oder ähnliches Geschäft. Seite Geschäftslage. Kaufmann Franz Rüdman, Doberan (Weddenburg), Jigarrfabrik. 5755

Wohnungen.

Schöne Wohnungen im Hinterhaus, 2 Etage und 1 Etage und Küche, sauber, trocken, zum 1. April preiswert zu vermieten Buttmanntstrasse 15 beim Dirl. 2270R*

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer sucht Herr Nähe Bahnhof Hermannstrasse oder Rigdori. Offerten erbeten unter E. K. 100. „Vorwärts“ • Ausgabe Rigdori, Redarstrasse 2.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Konfirmanten, welche Lust haben, das Schlosser- und Schloßerhandwerk zu erlernen, werden gegen sofortige, hohe Vergütung eingestellt. Willi Baum, Fechtstr. Berlin-Wilmersdorf, Bahlsbergerstrasse 40. 2271R*

Stuttarter Lehrlinge stellt sofort ein Max Buch, Gatenhof, Waidmannstrasse 69. 2273R*

Schloßerlehrlinge stellen ein Römig, Rüdman u. Co., Fabrik für Eisenkonstruktionen, Kolonnenstr. 20/50.

Tüchtige Steinmetze auf Bau und Möbel, heim in Maschinenarbeit verlangt Rammor-Industrie O. Anorr, Weichen. 7144

Handreinigung mit zwei Aufträgen zu vergeben Waidmannstrasse 39. 742

Regelradhobler, welcher an Regelradhobelmotoren (Bagram Reimer) ganz selbständig arbeiten kann, verlangt bei hohem Lohn Friedrich Steinbrück, Bahlsbergerstr. Urbanstr. 116.

Zwei Lehrlinge 4,50, 6.—, 10.—, Finiermal, Buchbinder für Musterbücher, Präge- und Berggoldanstalt, Grenzauerstrasse 13. 206/19

Gürteler Lehrling auf Bronze verlangt Gustav Große, Ritterstrasse 11, Laden. 74

Verfälschungen verlangen Reinmar, Hennig u. Co., Zeughoffstr. 21.

Tüchtige Barockgoldbein verlangt Ködenderstrasse 21. 5795

Zeitungsfrauen verlangt sofort Kronenstrasse 2 I. 6345*

Zeitungsfrauen für Pantof verlangt Bornholmerstrasse 1, Ede Schönhauser Allee, Laden. 35/3*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige Schlosser u. Uhrmacher für **Baggerbau** gesucht bei dauernder, lohnender Beschäftigung. 270/15* Maschinenbauanstalt **Georg Otto Schneider**, Duisburg a. Rhein.

2 Krankenbesucher zum 1./4. gesucht Anfangsgehalt 1920.— M. bei vierzehntägiger Rüstbildung. Inhaberband von Dichtfrankenschen westlicher Sororte. Bewerbungen zu richten an Ortsfrankensasse Schöneberg, Brunnenstr. 30.

Modeller für Pappmodelle, erste Kraft, gesucht. Offert. mit Angabe d. Ansprache unter „W. 1“ an Exped. des „Vorwärts“.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 4. Kreis. Am Sonntagmorgen findet für die bevorstehende Reichstagswahl eine Flugblattverteilung statt. Treffpunkt in den Bezirkslokalen. Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am morgigen Sonntagabend in den drei Lokalen: Germania, Chausseestraße, Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee, und Moabiters Festhalle, Bielefeldstraße, statt. Für genügende Unterhaltung ist Sorge getragen. Die Parteigenossen werden gebeten, für regen Besuch der Veranstaltungen des Kreises zu sorgen.

Nieder-Schönhausen. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Liebenitz (an der Kirche): Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Eingebung Nieder-Schönhausens in die Gemeinde Pankow und die Stadtverdingung. Referent: Gemeindevertreter Kubig-Pankow. Die Bezirksleitung.

Lichtenrade. Sonnabend, den 11. März, pünktlich abends 8 Uhr. 8 a h a b e n d im Lokale des Herrn Jandke, Hohenzollernstraßen-Ed. Abstimmung über den Waisenfonds. Lokalfrage.

Rudow. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr, bei Kock, Köpenicker Straße, die Monatsversammlung ab.

Schönwalde (Bez. Pankow). Am Sonntag, den 12. März, nachmittags 5 Uhr, bei Schulz: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Wahlrechtsfragen. Referent: Genosse Georg Schmidt. Berlin. Diskussion. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern auf ihrer Tagesordnung einige recht wichtige Beratungsgegenstände, um die sich längere Debatten entspannen.

Der Magistratsantrag, dem Philharmonischen Orchester eine Unterstützung aus Stadtmitteln zu gewähren, ist ein erster Schritt auf einem Gebiete, dem die Gemeinde allzu lange sich fern gehalten hat. Auch die sozialdemokratische Fraktion kann den Plan nur sympathisch begrüßen, doch muß sie, wie unser Genosse Heimann darlegte, eine Gewähr dafür fordern, daß bei den von dem Orchester zu veranstaltenden Volkskonzerten auch die berechtigten Wünsche der Arbeiterbevölkerung gebührend berücksichtigt werden. Ein Ausschuss wird den Magistratsantrag vorbereiten.

Ein komisch wirkender Grimm Klang heraus aus den Freisinnreden über die Neueinteilung der Gemeindeviertelbezirke, die dem Stadtfreisinn so unerwünscht ist, weil er von ihr eine weitere Einschränkung der Möglichkeit, sich in der dritten Wählerabteilung noch zu behaupten, erwarten darf. Stadtv. Jacoby schnauzte den Magistrat an, weil der die Einteilung auf eigene Faust vorgenommen und nicht zuvor die freisinnige Mehrheit um ein Gutachten ersucht habe. Oberbürgermeister Kirchner antwortete mit der Miene vollendeter Unschuld, diese Vorlage bedeute ja nichts anderes als ein Erkruchen des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung, ihre Meinung zu äußern. Genosse Bruns stellte fest, daß der Wortlaut der Vorlage allerdings die Annahme des Gegenteils zuläßt. Im übrigen aber könne man, so erklärte unser Redner, nur damit zufrieden sein, daß die längst nötig gewesene Neueinteilung endlich kommen soll. Daß sie noch für die Wahlen dieses Herbstes zustande gebracht werde, müsse als selbstverständlich gefordert werden. Der freisinnigen Mehrheit scheint das nun allerdings keineswegs selbstverständlich. In der weiteren Debatte ließen ihre Redner deutlich genug durchmerken, daß sie durch die Ausdehnung einer Verschiebung zu erreichen hoffen. Stadtverordneter Cassel kündigte eine „eingehende Prüfung“ an. Die Freisinnigen brauchen eine Galgenfrist; sie möchten den Zeitpunkt, wo aus der dritten Wählerabteilung der letzte Freisinnsmann verschwindet, so lange wie möglich noch hinausschieben.

Zu einer ausgedehnten Debatte kam es bei der Magistratsvorlage über die Schnellbahn Gesundbrunnen-Niedorf, die der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft konzessioniert werden soll. Die grundsätzliche Frage, ob man derartige Unternehmungen der Gemeinde vorbehalten oder privaten Erwerbsgesellschaften überlassen soll, ist längst geklärt. Angesichts dieser Vorlage sah aber unser Genosse Heimann sich genötigt, aufs neue mit aller Entschiedenheit die selbstverständliche Forderung aufzustellen, daß die Gemeinde nicht länger das Verkehrsweisen dem Privatkapital ausliefern. Unser Redner führte aus, daß die Interessen solcher Erwerbsgesellschaften von vornherein in einem inneren Widerspruch zu den Gemeindeinteressen stehen, so daß stets Interessenkonflikte unvermeidlich sind. Diese Erkenntnis sei, spottete er, allmählich fast allen Menschen gekommen, nur noch nicht allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, und auch der Magistrat wolle aus seiner endlich gewonnenen Einsicht leider noch immer nicht die richtigen Konsequenzen ziehen. Den Ausführungen Heimanns traten alle Redner der Mehrheitsfraktionen entgegen, deren lautester Wortführer in dieser Frage begreiflicherweise der Stadtverordnete Jacoby war. Auch der Oberbürgermeister Kirchner erklärte, daß im vorliegenden Fall nur die Ueberlassung an eine private Gesellschaft möglich sei. In dem Ausschuss wird an dieser grundsätzlichen Stellung des Freisinns schwerlich etwas geändert werden. Ob die von Heimann vorgebrachten und von einigen Rednern unterstützten Bedenken gegen technische Mängel des Projekts, gegen die beabsichtigte Ausführung der Endstrecken als Hochbahn, mehr Beachtung finden werden, muß man abwarten.

Ueber die Frage einer Erhöhung der Gemeindefinanzkraft, ohne die eine Balanzierung des Stadthaushaltetats nicht möglich ist, sollte gestern im voraus beraten werden. Die freisinnige Mehrheit, die in Geldangelegenheiten die Ueberstärkung nicht liebt, beschloß Vertagung.

Die moderne Frau von Berlin W.

wied in dem frommen „Reichsbote“ wie folgt gekennzeichnet: „Man sieht oft sprachlos vor den Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben, welche die Emanzipation der Frauen von dem Altberbrachten hier gebracht hat. Soweit diese sich in der rein äußeren Nachahmung der Lebensgewohnheiten und Umgangsformen, der Kleidung und Freiheiten des Mannes geseht, greift sie nur zu oft

auf das Gebiet der unfreiwilligen Komik über. Aber sie hat auch bereits verständig auf das ganze Seelenleben der Frauen ein gewirkt, denn sie hat den Typus einer Frau geschaffen, die sich bewußt hinwegsetzt über alle Schranken christlicher Denkart und Lebensführung, über alle Erfordernisse edler Weiblichkeit und Goldseligkeit, über alle Gebote der guten Sitte und des feinen Taktes, über alle Rücksichten des weiblichen Stolzes und der Ehre. In der Frau von Berlin W. ist dieses weibliche Wesen der modernen Zeit verkörpert — ein Weib ohne Seele und Gemüt; allein dem sinnlichen Genuß lebend; von einer erlösenden Gesellschaft zur anderen rasend; überfräßig im Verschmät und frivol im Ton; nur noch für das Ehebruchsdrama und den sittenlosen Roman empfänglich; jeder häuslichen Arbeit todtfeind; die Nacht zum Tage, den Tag zur Nacht mißbrauchend; allem Familienleben und vollends allen Mutterpflichten entfremdet; heute verheiratet und morgen geschieden.

Man hat dieses herz- und gewissenlose, sich und seiner Umgebung zur Last fallende Lebewesen nicht unzutreffend den Repräsentanten des dritten Geschlechts genannt. Jedenfalls ist es das treueste Abbild der Frau von Berlin W., wo sich der hypertrophische durch Verfalls- und Rauschgeschäfte, durch Spekulatien und Gründungsschwindel, durch Güterschacher und Geldheiraten reich gewordene Bevölkerungsteil der Reichshauptstadt niedergelassen hat, und wo die Sezession und Kabarettposse sowie alle sonstigen Verzerrungen des deutschen Genies ihre geborenen Beschlägerinnen finden. Für diese Menschenspezies ist die neueste Erfindung der Mode — der halborientalische Hofenrod — allerdings das zutreffendste Bekleidungsstück. Er ist ihr gewissermaßen auf den Leib zugeschnitten, und man sollte denselben ihr bereitwillig überlassen, damit alle Welt schon von weitem erkennen könnte, wer darin steht. Und doch liegt auch in dieser grotesken Verführung gegen den guten Geschmack eine tieftraurige Lehre. Die Frauen, die unser zukünftiges Geschlecht erziehen und deutsche Mütter sein sollen, prostituieren ihr ganzes Geschlecht in dieser Raserei. Denn sie ist symbolisch für den Geist der Verführung, der bereits in ihren Reichen lebt und die moderne Frau zum Schrecken unseres Zeitalters macht. Gestingt es den Vertreterinnen edler Weiblichkeit nach wahrhaft christlichen Grundtugenden nicht mehr, die vergiftenden Einflüsse der Frauen von Berlin W. dem Volkstörper fernzuhalten, dann ist der Niedergang unseres Volkes besiegelt.

Der „Reichsbote“ irrt, wenn er die moderne Frau von Berlin W. nur unter den nichtchristlichen Beständen sucht. Nicht die Kastei ist es, die zur Entartung führt, sondern der übermäßige Besitz als solcher.

Aus dem städtischen Etatsanschlag.

Kulturaufgaben dürfen nicht leiden! So versicherten bei der ersten Beratung des Etats die Wortführer der freisinnigen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Aber reden und handeln ist bei unseren Kommunalfreisinnigen schon immer zweierlei gewesen. Das zeigte sich wieder einmal recht deutlich bei Beratung des Spezialetats: Gemeindefschulen in der Mittwochsabteilung des Etatsanschlages. Von sozialdemokratischer Seite wurde nachgewiesen, daß der Bau von Schulen in der unverantwortlichsten Weise hintangehalten wird. Die städtische Schulverwaltung hatte 5 109 770 M. für Neubauten gefordert. Davon hat der Magistrat über 3 Millionen gestrichen. Die ersten Raten für vier Schulen waren vollständig befreit. Unsere Genossen beantragten, je 250 000 M. als erste Vorausraten in den Etat neu einzusetzen. Die Notwendigkeit dieser Schulbauten sei dargetan dadurch, daß die Stadtverordnetenversammlung diese Bauten bereits bewilligt habe. Für zwei andere Schulen waren als erste Raten nur je 100 000 M. eingesetzt. Unsere Genossen beantragten die Erhöhung dieser Summen auf je 250 000 M. Es wurde dargelegt, daß es eine vollkommen verkehrte Finanzpolitik sei, die Mittel für Schulbauten auf drei und vier Jahre zu verteilen, wenn die Baugeschwindigkeit noch nicht zwei Jahre dauere. Sehe man als erste Rate nur 100 000 M. ein für eine Schule, die 900 000 M. koste, so sei das finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Von Mehrheitsrednern wurden diese Darlegungen bekämpft mit dem Hinweis, daß ja noch am Anfang des Jahres große Bausummen vorhanden gewesen seien, die nicht verbaut worden wären. Deshalb könne man sogar noch an dem jetzigen Etat Streichungen vornehmen. Vom Magistratsstandpunkt der letztere Einwand entkräftet und erklärt, man müsse einen Unterschied machen zwischen dem, was verbaut und dem, was verbaut werden soll. Die im Januar vorhandenen Baugesamkeiten seien verbaut, wenn auch noch nicht alles ausgegeben, wozu komme, daß diese Gelder ja bis zum 31. März langem sollten. Von der Schulverwaltung wurde erklärt, daß die geforderten, aber gestrichelten Schulbauten dringend nötig seien. Vom Standpunkt der Schulverwaltung aus könne man die Verantwortung für die durch die jetzige Finanzlage geschaffene Situation nicht tragen. Die Mietschulen, die durch die neuen Schulen ersetzt werden sollten, seien in einem Zustande, der die schwersten Bedenken in sich schließe. Alles half nichts. Es wurden von den Schulbauten noch 300 000 M. gestrichen, die sozialdemokratischen Anträge auf Einsetzung von Vorausraten für vier weitere Schulen und Erhöhung zweier ersten Vorausraten abgelehnt. Bei diesem Etat wurde auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite, Frauen zu Schulkommissionen zuzuziehen, mitgeteilt, daß eine neue Ordnung für die Schulkommissionen ausgearbeitet werde und man beabsichtige, Frauen in diese Kommissionen aufzunehmen. Der Etat der Krankenhäuser gab unseren Genossen Veranlassung, auf die Lage und verschiedene Bezüge des Personals in den Kranken- und Pflegeanstalten hinzuweisen. Es wurde folgender Antrag gestellt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Regelung der Lohnbezüge, der Arbeitszeit und der Urlaubsfrage des in den städtischen Kranken-, Irrenanstalten und Heimstätten Beschäftigten Personals vorzunehmen.

Der Antrag fand keine Gnade bei der Mehrheit, er wurde abgelehnt. Ausschlaggebend war der finanzielle Effekt, obwohl von unserer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, daß ein gut gelohntes, fröhliches Barte- und Pflegepersonal im Interesse der Kranken liege. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag, die Kosten für Seelsorge in den Krankenhäusern zu freieren bezw. die Verträge mit den Geistlichen zu kündigen, da diese Seelsorge nicht Aufgabe der Stadt sein könne. Von gewissem Allgemeininteresse ist bei dem Etat der Irrenanstalten, daß infolge der Pejermannschen Kritiken neue Bademisch-Batterien für Dalldorf gefordert werden zur Herstellung der Dauerbäder. Uebrigens mußte auch dieser Etat mit 20 000 M. bluten. Aber Kulturaufgaben leiden nicht!

Ein neues Straßendurchbruchprojekt ist jetzt vom Polizeipräsidenten angeregt worden. Es geht dahin, die Französische Straße nach der Kennestraße durchzulegen und damit eine direkte Verbindung zwischen Halensee und Weißensee zu schaffen. Dieser Zweck ist aber nur zu erreichen, wenn die Ministergärten an der Wilhelmstraße durchbrochen werden. Bisher waren die Ministergärten immer unanfechtbar und niemand wagte sich so recht heran. Wenn es richtig ist, daß der Plan vom Polizeipräsidenten ausgeht, dürfte man vermuten, daß er sich der Zustimmung gewisser Stellen vergewissert haben dürfte. Die eventuelle Ausführung des Projekts dürfte viele Millionen Kosten erfordern.

Zu der Abänderung der Vorschriften über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage wird vom Polizeipräsidenten mitgeteilt: Durch die neuen Bestimmungen wird zunächst der in letzter Zeit in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Entscheidung des königlichen Kammergerichts Rechnung getragen, wonach eine Vorschrift, welche die Abhaltung von Theaterproben während der Zeit des Hauptgottesdienstes vollständig verbietet, rechtswidrig ist.

Das Verbot wird nur bezüglich solcher Theaterproben aufrecht erhalten, die durch Geräusche und dergleichen noch außen hin in Erscheinung treten und dadurch die Heiligung der Sonn- und Feiertage in der Öffentlichkeit stören. Ferner werden die für den Karfreitag geltenden Bestimmungen abgeändert. Während an diesem Tage bisher nur Aufführungen geistlicher Musik statthaft waren, sollen künftig auch Vorstellungen von Lichtbildern aus der biblischen Geschichte oder sonst mit religiösem Zweck und Charakter zulässig sein. Die Vorschrift, daß die Aufführung am Karfreitag nur in Kirchen oder in Räumen solcher Konzert- oder Theaterunternehmungen stattfinden dürfen, deren Zweck es ist, Darbietungen zu veranstalten, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst obwaltet, ist beibehalten. Durch die Ausdehnung der Zulassung auf die Vorführung von Lichtbildern wird vielfach geäußerten Wünschen entsprochen.

Andererseits soll am Karfreitag das für die öffentlichen Lustbarkeiten bestehende Verbot auch auf diejenigen privaten Lustbarkeiten ausgedehnt werden, welche in Theatern, Konzert- und sonstigen öffentlichen Versammlungsorten veranstaltet werden.

Diese Ausdehnung ist notwendig geworden, um die in den letzten Jahren gemachten Versuche einer Umgehung der zur Heiligung des Karfreitages erlassenen Vorschriften zu verhindern. Wesentlich ist der Karfreitag — außer dem Bußtag — der einzige Tag im Jahre, an dem alle öffentlichen Lustbarkeiten, insbesondere auch theatralische Vorstellungen verboten sind. Während nun früher niemals daran gedacht worden war, am Karfreitag in irgend einem Theater Vorstellungen zu veranstalten, haben vor einigen Jahren einzelne Theaterdirektoren den Versuch gemacht, durch Verpachtung ihres Hauses an Vereine die Veranstaltung von Theateraufführungen an diesem Tage ungeachtet des Verbotes zu ermöglichen, und so haben in verschiedenen Theatern am Karfreitag die üblichen Repertoirevorstellungen, zum Teil von Stücken lustiger Art genau in derselben Weise wie an jedem Wochentag unter Mitwirkung des ganzen auch sonst auftretenden Schauspielersonnells vor vollen Häusern stattgefunden, mit dem einzigen Unterschied gegenüber den sonstigen Aufführungen, daß die Plätze nicht an der Theaterkasse, sondern vorher an die Vereinsmitglieder verkauft wurden. Dies soll künftig verhindert werden, um so wenigstens an diesem ersten und weißesten hohen Feiertag dem religiösen Empfinden entsprechend, die Veranstaltung von Lustbarkeiten in der Öffentlichkeit und in allen Theatern, Konzert- und sonstigen öffentlichen Vergnügungsorten auszuschließen. Auch den Schauspielern wird auf diese Art am Karfreitag ein völliger Ruhetag gesichert. Die Veranstaltung in Privaträumen bleiben von dem Verbot vollständig unberührt. Die Anordnung bezieht sich lediglich auf den Karfreitag. Am Bußtag, an dem gleichfalls alle öffentlichen Vorstellungen verboten sind, sind private Vorstellungen, auch wenn sie in Theatern, Konzert- und anderen Vergnügungsorten stattfinden, uneingeschränkt zulässig, und es werden auch an diesem Tage den Theatern Feuerwachen, die zeitweise zur Verhinderung der Umgehungen am Karfreitag und Bußtag verweigert worden waren, künftig wieder gestellt werden. — Endlich soll die Vorschrift, daß am Donnerstag und am Sonnabend der Karwoche und am Totensonntage nur Aufführungen von erstem Charakter zulässig sind, und die weitere Vorschrift, daß am Totensonntage Vorstellungen in Theatern, Zirkussen und Singhallen erst nach 6 Uhr abends zulässig sind, im Interesse der Gleichmäßigkeit auf die in den letzten Jahren gährlich entstandenen Kineamatographentheater ausgedehnt werden.

Die Zentrale für private Fürsorge (E. V.), bisher unter den Linden 16, verlegt Ende dieser Woche ihr Bureau nach W. 35, Foltw. 11, Nr. 41. Infolge des Umzuges ist das Bureau am Freitag, den 10., und Sonnabend, den 11. März, geschlossen.

Das Schicksal einer Gedenktafel. Eine Gedenktafel für Karl Gutzlow ist im Jahre 1881 an dem königlichen Markthalgebäude Linienstraße 8 seitens der Stadt Berlin angebracht worden. Der Oberstaatsmeister Wirtl. Geh. Rat v. Pädler hat damals sich mit der Anbringung der Tafel in entgegenkommender Weise einverstanden erklärt. Auf dem Terrain des Markthalgebäudes ist jetzt der Neubau der königlichen Bibliothek entstanden. Beim Abriss des Markthalgebäudes mußte auch die Gedenktafel für Gutzlow entfernt werden. Am 3. September 1903 wurde von einem Schutzmann im Rathaus angezeigt, daß die Tafel dem Bureau des 2. Polizeirevier, Oberwallstr. 20a, übergeben sei, und erucht die Tafel abgeholt. Die Tafel ist darauf abgeholt und im Marktschen Museum aufbewahrt worden. Die Bauleitung des Bibliothekgebäudes ist dann unter dem 12. September 1903 vom Magistrat gebeten worden, die Tafel an dem Neubau und namentlich an der alten Stelle wieder anzubringen. Eine Antwort ist fünf Jahre lang nicht erfolgt, und seitens der Stadt ist die Bitte am 2. Dezember 1908 erneut worden. Unter dem 22. Dezember ist geantwortet worden, daß die Fassade des Monumentalbaues durch eine derartige Tafel verunzigt würde, und daß die Bauleitung der Ansicht sei, daß eine zwingende Veranlassung, die Tafel an der Stelle, wo Gutzlow gewohnt hat, zu belassen, nicht bestehe. Weitere wiederholte Vermittelungsveruche eines Magistratsmitgliedes haben keinerlei Erfolg gehabt. Das ist die Sachlage zur Zeit des hundertjährigen Geburtstages Gutzlows. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Magistrat nunmehr der Gedenktafel für Gutzlow einen anderen Platz anweisen wird.

Die Bewertung des Gergierplatzes an der Schönhauser Allee soll in der Weise erfolgen, daß nur ein Teil — etwa die östliche Hälfte — zur Veräußerung in Aussicht genommen ist. Der Geländeausschnitt wird nach Erledigung der Vorfragen und Vorarbeiten der Stadt Berlin zum Kaufe angeboten werden.

Nochmal: Bobelshwinghs „Segen“.

Von Pastor Dannaß, dem geistlichen Leiter der Bobelshwinghs Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“, hatten wir in Nr. 55 eine Zuschrift veröffentlicht, die wir als unklar und unvollständig bezeichneten. Daraus hat er uns einen Nachtrag geschickt, der mit seinen 6 1/2 Seiten zwar nichts an Länge, aber immer noch einiges an Vollständigkeit zu wünschen übrig läßt. Wir wollen daraus nur wiedergeben, was sachlich von Belang ist.

Zu der Frage, wie viele Obdachlose die Stadt Berlin nach „Hoffnungstal“ überweist und für wie viele sie bezahlt, schreibt Herr Dannaß bezüglich des Januar 1911: „Berlin zahlte für 4050 Verpflegungstage; wir hatten aber für Berliner Arbeiterkolonie 4650 + 5730 = 10 380 Verpflegungstage“ und bezüglich des ganzen Jahres 1910: „Berlin zahlte für 54 750 Verpflegungstage, die Verpflegungstage für Berliner Arbeiterkolonie betragen 54 750 + 67 891 = 122 641 Verpflegungstage.“ Diese Zahlen wären allerdings ein Beleg für Pastor Dannaßs Behauptung, daß die Stadt Berlin, die laut Vertrag bis 150 Leute pro Tag und Kopf mit 70 Pf. vergüten muß, „weit mehr als die doppelte Anzahl“ überweist. Oder ist dabei noch irgend ein „Haken“?

An dem ganzen Streit um den „Segen“, den Berlin von Bobelshwinghs gehabt haben soll, ist gar Nichts die Frage, ob seine Arbeiterkolonie einen Strom von Arbeitslosen hergeführt haben. Das Obdachuratorium nimmt an, daß durch die Mithelferbesten, die von „Hoffnungstal“ aus in die Provinz verschickt und dort vornehmlich von Pastoren an Wanderarme verteilt wurden, mit ihren Hinweisen auf das Obdach Berlins und auf Bobelshwinghs Arbeiterkolonie bei Berlin tatsächlich der Zuzug von Wanderarmen gesteigert worden ist. Der Beschluß des Obdachuratoriums, daß wegen der Mithelferbesten der Magistrat jede Gemeinschaft mit „Hoffnungstal“ lösen solle, ging von der Erwägung aus, daß Berlin eine unnötig große Zahl dieser hierher geleiteten Wanderarmen vom Obdach aus auf Kosten des Stadtschatzes an Bobelshwinghs Kolonien überweisen müsse. Dazu schreibt Herr Dannaß: Berlin überweise nur Leute, die hier heimatsberechtigt sind. Er habe aber in seiner Kolonie noch etwa alle

befragen lassen, wer durch Mittelherbstigen von außer- halb über Berlin dorthin gekommen sei. Die Antwort sei: „Kein einziger.“ Dann bleibe unerklärlich, warum noch jetzt wegen der Mittelherbstigen das Obdachsuratorium mit „Hoffnungstal“ brechen will. Herr Onnash wehrt auch einige Vorwürfe ab, die er aus unseren Ausführungen herauszulesen meint. Er versichert, daß „Hoffnungstal“ kein Geschäft machen will und Berlin kein Geld megenißt. Wobelschwing habe, indem er Mittelherbstigen ausgab, nicht unrechtfertig gehandelt. Den außerhalb Berlins wohnenden Gabenspendern habe er das Recht gewährt, einen Arbeitslofen nach „Hoffnungstal“ zu schicken. Wir schalten hier ein, daß der Vertrag Berlins mit dem Verein „Hoffnungstal“ bestimmt, er dürfe auf dem von der Stadt erpachteten Land nur Personen unterbringen oder beschäftigen, die ihm von der Obdachverwaltung zugewiesen werden. Ausnahmen bedürfen der Erlaubnis. Aber bei jenen Wanderarmen, die von Gabenspendern der Provinz auf Grund des durch Wobelschwing gewährten Vorrechtes nach „Hoffnungstal“ geschickt wurden und an Hand der Mittelherbstigen den Weg über das Obdach gingen, erübrigte sich die besondere Erlaubnis. Pastor Onnash fügt hinzu, seit etwa 2 Jahren gebe „Hoffnungstal“ keine Hefchen mehr, doch nur aus praktischen Erwägungen, nicht aus einem Gefühl, daß das ein Unrecht sei.

Unbeantwortet läßt Herr Onnash unsere Frage, was ein Pfingsten da draußen überhaupt ist; in der ersten Zuschrift sagte er nur: „mehr als 70 Pf.“. Unbeantwortet bleibt auch die Frage, ob Wobelschwing's Kolonien ohne den Zuschuß Berlins, der jetzt noch 45 000 M. pro Jahr beträgt, ihre Arbeit in dem bisherigen Umfang hätten fortsetzen können.

Tödlicher Sturz mit dem Rade ins Wasser. Das Opfer eines recht eigenartigen Unglücksfalles ist der 22 Jahre alte Mechaniker Fritz Bels geworden. Der junge Mensch pflegte auf einem Zweirad nach seiner in Spreenhagen belegenen Arbeitsstelle zu fahren. Er geriet nun dabei in der Dunkelheit dem Wege ab und stürzte mit der Maschine in den Oder-Spreenale. Der Vorfal war jedoch von der Befahrung eines gerade vorüberkommenden Regierungsdampfers beobachtet worden und es sollte auch gelingen, den Verunglückten zu bergen. Er wurde nach dem nächsten Krankenhaus gebracht, konnte aber dem Leben leider nicht erhalten werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/3 Uhr am Schönhauser Tor. Dort verfuhrte der 20jährige Schneider Julius Guers aus der Invalidenstr. 51 einen Straßenbahnwagen der Ringlinie 2 während der Fahrt zu besteigen. Er glitt ab und schlug auf das Straßenpflaster auf, daß er eine schwere Schenkelverletzung und anscheinend auch innere Verletzungen davontrug. Der Verunglückte wurde in bestmöglichem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt. — Unsere Mitteilung über den Straßenbahnunfall an der Königsberger Straße, Ecke Frankfurter Allee, in der Dienstagsnummer, nach der einem jungen Manne beide Beine abgefahren sein sollten, wird von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn dahin berichtet, daß die Verletzungen des Mannes nur leichter Natur seien und daß die Feuerwehr nicht in Tätigkeit getreten sei.

Die elektrischen Alarmglocken im Amtsgericht Wedding traten in der letzten Nacht plötzlich in Tätigkeit. Der Pförtner benachrichtigte sofort das nächste Polizeirevier und nach kurzer Zeit waren eine größere Anzahl von Polizeibeamten zur Stelle. Es wurde zunächst das ganze freilegende Gebäude umstellt und dann eine eingehende Durchsuchung vorgenommen. Von eventuellen Einbrechern wurde aber nichts entdeckt. Auch die Türen waren sämtlich verschlossen. Es wird angenommen, daß die Alarmglocke von selbst in Tätigkeit getreten ist. Vielleicht haben sich die Drähte aus ihrer Lage verschoben, aufeinandergelegt und dadurch das Klingeln verursacht.

Wer ist die tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 4. März wurde in Potsdam auf dem Helligem See die Leiche einer unbekanntens Frauensperson gefunden. Sie kann einige Tage, aber auch bis zu drei Wochen im Wasser gelegen haben. Die Frauensperson gehört anscheinend dem dienenden Stande an, ist etwa 25 bis 35 Jahre alt, mittelgroß, hat schwarzes volles Haar, hohe Stirn, schwarze Augenbrauen. Sie war bekleidet mit hohen schwarzen Schürstiefeln, schwarzen Strümpfen, weißem Hemd und Hose, brauner Tuchweste mit braunem Samtbesatz und weißem Spigen-einsatz, schwarzem Tuchrock, langer schwarzer Woa und weißen gestrichelten Handschuhen.

Bei der Leiche wurden folgende Sachen gefunden: Ein schwarzes, ledernes Vögelportemonnaie mit 87 M. Inhalt, ein unechter Ring mit kleinem weißen Stein von dem Ansehen eines Brillanten, drei Taschentücher mit dem verzierten Monogram L.

Die Aquarium-Angelegenheit im Zoologischen Garten geht, wie wir hören, rüstig ihren Gang. Um geeignete Pläne zu erhalten, waren fünf namhafte Berliner Architekten aufgefordert, solche einzureichen. Unter den Skizzen, die eine fülle eigenartiger Gedanken darbieten, hat der Aufsichtsrat in seiner gestrigen Sitzung sich für den Plan von Professor Karl Jaar entschieden. Das künftige Aquarium vertritt danach, ein besonders interessantes Bauwerk zu werden, das seinem Zweck in bester Weise zu entsprechen und ein neuer Anziehungspunkt für den Zoologischen Garten zu werden verpricht.

Zugengeseuch. Diejenigen Personen, die am Sonntag, den 5. Februar, abends 11 1/2 Uhr, in der Seestraße den Straßenbahnunfall (Linie Ringdorf, Conner und Seestraße) mitangesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Artur Köhler, Hochstraße 82a, III, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung gab es am Mittwoch eine große Ueberraschung. Die Sitzung war ungewöhnlich gut besucht, und auch die Tribünen waren überfüllt. Glaubte doch jeder, daß über das Schicksal der kommunalen Steuerzuschläge die Entscheidung fallen würde! Aber wie so oft, so kam es auch diesmal anders als man denkt. Oberbürgermeister Schuster hat im Namen des Magistrats, die betreffende Vorlage auf eine spätere Sitzung zu vertagen. Darob große Aufregung bei dem Gros der Liberalen. Dieselben Herren, die sonst dem Oberbürgermeister förmlich aus der Hand essen und jeden seiner Wünsche erfüllen, wurden plötzlich rebellisch. Wenn es ihnen an den Geldbeutel geht, dann ist selbst in der Brust der zahnlosen Liberalen der Mut seine Spannkraft aus, dann fühlen sie sich als Helden, die bereit sind, für ihr heiligstes Gut zu kämpfen. So lehnten sie denn dem Vertagungsantrag mit großer Majorität ab, und gleichsam als wollten sie für ewige Zeiten der Rachwelt die Namen der Tapferen überliefern, die am 8. März beinahe auf die Barricaden gestiegen wären, um 10 Proz weniger Steuern zu zahlen, stimmten sie sogar namentlich ab. Über dadurch ist mancher von ihnen in eine recht unangenehme Position gekommen. Denn nachdem Vertreter des Magistrats während der Sitzung vertraulich mit diesem und jenem gesprochen hatten, fiel plötzlich ein Teil der Liberalen um und beantragte selbst die Vertagung der Vorlage. Nunmehr leisteten unsere Genossen einen Antrag auf namentliche Abstimmung. Die Vertagung wurde beschlossen und das Protokoll weist mehr als einen Namen liberaler Stadtväter auf, die zu Beginn der Sitzung so und wenige Stunden später anders gestimmt haben.

Der Hauptteil der Sitzung wurde durch die zweite Lesung des Etats ausgefüllt. Die meisten Etats riefen überhaupt keine Debatte hervor. Zum Etat der Kassaschuldenverwaltung beantragte die Sozialdemokraten, daß vom nächsten Jahre ab die Rente für

Gasmesser fortfallen und daß bei der Gaslieferung durch Automaten eine entsprechende Herabsetzung des Gaspreises eintreten soll. Der Antrag wurde, nachdem Genosse Dr. Vorhardt ihn eingehend begründet hatte, abgelehnt. Mehr Glück hatten wir mit einem zum Etat der Gemeindefschulen gestellten und von Vorhardt befürworteten Antrag, der den Magistrat ersucht, dem Verein „Freie Turnerschaft“ die Turnhallen zu denselben Bedingungen wie anderen Vereinen zur Verfügung zu stellen. — Eine lebhaftes Debatte, in die von unserer Seite Genosse Will eingriff, gab es, wie alljährlich, über die Frage des Baues einer Badeanstalt in der Münchberger Straße. Das Terrain ist schon seit langen Jahren im Besitz der Stadt, es frist ungeheure Summen an Zinsen, aber trotzdem ist auch jetzt, wie der Oberbürgermeister ausführte, an eine Verwertung zu seinem ursprünglichen Zweck nicht zu denken, die Badeanstalt wird wohl noch lange ein frommer Wunsch bleiben.

Die Gemeindesteuern sollen nach dem vom Staatsrat genehmigten Entwurf so bleiben wie bisher. Es werden also die Einkommen bis zu 900 M. frei gelassen, von den übrigen ein Zuschlag von 100 Proz. erhoben. Unsere Fraktion erklärte sich damit einverstanden, beantragte aber gleichzeitig die Abänderung einer Petition an den Landtag, daß bei der in Aussicht stehenden Reform des Einkommensteuergesetzes das steuerfreie Existenzminimum auf 1500 M. erhöht und größere Einkommen stärker herangezogen werden. Den Liberalen ging dieser Vorschlag, den Genosse Dr. Vorhardt warm befürwortete, zu weit, sie meinten, daß eine Freilassung bis zu 1200 M. genüge, und stellten einen entsprechenden Abänderungsantrag, der auch zur Annahme gelangte.

Zu der verlagten Vorlage betr. Erhöhung des Steuerzuschlages lag ein weiterer sozialdemokratischer Antrag vor, für den Fall der Annahme der Magistratsvorlage zu beschließen, daß der auskommende Betrag zur Erfüllung sozialer Aufgaben (Arbeitslofenfürsorge, Gewährung freier Vermittel an alle Schüler und Schülerinnen der Gemeindefschulen) sowie zur Verringerung des Anleihebestandes oder Anleihebedarfes zu verwenden ist.

Von den sonstigen Vorlagen, die zur Annahme gelangen, sei die betreffend weitere Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens an die bisherigen Unternehmer auf zehn Jahre erwähnt. Genosse Gebert schloß die Vorschläge der eigenen Fraktion, aber er predigte tauben Ohren, die liberale Majorität will davon nichts wissen und stimmte der Magistratsvorlage zu. Die nächste Sitzung findet am 15. März statt.

Eiserverein für freie Erziehung. Sonntag, den 12. März, findet unter Leitung des Herrn Prof. Raichle eine Besichtigung des Museums für Naturkunde statt. Treffpunkt: Vormittag 9 1/2 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle am Anie. Kinder unter 9 Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen.

Wilmerdorf-Galensee.

Gemeindevorsteherwahl. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl im Bezirk Galensee I wurden für den konservativen Kandidaten Dertler 280, für den Demokraten Engelmann 249 Stimmen abgegeben. Der konservative Kandidat ist somit gewählt. Gegen die Wahl soll Protest eingelegt werden, weil das Wahlbureau bereits vor der angeordneten Zeit geschlossen worden sein soll.

Voghtagen-Rummelsburg.

Die Kaufmannsgerichtswahl für Handlungsgehilfen findet am Sonntag, den 12. März, abends 7 1/2 bis 10 Uhr statt. Wahllokal ist das Restaurant von Gustav Schneider, Sonntagstr. 1. Es gilt auch hier den Kampf gegen die antisemitische und die Strich-Dundersche Richtung in der Handlungsgehilfenbewegung. Zur Aufklärung der Wähler veranstaltet der Zentralverband der Handlungsgehilfen, die freie Gewerkschaft der Handelsangestellten, heute: Freitag abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung im „Café Bellevue“, Hauptstr. 2, in der Genosse Georg Udo referieren wird. Alle Leser werden ersucht, ihnen bekannte Handlungsgehilfen zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen, und dazu beizutragen, daß am Sonntag die Liste II siegreich aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Lichtenberg.

Zu dem Ueberfall des geisteskranken Arbeiters Wolf auf der Capribiallee 43 auf ein junges Mädchen wird uns von Angehörigen des Arbeiters mitgeteilt, daß von einem Vergewaltigungsakt des Kranken an dem Mädchen keine Rede sein könne. Wolf habe an dem fraglichen Tage in geistiger Unnachtung auf mehrere Personen und nach seiner Testaments sogar noch auf die betreffenden Weibchen eingeschlagen.

Weißensee.

Eine Hausbesitzerdebatte von drei Stunden brachte die letzte Gemeindevorsteherwahl. Es handelte sich um die endgültige Genehmigung einer Beitragsordnung für die Kanalisation. Danach sind die Beiträge von den Haus- und Grundbesitzern allein zu tragen. Die vorletzte Sitzung hatte diesen Punkt vertagt, und in großen haben die Hausbesitzer aller Schattierungen ihre „Wähler“ zusammengetrommelt, um sich von ihnen den Rücken stärken zu lassen. Die Alt-Weißenseer, die von ihren Vertretern nichts mehr wissen wollen, wanderten von einer Gruppe zur anderen. Bei der neuen Fraktion (Hausbesitzerverein 1910) hatten sie das erste Debit, jedoch wurden sie hier sanft entlassen, weil die Hausbesitzer keine Lust verspürten, sich für die Grundbesitzer zu belassen. Am gleichen Abend tagte die alte Fraktion (Haus- und Grundbesitzerverein 1884), auch hierher ging es im Lauffritt. In diesen Großgrundbesitzern fanden die Alt-Weißenseer verwandte Seelen, denen an Beiträgen nichts gelegen ist, da ihre Grundstücke unbebaut und daher auch nicht angehängen sind. Die alte Fraktion beschloß denn auch, durch erneuten Vertagungsantrag, die Vorlage nochmals hinauszuschieben, was ihr allerdings nicht gelang, denn die Beitragsordnung wurde mit 22 gegen 6 Stimmen angenommen. Groß war das Gemurmel des Schöpfen Rothke, der die Rechnung aufmachte, daß die Hausbesitzer seit 1903 für die Kanalisation 3 Millionen Mark aufgebracht hätten, zugleich aber gab auch er die Erklärung ab, daß 800 Hausbesitzer sich von einer Beitragszahlung durch Beschluß im Jahre 1898 befreit haben. Wie schon öfter, ist Herr Rothke auch diesmal mit seiner Rechnung bereingefallen, denn nach einer vom Bürgermeister aufgemachten Rechnung haben es die Hausbesitzer in früheren Jahren sehr gut verstanden, ihre Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Diese Pille bewirkte, daß der Schöffe Rothke schweigend den weiteren Verhandlungen folgte und auch an der Abstimmung nicht teilnahm. Unsere Genossen beteiligten sich im Sinne der Beitragsordnung an der Debatte. — Die hierauf noch zu beratende Gebührenordnung wurde ohne große Debatte gegen die Stimme des besoldeten Schöpfen Dr. Vape angenommen. — Damit den Hausbesitzern die Zahlung der Beiträge zur Kanalisation, der laufende Meier Straßenfront 50 M., resp. 35 M. Nachzahlung, erleichtert wird, soll eine Anleihe aufgenommen werden, woraus den Hausbesitzern die zu zahlende Summe im Unermögensfalle gegen hypothekarische Eintragung (4 1/2 Proz. und in 10 Jahren zurückzahlbar) vorgestreckt werden soll. Diese Unterstüßung wird aber nicht, wie dies bei Arbeitern der Fall sein würde, wenn er die Gemeinde in Anspruch nimmt, als Armenunterstüßung angerechnet, sondern die Hausbesitzer behalten nach wie vor ihre Sonderrechte in der Gemeinde. Den Arbeitern hingegen wird das Wahlrecht genommen. Das sind nun einmal so die Bestimmungen in Preußen.

Wirkenwerder.

Bei der Jagd auf die bei unseren Gegnern so beliebten Forensensimmen anlässlich der Ergänzungswahlen zur Gemeindevorsteherung im vorigen Jahre hatten der patriotische und Grundbesitzerverein den Namen des hiesigen Amts- und Gemeindevorsethers mit seiner

vollen Amtsbezeichnung als Votadresse benutzt. Das wurde hier allgemein als eine unzulässige Wahlbeeinflussung angesehen. In dem Urteil des Kreisaußschusses vom 15. Februar d. J., durch welches die Wahl des Zimmermeisters Adolf Thiele für gültig erklärt worden ist, finden sich dazu nun folgende Ausführungen: „Eine unzulässige Wahlbeeinflussung liegt nur dann vor, wenn der Wähler durch unlaute Mittel, insbesondere durch Bestechung, Zwang oder Drohung, z. B. Kündigung des Arbeitsverhältnisses, Entziehung der Kundschaf, Amtsinhaberschaft und dergleichen in seiner Willensbestimmung beeinträchtigt wird. Nichts davon liegt vor, wenn denjenigen Stimmberechtigten, die ihr Stimmrecht nicht persönlich ausüben dürfen, Votformulare unter Verweisung von Umschlagen zugesandt werden, die zur Rücksendung nach Vollziehung der Vollmacht benutzt und mit der Adresse des Amts- und Gemeindevorstehers versehen sind. Es ist das kein Amtsinhaberschaft, mag auch die Benutzung seiner Adresse mit Zustimmung des Gemeindevorstehers erfolgen.“ Ein Zwang oder eine Drohung wird damit nicht ausgedeutet.“ Wer die Nachstellung der Amts- und Gemeindevorsethers in den Landgemeinden kennt, wird Bedenken tragen, diese Ausführungen zu unterschreiben.

Spandau.

Die Freie Turnerschaft veranstaltet am Sonnabend, den 11. März, im Restaurant P. Goldorf, Seeburger Straße 28, ein Schauturnen, worauf die Freunde der Arbeiterturnschaf sowie die faulentiassene Jugend ganz besonders aufmerksam gemacht wird. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Aus aller Welt.

Sehet die Lilien auf dem Felde . . .

Ein eigenartiger Wahlkampf ist im Herzen der Stadt London, der City, entbrannt. Nicht weniger als 200 Kandidaten stehen im Felde. Kein Wunder, handelt es sich doch um die Befegung einer Pfarrstelle, die im Jahre 800 Pfund Sterling (16 000 Mark) einbringt und wenig oder gar keine Arbeit macht. Die Gemeinde zählt nämlich nur 540 Mitglieder, aber deren Seelenheil bisher zwei Hissprediger gewacht haben. Solcher Gemeinden gibt es viele in der City, dem Stadtteile, wo sich die großen Banken und Geschäftshäuser befinden und die ansässige Bevölkerung meist nur aus Kadivöchtern besteht. Die zahlreichen Pfarrer führen hier ein gutes Leben. Manche von ihnen überlassen das hiesigen Predigen einem Hisspfarrer und vergnügen sich mit dem reichlich zugemessenen Gehalt an der Riviera oder anderen schönen Orten. Von einem wird erzählt, daß er seine Pfarrkinder seit 16 Jahren nicht mehr besucht hat.

Der Kampf um die Pfarrstelle ist, wie man sich denken kann, ein heißer. Das Amt wird in diesem Kirchspiel nicht von einem Pfandner, sondern von der ganzen Gemeinde vergeben. Die 200 Kandidaten wenden sich deshalb schriftlich und persönlich an die Wählerchaf, ganz wie bei einer Parlamentswahl. „Die allgemeinen Parlamentswahlen waren schlimm genug“, sagte ein Gemeindevorsteher einem Zeitungsbereichter, „aber sie waren doch nur ein kleines Uebel zu dem, was wir jetzt ertragen müssen“.

Von einer Lavine verschüttet.

Eine schwere Katastrophe wurde im Kaukasus in der Nähe des Schwarzen Meeres durch das Niedergehen einer Lavine herbeigeführt. In der vergangenen Nacht wurde auf einem Kupferbergwerk des Artvinbezirks ein starkbewohntes zweistöckiges Arbeiterhaus von einer Lavine verschüttet, die Bewohner des Hauses wurden unter den Trümmern begraben. Neunzehn Personen wurden getötet, sechzehn schwer und etwa siebzig leicht verletzt.

Kleine Notizen.

Das Ende einer Liebe. In Reichen haben sich in einem Hotel in der letzten Nacht zwei unglücklich Liebende erschossen. Es handelt sich um einen Kaufmann Rüdiger und eine Jahnkünstlerin Ziegler, beide aus Forst i. L. Rüdiger war verheiratet.

Wieder ein Brand im Kino-Theater. In Alibrantes in Portugal brach im Kinematographentheater während der Vorstellung ein Brand aus. Während der dadurch entstandenen Panik wurden im Gedränge etwa 150 Personen verletzt, mehrere davon lebensgefährlich.

Stürme in Frankreich. An der bretonischen Küste herrscht heftiger Sturm, der überall großen Schaden anrichtet. Zwei Fischerboote sind gesrandet, wobei vier Personen ertranken. Auch über den Verbleib mehrerer weiterer Boote herrscht große Besorgnis.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, den 12. März: Wanderversammlung nach Neubabelsberg. Klein-Ostende, Salrom, Köpenickersee, Hiesig, Bornstedt. Abfahrt 6.55 Uhr Potsdamer Fernbahnhof.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist seiden das 23. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein proletarischer Gedankenplan — Finanzkapital und Aktien. Von R. Knutsh. (Fortsetzung) — Amerikanische Tendenzen im russischen Kapitalismus. Von G. Alexinski (Mitglied der zweiten Duma). — Arbeiterarbeit in Oesterreich. Von Emmy F. — Literarische Rundschau: Georg Danneberg, Das Brautkapital und seine Knappen. Albert Koln, Arbeiterversicherung und Alkoholismus. Von Ernst Reckhoff. Dr. Ernst Hebing, Das Christ der Stadt Freiburg im Breisgau in seiner geschichtlichen Entwicklung. Von Jean Martin. — Beitragschriften.

Das Ergänzungsheft Nr. 9, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Die Arbeiterbewegung in Belgien. Von Genbril de Ran und Louis de Brandere.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

M. G. 31. Ja. — M. G. 90. 1. Chervortag. 2. a) Circa 25 M. b) mit der Publikation. 3. Zu den für den Geburtort üblichen. Für Berlin sind 25 bis 30 M. monatlich üblich. — Hebel. 1. Ja. 2. Nein. 3. Das Gesetz schreibt das vor. 4. Dahingehende Anträge sind wiederholt gestellt, aber von der Regierung und den rechtslegenden Parteien abgelehnt. — J. G. 1911. 1. Sie kann den gesamten Verdienstverlust verlangen. 2. Ja. 3. Ja, nach Zustimmung des gerichtlichen Prüfungsausschusses. — G. G. 87. Ihre Aufnahme kann erfolgen. Der Antrag ist an den Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Rähnigen Park 8, zu richten. — Nachrichten 6699. Auf Antrag des gesetzlichen Vertreters kann mit Zustimmung des Vormundschafsgerichts anderweitige Verlegung erfolgen. Auszahlung ist jedoch erst nach der Grobjährigkeit zu erweisen. Die folgenden der unrichtigen Hinszahlung sind beim Grundbuchamt zu erfassen. Bestimmte Rechtsmittel empfehlen wir nicht. — III. G. 5. 1. Die Frage ist sich erst nach Eintrag in den Vertrag beurteilen. 2. und 3. Nur dann, wenn die Gerichtsstufe oder die anderen Gläubiger Kenntnis erhalten. 4. Sie können schon jetzt Auseinandersetzung verlangen. — Doppelkass. Rein

Amtlicher Marktbericht der höchsten Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Preise stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert, für Schneeflocken nachgebend. Wild: Fuhur mäßig, Geschäft lebhaft nachfrage, Preise fest. Geflügel: Fuhur nicht ausreichend, Geschäft schleppend, Preise fest unverändert. Fisch: Fuhur mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälde, Obst und Südfrüchte: Fuhur nachgebend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts